

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement: Preis vierteljährlich: 3.00 RM, monatlich 1.10 RM, wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf., Postgebühren in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Kolonialzettel oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 24. Mai 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

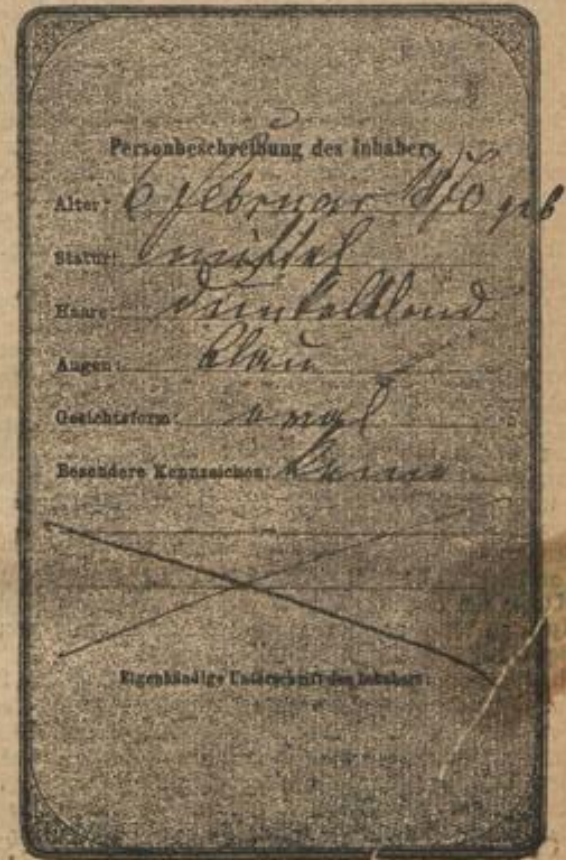
Preußenschmach - Reichsichmach!

Der Reichstag erlebte heute bei der dritten Lesung des Etats noch einmal einen „großen Tag“.
 Die Regierungsvertreter erwarteten sich darum freilich ebensowenig das geringste Verdienst wie die bürgerlichen Parteien. Was heute vom Regierungstisch aus gesagt wurde, stand noch weit unter dem sonst üblichen Niveau. Auch die

bürgerlichen Parteien spielten gleich der Regierung eine geradezu klägliche passive Rolle. Ein nationalliberaler, ein konservativer und ein freisinniger Redner brachten einige Belanglosigkeiten vor; dem ersteren antwortete ebenso belanglos der Staatssekretär des Auswärtigen Freiherr v. Tschirschky und Bögendorff. Erst als Bebel das Wort ergriff, um in flammender Rede noch einmal eine Generalabrechnung mit Regierung und Mehrheitsparteien vorzunehmen, kam Leben und Stimmung in das in allen Teilen, namentlich auf den Tribünen und den Re-

gierungsbänken ungewöhnlich stark besuchte Haus. Daß Bebel's zweistündige aufreizende Anlagerebe völlig ohne Antwort blieb - die krampfhaften Kompetenzansprüche des Kanzler substitutes Grafen Posadowsky und einen interesselosen Monolog des Antisemiten Froelich betrachtete kein Mensch im ganzen Hause als Entgegnung - vertiefte nur die Wucht der sozialdemokratischen Anklagen. Selbst eine Rippezene, die Herr Arendt aufzuführen für geschmackvoll fand, machte die Plamage für die peindoll verstümmten Opfer der Bebel'schen Exekution nur noch brennender.

Amtliche Urkundenfälschung.



Vergleiche Bebel's Rede im heutigen Reichstagsbericht.

Der Abgeordnete B a s s e r m a n n, der erste Staatsredner, beschränkte sich auf einige kritische Bemerkungen zu unserer glorreichen „hohen Politik“. Welche Zensur muß diese Politik verdienen, wenn selbst ein so höflich frasierter Nationalliberaler wie Herr Bassermann, an dieser „hohen Politik“ auch rein gar nichts zu loben fand, dagegen zum Teil recht spitzigen Tadel über die geräuschvollen Fürstenreisen, die famose Goluchowski-Depeche und andere Genießlinge unserer weltpolitischen Improvisationspolitik ergoß. Der schon erwähnte Staatssekretär des Auswärtigen mit dem aristokratischen Doppelnamen quälte sich mit einer Antwort ab, die es selbst bei der Regierungslaque auf der Rechten nur zu einem äußerst kümmerlichen Achtungserfolg brachte. Bei dem bedauerlichen Wert der Regierungsbekanntnisse zeigte es sich, wie trostlos bürokratische Offenbarungen wirken, wenn sie statt den geübten Sprachwerkzeugen des Zitatenfanzlers dem Munde eines oratorisch stiefmütterlich bedachten Bureaukraten entquellen. Die eigenartige persönliche Note des Goluchowski-Telegramms verteidigte der Staatssekretär als das unüberäußerliche Recht des gekrönten Privatmannes.“ Daß die Regierungen der Dreibundstaaten noch „fest auf dem Boden des Vertrages“ ständen, bewiesen

„bündigste Erklärungen“ des italienischen Votschafters. Die höchst interessante Frage Bassermann's, inwieweit die Bagdad-Bahn durch den neuen russisch-englischen Vertrag berührt werde, beantwortete er dahin, daß zu irgend welcher Beforgnis keinerlei Grund vorliege. Etwas Ähnliches hörte man seinerzeit ja auch über das englisch-französische Marokkoabkommen!
 Der konservative Limburg-Stirum wehlagte unter demonstrativem Weisfall der Rechten mit weinerlicher Stimme über die Diätengewährung, die er als die bedenklichste Erscheinung dieser Session bezeichnete. Zum Schluß beschwor er die Regierung, sich wenigstens auch in aller Zukunft einer Demokratisierung des preussischen Landtagswahlrechts zu widerlegen!
 Nunmehr setzte kraftvoll und schneidend Bebel's Rede ein. Den Diätenheulern begegnete er mit einem Zitat des Laurahütten-Gründers Kardorff, der sich seine „Diäten“ mit keinem Juntergriffe aus dem großen kapitalistischen Topfe geholt habe. In martigen Zügen entwarf er dann noch einmal ein Bild der standalösen Steuererschöpfungs-politik, die der Reichstag in den letzten Monaten ge-

trieben. Wiederum seien Arbeiter und Mittelstand die Opfer der Steuerfahne geworden. Die Mittelstandskretter der Mehrheitsparteien hätten sich als Mittelstands-verderber entlarvt. Die Politik der Proletariat-machung gedrückter Proletariatschichten durch die Zigarettensteuer, der Konsumbesteuerung durch die Biersteuererhöhung sei dann durch die Politik der Verkehrserschwerung gekrönt worden. Herr Müller-Julda könne sich gratulieren, da nun endlich der von ihm geforderte Kampf gegen den „Verkehrsdübel“ aufgenommen sei. Am schwersten würden durch die Fahrkartensteuer die Reisenden der dritten Klasse getroffen: also der kleine Bürgerstand und die besser bezahlten Arbeiterschichten.
 Der Kritik der „Finanzreform“ folgte eine ägende Kritik unserer Kolonial- und Weltpolitik, der frechen Treibereien des Flottenvereins, der erst in Hamburg wieder die Parole ausgegeben habe, das deutsche Volk müsse ein „Herrenvolk“ werden. Diese „Herren“-Politik werde freilich von unseren Junkern und Kapitalisten schon jetzt dem Proletariat gegenüber geübt, unter aktiver Mitwirkung der Regierung, die einem brutalen Unternehmertum zuliebe das Gesetz misgöthe. Justiz und Polizei weiterferteten

mit solchen Liebediensten für das Unternehmertum, wie die abgehauene Arbeiterhand in Breslau beweise. Diese abgehauene Arbeiterhand werde für das Proletariat zu einem Symbol werden, wie einst der Bundschuh für das geknechtete Landvolk des Mittelalters!

Das Schweigen des Schulbetrügers, mit der die Reichstagsmehrheit die Geißelhebe des sozialdemokratischen Redners hinnahm, wurde vollends zu atemloser Stille, als Bebel zu dem Kapitel der Ausweisungsgesetze überging. Es scheint, als ob die Ausweisungen von einer gewissen Stelle, gegen die es keinen ministeriellen Widerspruch gebe, als Antwort auf die Lambsdorff-Depeche befohlen worden seien. Man habe sich auf das Recht berufen, lästigen Elementen gegenüber von dem Hausrecht Gebrauch machen zu dürfen. Man nenne ihm nur einen Fall, in dem die Ausgewiesenen sich gegen deutsche Gesetze vergangen oder „unausständig“ benommen hätten! Und während man in Berlin jüdische Kapitalisten und Proletariat in Masse ausgewiesen habe, suche das „notleidende“ Agrarier- und russisch-jüdische Proletariat seinen Ausbeutungsgelüsten dienlich zu machen!

Redner gibt alsdann auf Grund der protokolllarischen Feststellungen eine eingehende Darstellung der Landesverrats- und Altersfälschungsschöne Brodhufen, aus der sich die absolute Sinnlosigkeit der leichtfertigen Anschuldigungen ergibt, die vom preussischen Polizeiminister im Abgeordnetenhaus gegen das Opfer der behördlichen Lockspiele erhoben wurden. Kriminalkommissar Schöne selbst habe gesagt: „Alles geht nur durch Brodhufen!“ — und da wage Herr v. Bethmann-Hollweg zu behaupten, daß dieser Brodhufen niemals in irgend welchen Beziehungen zur politischen Polizei gestanden habe! Wann endlich werde Schöne, der sich der Urkundenfälschung schuldig gemacht habe, auf der Anklagebank sitzen? Er, Bebel, sei wiederholt wegen wichtiger Affären in politischen Prozessen als Zeuge vernommen worden: Heute biete er sich selbst als Zeuge an, er verlange, daß er auch in dieser die Ehre Deutschlands gefährdenden Skandalaffäre als Zeuge vernommen werde. Er erwarte nun endlich das Eingreifen des Staatsanwalts. Fürst Bülow habe so schön von der „Majestät des Gesetzes“ deklamiert. Werde diese Majestät auch jezt unüberleichtlich sein?

Die eherne Anklage Bebel's fand auf der Linken ein wiederholtes stürmisches Bravo. Die Mitte und Rechte des Hauses waren so konsterniert, daß sie nicht die leiseste Gegen-demonstration wagten. Ausgerechnet einem Antisemiten blieb es vorbehalten, eine schwächliche Verteidigung der schonungslos entthüllten Regierungsschmach zu versuchen.

Die Regierung schweig gleichfalls. Graf Posadowsky verlegte sich wiederum auf jämmerliche Kompetenzreden. Die Reichsregierung könne unmöglich eine Erklärung über eine Sache abgeben, von der sie nichts wisse. Ueber spezifisch preussische Angelegenheiten siehe dem Reichskanzler keine Kontrolle zu. Bebel replizierte kurz und schneidend, der Fall Schöne diskreditiere und gefährde das Reich, sei also Reichssache. Posadowsky erklärte schließlich unter dem Hohngelächter der Linken, wenn Rußland die deutsche Regierung wegen des Falles Schöne interpelliere, werde es allerdings eine Reichsangelegenheit — die Interpellation der eigenen Volksvertreter gilt danach also weniger als eine ausländische Vorstellung! —

Einen klamaberen Witzzug konnte die Reichsregierung nicht antreten. Sie steht gerichtet da vor dem ganzen Lande! Sie behauptet sich ein, die Schuld auf die preussische Regierung abwälzen zu können und macht sich gerade dadurch zum Mitschuldigen der preussischen Lockspielerschmach!

Nicht unerwähnt darf die Mißpelze des Herrn Arendt bleiben. Diese christlich-germanische Stütze junkerlicher Reaktion stieß während der Rede Bebel's einen bis in die entlegensten Winkel des Hauses vernehmlichen Laut aus, wie man ihn sonst in Länbern der gemäßigten Zone nur in den Raubtierhäusern zu hören bekommt. Bebel rügte diese Plegelei des konservativen Herrn durch die Einladung, Herr Arendt möge sich doch außerhalb des Sitzungssaales ausgähnen. In persönlicher Bemerkung verbat sich Herr Arendt solche Anstandslehren „auf das entschiedenste“. Er habe übrigens gar nicht gegähnt, sondern nur über die Dauerrede Bebel's „geseufzt“. Bebel erklärte hierauf, daß es ihm allerdings gleichgültig sein könne, wenn Herr Arendt seine Seelenstimmungen in animalischen Lauten ausgähne. In der Tat, Bebel können solche Mißpelzeien gleichgültig sein. Ob es aber dem Anstandsgefühl gebildeter Menschen — von der Würde des Hauses gar nicht zu reden! — anstößt, einen Arendt Laute ausstoßen zu lassen, wie sie von anderen Lebendwesen nur ein vom Gähncrampfe befallener Dschungelbewohner hervorzubringen vermag, scheint uns dem doch eine präsidialen Nachdenkens würdige Frage zu sein!

Zu dem gefälschten Post (vergl. Reichstagsbericht) sei noch folgendes bemerkt:

Er ist versehen 1. mit dem Stempel des königlichen Polizeipräsidenten Berlin, der auch die falsche Christlichkeitsbescheinigung deut, 2. mit der anscheinend säkularisierten Unterschrift von Koebels, des Chefs der V. Abteilung des Polizeipräsidenten (Post- und Fremdenwesen), 3. mit der zweifellos falsch geschriebenen Unterschrift Bernosen oder Dornosen. Einen Beamten dieses oder eines auch nur im entferntesten ähnlichen Namens gibt es im hiesigen Polizeipräsidenten, wie wir festgestellt haben, nicht; im Adressbuch ist dieser oder ein im entferntesten ähnlicher Name überhaupt nicht vertreten. Was hat es mit dieser Unterschrift auf sich? Hat sich etwa der Ausfertiger des falschen Postes gesehen, seinen Namen unter die Fälschung zu setzen und sich so noch eines besonderen Delikts schuldig gemacht, das das Reporellregister der in diesem Falle polizeilich verübten Delikte um eine weitere wertvolle Nummer vermehren würde?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Mai.

Die altbewährte preussische Tradition der Schulverfassung.

Herr Dr. Studt, der eigentlich Polizeiminister werden sollte und der dann Kultusminister wurde, hat gestern im Dreiklassenhaufe des Landtages den berühmten legendären Sieger von Königgrätz, den preussischen Schulmeister zitiert. Unsere Junker und ihre Regierung haben den „Sieger“ für seine vaterländischen Verdienste, bekanntlich mit Dank dem Hause Oesterreich gelohnt; sie haben den Schullehrer hinter den Unteroffizier und den Schutzeuten rangieren lassen, haben ihm Hungergehalt gewährt und ihn in Schulpaläste gesteckt, und Dienstwohnungen die den berühmten ostelbischen Arbeiterwohnungen, so daß mit den herrschaftlichen Schweineställen nicht messen können, nichts nachgeben.

Und nun muß sich der „Sieger“ gar noch gefallen lassen, daß ihn der preussische Schulminister als Argument für die Schulverfassung verwendet!

Herr Dr. Studt ist der Typ des altpreussischen Bureautrats. Er bemüht sich erfreulicherweise nicht, einen falschen Schein von Modernität über sein reaktionäres Wesen zu breiten, wie verschiedene seiner Kollegen auf den preussischen Ministerseffeln. Er redet nicht, wie Bethmann-Hollweg, von Entwicklungslehre, von „aufwärtsziehenden Kräften“ und dergleichen. Der Entwicklungsgedanke, der alle moderne Wissenschaft durchdringt, hat ihn unberührt gelassen. Er ist der Mann des Pfahlbürgerrechts: „Es war immer so und deshalb wird es auch immer so bleiben!“ Die preussische Volksschule war immer eine Konfessionsschule und wird es auch immer bleiben sagt Herr Dr. Studt. Fortschritt gibt es im Schema des preussischen Kultusministers nicht. Die Konfessionsschule ist auch die Schule der Zukunft sagt Herr Dr. Studt, denn ein natürliches Gefühl läßt die Eltern sie fordern. Wonach offenbar die französischen, die englischen Eltern haben, von unnatürlichen Gefühlen erfüllte Eltern sind. Der unglückliche „Sieger von Königgrätz“ diente Herrn Dr. Studt zum Beweise, welche herrliche Resultate die konfessionelle Schule erzielt hat. Und kühnlich stellt Herr Dr. Studt die Behauptung auf, daß die Simultanschule auch in technischer Hinsicht nicht der konfessionellen Schule überlegen sei. Die Zwerghschulen, die einstufigen Schulen, wie sie nun bald infolge der Bestimmungen des Schulunterrichtsgesetzes auf Grund der Rechte, die den konfessionellen Minderheiten gegeben werden, in Masse entstehen werden, können also nach Studtscher Logik ebensoviel leisten, wie mehrstufige Schulen, und die Gemeinden, die künftig solche Zwerghschulen neben ihren bisherigen Schulen errichten müssen, werden die Mehrausgaben natürlich freudig tragen und nicht etwa in einer Verminderung der Schulleistungen einen Ausgleich suchen. Fortschritt gibts nicht im Schema des preussischen Kultusministers und warum sollte es ihn auch geben. Es ist ja alles aufs beste bestellt. Die Volksschule erfüllt die ihr gesetzte Aufgabe, die Söhne des Volkes nicht mit überflüssigem Wissen vollzustopfen, das blähet und hoffärtig und aufässig macht, vollkommen. Sie tut das ihrige, sie zu gehoramen Untertanen zu machen, sie bläut ihnen Königstreue und Gottesfurcht ein und das ist ihr Zweck. Die Junker und die Bourgeois, Herr v. Bethmann und Herr Schiffer sind mit den Leistungen der Volksschule denn auch ebenso zufrieden, wie Herr Dr. Studt. Die Besigenden, die ihre Kinder nicht in die Volksschule zu schicken brauchen — daß die Schulen ihrer Kinder, die höheren Schulen, nicht konfessionell versimpelt werden sollen, das hat ihnen der Minister zugesichert — sind mit der Volksschule zufrieden. Sie sind genügsam, da es sich nicht um ihre Sache handelt. Und die Klassenbewußten Arbeiter, die ihre Kinder in diese verpfaßte Volksschule schicken müssen, die Klassenbewußten Arbeiter, die mit bitterem Zorn die volksverwiltende, volksverdummende Wirkung dieser Schule am eigenen Leibe spüren, die sind ja dank dem Dreiklassenwahlrecht im preussischen Landtage nicht vertreten, die kommen nicht zum Wort im Dreiklassenhaufe.

Wie eine Blasphemie mutet es an, daß die Mehrheitsparteien sich auf den „Willen des Volkes“ für die Konfessionsschule zu berufen wagen, auf den Willen des Volkes, das aus diesem Parlament der Besigenden ausgeschlossen ist, das in ihm gar nicht zu Worte kommen kann.

Unfreiwillig gestand das der Kultusminister selbst zu, als er der mattrerzigen Forderung der Freisinnigen, die Simultanschule einzurichten aber den Religionsunterricht in ihr zu belassen, entgegenhielt, daß ihm zahllose Protestversammlungen gegen dieses Vermüderungsgesetz bekannt seien, in denen die völlige Vereitelung des Religionsunterrichts aus der Volksschule gefordert worden sei. Wie man daraus ein Argument für die konfessionelle Volksschule machen will, bleibt freilich ein Geheimnis der Logik des preussischen „Ministers des Geistes“, der auch sonst sein möglichstes tat, um das Gesetz noch mehr, als es ohnedies schon ist, zu kompromittieren und nebenbei wieder einmal zu zeigen, welche Ansprüche an einen preussischen Minister gestellt werden. Er las seine Rede stotternd und stotternd ab, daß die Vermutung auftauchte, die Handschrift des Ministerialdirektors, der sie ihm aufgelegt, müsse sich stark verschlechtert haben. Und als er ein Blatt aus einer Schrift eines gleichgültigen Reaktionärs, des Greifswalder Professors Vierling vorlas, konnte er das Ende nicht finden. Der Schlusstrich war offenbar vergessen worden. . . . So redete Preussens Kultusminister an einem Tage, der ein großer Tag hätte sein sollen.

Aber im preussischen Dreiklassenhaufe gibts keine großen Tage. Dieses Rumpfparlament, darin die größte Partei des Landes fehlt, ist keiner großartigen Debatte fähig. Die satten Besitzer der Macht, die Reaktionäre von Ar und Schlot sind ihrer Position so sicher, daß sie die schwächliche Opposition des Freisinn's nicht in Erregung zu setzen vermag. Kaum, daß sie noch antworten auf die freisinnigen Reden, selten, daß sie zuhören. Und diese Opposition ist allerdings wenig geeignet, sich Respekt zu verschaffen. Man kann von Freisinnigen nicht verlangen, daß sie wie Sozialdemokraten reden, noch daß sie sozialdemokratische Forderungen aufstellen, aber man könnte verlangen, daß sie die Situation, in der sie sich in diesem Hause befinden, begreifen und danach handeln. Das heißt, daß sie nicht durch möglichste Verkleinerung ihrer Forderung, durch den Versuch, sie als harmlos hinzustellen, den Kampf abzuschwächen suchen, sondern daß sie ihre Forderungen in scharf pointierter Form, in grundsätzlicher Schärfe und bis zu den letzten Konsequenzen entwickelt, stellen und den Eindruck nicht abschwächen durch Verzetteln in Einzelheiten, das nach Lage der Sache doch aussichtslos ist. Aber zu solcher Taktik fehlt ihnen die Entschlossenheit und so vermögen sie denn auch nicht, die Gegner aufzubeistehen, ihren Widerspruch zu wecken. Die vom Standpunkt des Freisinn's ganz braven Reden der Freisinnigen bleiben so Monologe. Ein Redner der Rechten antwortet allenfalls einmal, aber die Waffe der Landboten wirkt nicht mit am parlamentarischen Kampfe — sie vertreibt sich die Zeit außerhalb des Saales. Die Freisinnigen reden lediglich zum Fenster hinaus, und da finden sie auch kein großes Publikum, denn das arbeitende Volk will selbstverständlich von einem Liberalismus nichts wissen, der die obligatorische Simultanschule schon als liberalen Zwang verwirft, von der Weltlichkeit der Schule ganz zu schweigen!

Die Nationalliberalen spielen die Rolle der patriotischen Musterbürger, die um des Vaterlandes willen ihre Grundzüge zum Opfer bringen. Herr Friedberg staatsmännerte zu Beginn und Herr Schiffer machte den Beschluß durch ein mit advocatorischer Rabulistik ausgearbeitetes Plaidoyer, worin er unüberleichtlich

bewies, daß die Nationalliberalen zwar Opfer bringen, daß sie aber eigentlich nichts von ihren Grundsätzen geopfert haben, ja, daß sie in der Theorie die rechtliche Sicherheit der Simultanschule erreicht haben, während ihrer praktischen Entwicklung der Strick um den Hals gelegt wird.

Alle Abänderungsanträge der Freisinnigen und desgleichen des Zentrums — das so tut, als sei das Gesetz noch nicht final genug, während es innerlich über den fetten Nappen schmunzelt — wurden abgelehnt. Einer verdient nähere Erwähnung. Die Freisinnigen hatten die Anstandspflicht erfüllt, die Freilassung der Dissidentenkinder vom Religionsunterricht zu beantragen. Für diese elementarste Forderung der Gerechtigkeit, der Gewissensfreiheit erhoben sich nicht einmal die Nationalliberalen. Das Kompromiß hält sie in Banden und sie müssen so tun, als gehörte diese Bestimmung, für die sie 1892 sich noch ins Zeug gelegt haben, nicht in dieses Gesetz hinein, das doch die konfessionellen Verhältnisse der Schule ordnet!

Mit großer Mehrheit wurde die Verfassung der Schulen des Volkes beschloffen. Am Freitag wird das edle Werk mit frischem Eifer fortgesetzt werden.

Zum deutsch-schwedischen Handelsvertrag.

Die „Mitteilungen des Handelsvertragsvereins“ kritisieren in ihrer letzten Nummer den deutsch-schwedischen Handelsvertrag, der bekanntlich am Montag auf Antrag der Zentrumsabgeordneten an eine Kommission verwiesen worden ist und dort zurzeit beraten wird (siehe Parlamentarisches). Das Blatt schreibt:

Natürlich sind nicht alle Wünsche befriedigt, die die deutschen Exportinteressenten hegen; dazu war der Widerstand der industriellen Protektionisten in Schweden zu stark. Sie vertreten die Ansicht, daß es Aufgabe der Handelspolitik sei, eine Fertigungsindustrie groß zu ziehen, und daß man um dieses Zieles willen auch die Augenblidsvorteile, die durch den Abschluß eines Vertrages mit Deutschland den schwedischen Rohproduzenten erwachsen würden, opfern müsse. Nichtsdestoweniger sind einige nicht belanglose Zugeständnisse erreicht. Um ein paar Beispiele zu nennen, so sind Dreifachmarkenalbum sowie erkennbare Teile davon pro Kilogramm von 2 Kr. auf 1 Kr. herabgesetzt. Der Zoll für seidensamene und ganzseidene Bänder beträgt pro 1 Kilogramm 6 Kr. (früher 8 Kr.), für halbseidene Bänder 2 Kr. 50 Cere (3 Kr.), Schreiblinie einschließlich der Behältnisse 8 Cere (10 Cere), gestricke Streifen aus Baumwollgewebe, aus Tüll oder aus Leinwandgewebe usw. 5 Kr. 50 (6 Kr. 50), Goldgepinnwaren 9 Kr. (12 Kr.), Spielzeug aller Art, ohne Rücksicht auf das Material, sowie Teile davon 1 Kr. 20 (2 Kr.), Nähmaschinen und Nähmaschinenmodelle 0,30 Kr. (0,40 Kr.), lackierte, bronzierte, vergoldete oder verfilzte Papp-, Papier- und Papiermachewaren 1 Kr. 50 (2 Kr.), Schuhwaren aus Saffian, Kordian usw. 5 Kr. (6 Kr.), ganzseidene Gewebe aus Gold- und Silberstoff 6 Kr. (8 Kr.), halbseidene 2 Kr. 50 (3 Kr.). Im übrigen sind für eine große Reihe von Artikeln die Zollsätze, wie sie bisher bestanden haben, gebunden worden, so daß wir vor Ueber-raschungen sicher sind. Wir geneigen die Reichsbürgerschaft mit Ausnahme der Konfessionen, die Schweden eventuell an Noz-wegen macht.

Auf der anderen Seite gewährt Deutschland der schwedischen Einfuhr seinen Vertragsstarif, den es in einer Anzahl Positionen noch herabgesetzt hat. So ist die Einfuhr von frischen Preiselbeeren frei, Bau- und Kuchholz in der Längsrichtung gefügt oder in anderer Weise vorgefertigt, nicht gehobelt, weiß, zählt 0,72 pro Doppelzentner oder für einen Festmeter 4,22 M. Gereinigter Holzgeißel 8 M. pro Doppelzentner (der bisher nicht ermäßigte Satz des Generalstarifs betrug 20 M.), Fensterrahmen, Türen, Treppen und Teile von solchen, profilierte Holzleisten roh 4 M. (6 resp. 5 M.), Kopfpapier 8 M. (6 M.), Pflastersteine vollständig frei, Klinker aller Art aus Ton, unglasiert 0,20 M. (0,50 M.), Milchenträumungsmaschinen aller Systeme von 40 Kilogramm oder darunter 10 M. (15 M.); von mehr als 40 Kilogramm bis 1 Doppelzentner 10 M. (12 M.) usw.

Im ganzen hat Schweden zweifellos größere Vorteile erhalten als Deutschland, auch wenn man mit in Rechnung setzt, daß es sich in dem Schlußprotokoll verpflichtet hat, während der Dauer des Vertrages keinen Ausfuhrzoll auf Eisenerze zu legen.

Die schwedische Erste Kammer, die heute den Handelsvertrag beriet, hat ihn denn auch, nach telegraphischer Meldung, mit 101 gegen 34 Stimmen angenommen.

Deutsches Reich.

Zur Reichstagswahl in Hannover.

Die Erziehung für unsere verstorbenen Genossen Meister hat in den bürgerlichen Parteien Hannovers lächerliche Hoffnungen erwachen lassen. Sie hoffen auf die — Nichtwähler. Wie schaffen wir die säumigen Wähler zur Wahlurne? Das ist das einzige, das sie noch interessiert. Sie halten deshalb diese Sorte Wähler am Montag, den 21. Mai, zu einer „streng vertraulichen Versprechung“ eingeladen. Auf dem Ein-ladungsschreiben stand fest gedruckt: „Streng vertraulich!“ Unterschrieben hatten die Einladung Nationalliberale, Welfen, Freisinnige, Konfervative, Unparteiische, Bürger und Beamte, im ganzen 183 Namen. Erschienen waren aber nur knapp 120. Trotzdem heißt es in der angenommenen Resolution, daß der zahlreiche Besuch (1) die Bürgerschaft (1) für das Bestehen des großen Werkes — die Geranholung der 18 000 säumigen Wähler — sichere! 1903 fehlten die guten Deutschen ihre ganze Hoffnung auch schon auf die damaligen 15 000 Nichtwähler.

Ein nationalliberaler Rechtsanwalt wies dem Komitee die Aufgabe zu, den Wählern zu sagen, sie sollten wählen, wenn sie wollten, nur keinen Sozialdemokraten; die Hauptsache sei, daß sie wählen. Der konservative Führer — auch ein Rechtsanwalt — teilte mit, daß er 1903 vergessen hätte, die Bitte nachzusehen, und da er nicht drinsah, konnte er damals nicht — nationalliberal wählen. Von den Welfen redete auch ein Rechtsanwalt, forderte aber strenge Unparteilichkeit, damit keine der Parteien zu kurz komme. Er freute sich, daß die Nationalliberalen sich jetzt den Welfen näherten, während sie 1884 dem Sozialdemokraten gegen den Welfen zum Siege verholfen hätten. Der Generalsekretär der nationalliberalen Partei bestritt die Wahrheit dieser Tatsache und versicherte, daß alle Nationalliberalen dies mal, wenn es zur Stichwahl zwischen Welfen und Sozialdemokraten kommen sollte, den Welfen wählen würden. So recht traute der welfische Advokat diesen Betuerungen aber doch wohl nicht, denn er erinnerte daran, daß 1884, als Meister gewählt worden war, die Nationalliberalen die Niederlage des Welfen an Wismar telegraphierten und von ihm ein Glückwunschtelegramm erhielten!

Wäre die Diskussion nicht bald geschlossen worden, dann hätte es noch einen „streng vertraulichen“ Rath gegeben. Schließlich wurde aber das Teufelmedel doch beschloffen und eine Kommission aus allen Parteien in Stärke von 12 Mann gewählt. Aufgabe der Kommission soll es sein, die Wollkosten dadurch zu verbilligen, daß nur gegen unsere Partei ge-logen wird — wovon die Reden der Rechtsanwälte in dieser Versammlung schon einen Vorgeschmack boten. Ferner soll Geld gesammelt werden, die Presse soll mit Schmuckartikeln gespickt werden, für jeden Wahlbezirk soll ein Komitee gebildet werden, und schließlich wollen die Herren auch noch höchst eigenhändig Flugblätter verbreiten!

Am Sonntag haben unsere Genossen das erste Flugblatt verbreitet. 5000 Exemplare waren binnen einer halben Stunde in jede Wohnung hineingebracht. Damit ist unser Kampf der Wahlkampf eröffnet. —

Die württembergische Verfassungsrevision vor dem Forum der „geborenen“ Gesetzgeber.

Stuttgart, 22. Mai. (Fig. Ver.)

Die Entscheidung über das Schicksal der Verfassungsreform rückt näher. Heute begann die Plenarberatung der Vorlage in der Kammer der Ständeherrn. Die Bedeutung des Tages dokumentierte sich bereits äußerlich; es fehlten nur zwei königliche Prinzen und sechs Ständeherrn an der vollen Besetzung des „hohen Hauses“. Fürst Duadr-Byradi-Finy, der steinadigste und zielbewussteste unter den schwäbischen Junkern machte als Berichterstatter noch einige Bemerkungen zu dem schriftlich vorliegenden Bericht und dann trat man in die Generaldebatte ein.

Das interessanteste Moment in dieser Debatte war, daß die Bedeutung der einzelnen Streitpunkte, die bis jetzt zwischen den beiden Kammern bestehen, wesentlich verschob. Nach dem Bekanntwerden des schriftlichen Kommissionsberichts wurde allgemein angenommen, daß man in der Ersten Kammer vor allem nicht daran denke, der Zweiten Kammer außer den Bezirks- und Städte-Abgeordneten noch die 17 Abgeordneten auf Grund des Landesproporz zu bewilligen. Sei es nun, daß der Bericht die Absichten der „Erlauchten Herren“ nicht ganz korrekt wiedergab, sei es, daß die scharfe Aufnahme ihres Berichtes durch die Presse fast aller Vorurteile ihnen Anlaß gab, die Möglichkeit eines Nachgebens anzudeuten — kurz, in der heutigen Debatte wurde diese Bestimmung als minder bedeutungsvoll hingestellt und Fürst Löwenstein-Freudenberg stellte, wenn auch vorläufig nur für seine Person, ein Entgegenkommen in diesem Punkte in Aussicht, und als der Ministerpräsident v. Brettlung seine Freude hierüber aussprach, da hierdurch dem Entwurf „ein besserer Weg“ geöfnet sei, wurde ihm von seinem Mitgliede der Kammer widersprochen.

Die fürstlichen Herren bemühten sich auch, kein böses Wort mehr darüber zu verlieren, daß die Zweite Kammer durch das Aufheben der Privilegien zu einer reinen Volkskammer auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gestaltet werden solle. Der Erbprinz von Löwenstein-Rosenberg hatte sogar die Güte zu bemerken, daß sich „sehr viel zugunsten des allgemeinen Wahlrechts sagen lasse“. Im Reichstage habe es „allerdings“ zu einer sehr starken Vertretung der Sozialdemokratie geführt (wie schmerzlich!), aber es sei doch gelungen, zu verhindern, daß die Sozialdemokratie einen schädigenden Einfluß auf den Gang der Geschäfte ausübe. Der Reichstag habe vielmehr ganz ausgezeichnet funktioniert.

Diese Bemerkungen des Herrn Erbprinzen sind erklärlich. Liegt ihnen doch die Freude zu Grunde, daß im Reichstage immer noch die Sozialdemokraten die Mehrheit haben, die ihren vollenstandigen Standpunkt erst bei den Steuerbewilligungen der letzten Woche uneingeschränkt zum Ausdruck brachten. Diesen Parteien gilt in Wahrheit das Lob des schwäbischen Junkers, nicht aber dem allgemeinen Wahlrecht; denn dieses wird in immer steigendem Maße die Möglichkeit bieten, die Politik dieser Parteien durch eine wahrhaft volksfreundliche Politik zu ersetzen. Wie der Erbprinz aber dann über das allgemeine Wahlrecht denken wird, ist eine andere Frage.

Den Hauptton legten in der Debatte die hohen Herren auf den Artikel 26, der das Budgetrecht der beiden Kammern regelt. Fürst Löwenstein-Freudenberg erklärte, daß dieses für ihn die Hauptsache am ganzen Entwurf sei und die anderen Redner schlugen in die gleiche Kerbe. Auch versuchte man die Regierung zum Widerstand gegen die Zweite Kammer in dieser Frage scharf zu machen, indem man hervorhob, daß das volle Budgetrecht der Ersten Kammer für die Regierung eines Tages vielleicht die Bedeutung eines willkommenen Korrektivs gegenüber dem für die Zweite Kammer mündende geltenden allgemeinen Wahlrecht annehmen könnte.

Als „lustige Person“, wenn auch unfreiwillig, tritt fast regelmäßig bei den Beratungen der Ständeherrn der Fürst Hohenzollern-Saldenburg auf, der sich als einer der „Stillen im Lande“ bezeichnet. Dieser „geborene Gesetzgeber“ erklärte, nicht begreifen zu können, weshalb man auf die Ständeherrn als „minderwertige Leute“ herabblicke. Dabei sei er doch „absoluter Jurist“. Diese „Geistesprogen“ sollten vor ihrer eigenen Tür stehen, so beschwerte sich der erlauchte Herr, dem augenscheinlich nicht besonders wohl zu Mute ist, wenn irgend jemand in geistiger Beziehung das Mittelmaß übersteigende Ansprüche an ihn stellt.

Die Generaldebatte wurde heute geschlossen. Morgen beginnt die Einzelberatung. —

Grob, aber richtig.

Nachdem die „Finanzreform“ unter Dach und Fach gebracht ist, will niemand für sie die Verantwortung übernehmen. Besonders in den liberalen Blättern nimmt das Protestieren kein Ende. Alle schreiben: „Spaltet den Dieb!“ Ihnen schreibt die „Germania“, grob aber richtig, ins Stammbuch:

„Besonders schön sieht die Entrüstung denjenigen Freisinnigen, die durch ihren Bewilligungseifer in Militär-, Marine- und Sozialfragen zu der Finanznot des Reiches beigetragen haben und, wenn es noch ihnen ginge, sehr bald durch Flottenbauten dafür sorgen würden, daß die neuen Steuern nicht mehr ausreichen.“

Das stimmt. Nur soll nicht vergessen werden, daß die Hauptschuld für diesen Bewilligungseifer denn doch das Zentrum trifft. Ohne dessen Mithilfe wäre auch nicht ein Schiff bewilligt worden. Deshalb macht es sich doppelt komisch, wenn die „Germania“ zugleich die eigene Schuld abzuwaschen sucht:

„Da nun einmal neue Einnahmen beschafft werden mühten bessere, d. h. leichter zu tragende und gerechtere Steuern, die auch auf eine Mehrheit hoffen durften, nicht zu finden waren und das ganze Werk nicht zustande kommen konnte, wenn man nicht auch einiges mit in Kauf nahm, was mancher lieber abgelehnt hätte, so hat der Reichstag wohl daran getan, das Ganze anzunehmen, wie es war.“

Diese faulen Ausreden nochmals zu widerlegen, lohnt nicht der Mühe. Wir begnügen uns, schon jetzt festzustellen, daß auch das Zentrum „bald durch Flottenbauten dafür sorgen wird, daß die neuen Steuern nicht mehr ausreichen“, und daß überdies der Bewilligungseifer des Zentrums nicht einmal aus sachlicher Ueberzeugung fließt, sondern nur aus dem Bemühen, regierende Partei zu bleiben, und deshalb der Regierung gefällig zu sein. —

Ein neuer Flottenagitor ist im äußersten Osten Deutschlands entstanden und macht den Flottenschwärmern alten Stils bedenklich Konkurrenz. Ein Gutsbesitzer Friedrich Scharfetter aus Quedlinau bei Königsberg hat mit scharfem Verstande erkannt, daß es mit der Flottenagitation wie bisher nicht weiter geht. Der neue Flottenapostel reißt daher von Dorf zu Dorf, ruft die Wähler zusammen und hält eindringliche Reden. Wenn jeder wirkliche Patriot nach Kräften beisteuert, dann müsse, so meint er, es möglich sein, in einigen

Jahren so viele Mittel aufzubringen, daß eine deutsche Flotte erstehen, größer als die englische. Zugleich erhält jeder ein die Flottenvermehrung empfehlendes, von Scharfetter selbst verfaßtes Gedicht ausgehängt und eine Liste zum Einzeichnen eines Betrages zum Flottenbau vorgelegt.

In einigen Ortschaften haben, wie es heißt, einige Wessiger Beträge von 50—1000 M. gezeichnet, wenn auch noch nicht gezahlt. Geld nimmt der Herr Scharfetter nämlich vorerst noch nicht an; er will erst sehen, wie seine Rederei zieht. Aus dem 20 Verse enthaltenden Gedicht seien der Kuriosität wegen einige wieder gegeben:

Wie oft und viel ist es verkündet,
Daß schwach die deutsche Flotte sei;
Wie tausendfach ist es begründet,
Und dennoch bleibt es einerlei —
Wir gehen unsern Schmelzengang
Und bleiben schwach jahrzehntelang!

Das muß nun endlich anders werden!
Nicht länger mehr die Hand im Schoß!
Doch nicht mit freundlichen Gebärden
Macht man die Flotte stark und groß.
Breift in den Geldsack nur hinein,
Dann wirds in Deutschland besser sein.

Gedenkt der Armen, die da schaffen
Im Schweiß für das tägliche Brot.
Ein einziger Schlag der deutschen Waffen
Und alles stürzt in bittere Not!
Sind unsere Küster erst blockiert,
Das letzte mancher gar verliert!

Ihr Großen, nehmt es in die Hände
Und führt die Sache herrlich aus,
Zu einem guten sichern Ende
Die Liste zieh von Haus zu Haus!
Und wer sich davon drücken lann,
Das ist fürwahr kein deutscher Mann!

Die Fahrkartensteuer in der badischen Kammer.

Die badische Zweite Kammer beschäftigte sich heute mit dem Antrage unserer Fraktion, die Regierung zu ersuchen, im Bundesrat gegen die Fahrkartensteuer zu stimmen. Genosse Kolb begründete den Antrag. Diehler (Zentrum) und Prinz (national-liberal) erklärten, daß ihre Parteien dem Antrage nicht zustimmen können; sie betonen, daß die vom Reichstage angenommene Finanzreform, zu der die, wenn auch unerwünschte, Fahrkartensteuer gehöre, eine Notwendigkeit sei; Heimburger (Demokrat) und Brühau (freisinnig) erklärten sich für den Antrag. Dieser wird schließlich gegen eine Mehrheit von 17 Stimmen abgelehnt.

Wie man für Arbeiter sorgt.

Wie das Gedröge einer Henne mutet ernste Menschen das Geschrei an, das sich jedesmal erhebt, wenn irgend eine noch so unbedeutende Maßregel im Deutschen Reiche getroffen wird, die sich als „Arbeiterfürsorge“ registrieren läßt.

„Fürsorge für Lokomotivbeamte“ lautet die stolze Ueberschrift einer Kotiz, die gegenwärtig die Kunde durch die ganze staatsverhaltende Presse macht. Begierig, diese „Fürsorge“ kennen zu lernen, liest man die Kotiz, und was stellt sich heraus? Es sollen auf den Lokomotiven Apparate angebracht werden, auf denen sich die Beamten Speisen und Getränke wärmen können!

Eine solche Kleinigkeit! Seit vielen Jahrzehnten gibt es in Preußen Eisenbahnen, und bisher haben die Fahrbeamten ständig kalte Speisen und Getränke herunterwürgen müssen! Nun, wo dem standalösen Zustand endlich abgeholfen werden soll, geniert man sich nicht, auch noch damit zu prahlen.

Wie es mit der wirklichen Arbeiterfürsorge aussieht, das wird durch eine andere Kotiz klar, die der Zufall um dieselbe Zeit an die Öffentlichkeit bringt. Die Arbeiter der königlichen Justiz in Spandau haben sich bereits vor Jahren an den Kriegsminister gewandt und um einen jährlichen Urlaub von 8 Tagen gebeten. Sie sind aber mit dem Bemerkten abschlägig beschieden worden, daß der Reichstag erst die dazu erforderlichen Mittel bewilligen müsse. Die Frage kam kürzlich in der Petitionskommission bei der Verhandlung einer Petition zur Sprache, die von den Arbeiterausschüssen der königlichen Institute in Spandau an den Reichstag gerichtet worden ist und um die Bewilligung der zu diesem Zwecke notwendigen Mittel ersucht. Der von der Regierung zu der Verhandlung entsandte Laurat Koch vertrat den Standpunkt, daß die Gewährung eines Sommerurlaubes an die Arbeiter erhebliche Aufwendungen für mehr einzustellende Arbeiter und die zu erweiternden Maschinenbestände und sonstigen Betriebseinrichtungen verursachen würde; er berechnete den Mehraufwand nur an Löhnen bei der Gewährung eines acht-tägigen Urlaubes auf rund 720 000 M. jährlich.

„Deshalb geht's nicht!“ Wie kann auch der Staat 4 Millionen aufwenden, um den Arbeitern einen Urlaub zu verschaffen. Da könnte an den 400 Millionen etwas fehlen, die wir für Südwestafrika nötig haben.

Die Herren in der Petitionskommission genierten sich jedoch, die Arbeiter glatt abzuweisen und verlegten sich aufs Handeln! Sie meinten, daß die Berechnungen des Regierungskommissars zu hoch gegriffen seien, umso mehr, als nicht sogleich für sämtliche Arbeiter ein acht-tägiger Urlaub notwendig sei; es könne z. B. nach dreijähriger Dienstzeit ein Urlaub von drei Tagen, nach fünf Jahren von fünf Tagen und nach zehn Jahren von sieben Tagen gewährt werden. In dieser kläglich abgeschwächten Form soll die Petition zur Berücksichtigung empfohlen werden. Und wenn dann noch langer Zeit wirklich den Arbeitern ein Urlaub von 2 oder 3 Tagen gewährt wird, dann werden wieder alle staatsverhaltenden Tintenfässer überfließen vom Ruhm der deutschen Arbeiterfürsorge. —

In der Ausweisungsschmach, die durch die gestrige Reichstagsverhandlung wieder in den Vordergrund gerückt ist, strömt uns noch immer neues Material zu, dessen völlige Verwertung uns leider der Raum verbleibt. Nur das sei hervorgehoben, daß in mehreren Fällen, deren Details wir hier aus naheliegenden Gründen vorläufig unterdrücken müssen, ähnlich wie schon in früheren Jahren von gewissen Unterbeamten versucht worden ist, unter der Fuchtel der Ausweisungsgesetze hiesige Russen zu politischen Spionagen gegenüber ihren hiesigen Landsleuten zu bestimmen.

Ferner wird uns folgende Resolution zur Verfügung gestellt, die das Märchen von der Schmutzkonkurrenz der russischen Arbeiter und von der Sehnsucht der deutschen Arbeiter nach Abschließung der russischen Kollegen aufs gründlichste widerlegt:

Die am 10. Mai 1906 in Puchuras Klubhaus, Landbergerstr. 39, zahlreich versammelten Photographengehelfen, Mitglieder des Deutschen Photographengehelfen-Verbandes, protestieren aufs energischste gegen die Ausweisung mehrerer Kollegen (russische Staatsangehörige). Dieselben haben sich bisher in Preußen auch nicht das geringste zuschulden kommen lassen. Sie sind auch pekuniär in gesicherten Verhältnissen, so daß sie in keiner Weise dem Staate oder der Gemeinde zur Last fallen würden. Die Versammelten betrachten die Ausweisungen als einen brutalen Verstoß gegen jedes Gefühl der Menschlichkeit, der Humanität und der Gostfreundschaft. Befreiung der Ausweisungsgesetze für das ganze Deutsche Reich einseitig

und auf wahrhaft freihändlerischer und humaner Grundlage aufgebaut. Erst nach Erfüllung dieser Forderung werden die allen Gesetzen der Kultur und Zivilisation des 20. Jahrhunderts höhnischenden polizeilichen Willkürakte ein Ende haben.

Der Handbahker von Breslau soll nach amtlicher Erklärung doch noch nicht gefunden sein. Der Breslauer Polizeipräsident hat dem Rechtsbeistand Biewalds, dem Justizrat Ranroth, mitgeteilt, es sei durch die polizeilichen Ermittlungen einwandfrei festgestellt, daß der Schugmann Tschursch mit dem Täter nicht identisch sei.

Also die Polizei hat wenigstens etwas ermittelt! Rämlich, daß Tschursch nicht der Täter ist. Den Täter aber hat sie nicht ermittelt. Und den scheint sie auch nicht mehr zu ermitteln. —

Ausland.

Frankreich.

Arbeitsprogramm.

Paris, 23. Mai. Genosse Jules Guesde erklärte einem Mitarbeiter der „Republique française“, daß seine Partei gemäß den Beschlüssen des Amsterdamer Kongresses einer Regierungsmehrheit nicht angehören könne. Der Vlod sei tot. Damit wolle er allerdings nicht sagen, daß die Sozialisten, falls die Radikalen sich endgültig entschließen, einige der lange geforderten Reformen in Angriff zu nehmen, einem solchen Werke ihre Zustimmung verweigern würden. Die Sozialisten würden vielmehr mit allen Kräften dazu drängen, daß die Radikalen ihre wirtschaftlichen Versprechungen erfüllen, in der Ueberzeugung, daß dadurch die Kampfmittel der Arbeiterklasse vermehrt würden. Sollten die Radikalen ihre Versprechungen nicht halten, dann würden sie den Sozialisten nur um so rascher zur Macht verhelfen.

Italien.

Ein Ministerium aus lauter „Freunden“?

Rom, 23. Mai. (V. S.) König Viktor Emanuel beendigte gestern die Besprechungen mit den verschiedenen politischen Persönlichkeiten. Er beauftragte schließlich Giolitti mit der Kabinettsbildung. Giolitti hat bereits mit seinen Freunden Gallo, Majorana, Marcora, Lacava, Gorla und Fortis wegen Uebernahme von Portefeuilles beraten.

Schweden.

Keine Steuererleichterung für die Armen.

Unter den wünschenswertesten Reformen, die die Regierung bei Eröffnung des Reichstages in Aussicht stellte, war bekanntlich auch eine Erhöhung des steuerfreien Abzugs von den niedrigsten steuerpflichtigen Einkommen. Das abzugsfähige steuerfreie Existenzminimum, wie es jetzt noch besteht, wurde 1888 festgesetzt und beträgt für Einkommen bis zu 1200 Kronen nur 450 Kronen, was lange nicht mehr den inzwischen bedeutend gestiegenen Preisen für fast alle Lebensbedürfnisse entspricht. Gleichwohl lehnte die Mehrheit des Steuerausschusses des Reichstages den Regierungsvorschlag ab mit der Begründung, daß die Frage „nicht genügend untersucht“ worden sei. Eine Minderheit stimmte dem Regierungsvorschlage insofern zu, als darin eine Erhöhung des steuerfreien Abzuges an Orten mit besonders teuren Lebensmittelpreisen und für kinderreiche Familien vorgeesehen war.

Am 12. d. Mts. hat sich der Reichstag mit der Sache befaßt. Die Erste Kammer entschied, ohne sich erst mit einer Abstimmung anzuhalten, im Sinne der Ausschlagsmehrheit; die Zweite Kammer gleichfalls, jedoch mit 124 gegen 85 Stimmen, die für den Vorschlag jener Minderheit abgegeben wurden. Unsere Parteigenossen Blomberg und Branting hatten ihr Möglichstes getan, um wenigstens den am schlechtesten gestellten Steuerzahlern die von der Minderheit vorgeschlagene Erleichterung zu verschaffen. —

Henrik Ibsen, der greise norwegische Dichter, starb gestern, Mittwoch, den 23. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, zu Kristiania. Eine Würdigung seines Lebenswertes finden unsere Leser im heutigen Unterhaltungsblatt. —

Gewerkschaftliches.

Zur Metallarbeiterausperrung.

Die Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu Hannover, die beide durch eine Siebenerkommission vertreten sind, haben am 15. Mai und 21. Mai nach längerer Tagung noch zu keinem Ende geführt werden können. Die Lohnerhöhung bezw. der Minimallohn ist von den Unternehmern aus prinzipiellen Gründen abgelehnt, obgleich sich die Scharfmacher darüber klar sein konnten, daß ohne Aufbesserung der Löhne ein dauernder Frieden nicht möglich ist. Was materiell bewilligt wurde, war minimal, z. B. waren für Ueberstunden und Feiertagsarbeit 20 Proz. Aufschlag bewilligt, sofern diese eine halbe Stunde überschreitet. Dieser Aufschlag soll aber für Akkordarbeiter nicht bezahlt werden und erst in 2 Monaten in Kraft treten. Außerdem soll jede Belästigung der Arbeitswilligen mit Entlassung bedroht werden. Vorbedingung der Bewilligung ist die Beilegung der anderen Streiks in Breslau, Dresden usw. Die Arbeiterkommission sollte nun den Arbeitern empfehlen, im Interesse der Einigung von der Forderung des Minimallohnes Abstand zu nehmen. Dieser fromme Wunsch der Arbeitgeber hat selbstverständlich nicht erfüllt werden können.

Am Mittwochvormittag hatten die streikenden Formner und Gießerarbeiter über die Zugeständnisse zu entscheiden. In stundenlanger, sehr erregter Debatte gelangten einige Vereinbarungen zur Annahme. Bezüglich der Ueberstunden wurde beschlossen, daß der Aufschlag für Ueberstunden sofort und für alle Arbeiter in Kraft treten müsse und zwar in Höhe von 25 Proz., wenn die tägliche Arbeitszeit um mehr als eine halbe Stunde überschritten wird. Gegen eine erhebliche Minderheit wurde zum Punkt Minimallohn beschlossen:

Der Stundenlohn der Formner und Gießerarbeiter wird ihren Leistungen entsprechend vereinbart und gewährleistet. Eine Lohnerhöhung, die insbesondere eine ausreichende Verbesserung der niedrigen Hilfsarbeiterlöhne eintreten läßt, wird von der Siebenerkommission vereinbart.

Die Berechnung der Akkordlöhne, insbesondere die Garantie des Wochenlohnes und Bezahlung des Fehlgusses soll noch präzisere Fassung erhalten.

Mit diesen Zugeständnissen haben die Arbeiter den Unternehmern einen gangbaren Weg zur Einigkeit vorgezeichnet. Nur Böswilligkeit der Scharfmacher kann das Gegenteil behaupten und da Hannover und Breslau noch die letzten Orte der gewaltigen Bewegung sind, bei denen die Einigung noch nicht erfolgt ist, fällt — lehnen die Unternehmer alles ab — die Verantwortung für alles Weitere nur auf die Unternehmer zurück.

Berlin und Umgegend.

Deutscher Metallarbeiterverband?

Die Gasmeter- und Gasföhr-Fabrik in Mariendorf ist für sämtliche Metallarbeiter gesperrt. Die Ortsverwaltung.

Die brünstigen „Hirsche“ in der U. G. G.

Im Werk Drummstraße suchen die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner gegenwärtig die durch den bekannten Konflikt der

hörtigen Arbeiter hervorgerufene Situation auszunutzen, um den neuwählenden Arbeiterausschuß mit „ihren“ Leuten zu besetzen. In diesem Zweck hatten sie zu Montag und Dienstag die Arbeiter mehrerer Abteilungen zu Betriebsbesprechungen nach dem „Swinemünder Gefellshaus“ eingeladen in der Hoffnung, jetzt im Trüben fischen zu können. Damit die Sache nicht so auffällig erscheine, ließen sie ein Flugblatt verteilen, das in Druck und Anordnung genau dem früheren Flugblatt des Metallarbeiterverbandes nachgeahmt war. Das Resultat war jedoch ein klägliches Fiasko für die Hirsche. Von den circa 900 Beschäftigten der einen Abteilung waren höchstens 30 Personen erschienen, von den 500 Beschäftigten einer anderen Abteilung hatten sich nur 20 eingefunden, aus noch anderen Abteilungen waren sogar nur ein Duzend Männlein antworfend. Im Kreise dieser ketzerischen Kundgebung den führenden Hirschen allerdings etwas schwülzige Worte geworden sein. In ziemlich gedrückter Stimmung ernannten sie schließlich ihre Ausschlußkandidaten, und nur sehr zaghaft erklärten sich diese zur Annahme der Durchschlußkandidaturen bereit. Die im Werk beschäftigten Mitglieder des Metallarbeiterverbandes denken natürlich nicht daran, den Hirschen, die trotz aller Anstrengungen früher auch nicht einen einzigen Kandidaten durchbrachten, jetzt so mit der nichts das Feld alleine zu überlassen. Sie haben vielmehr den früheren Obmann beauftragt, auch für dieses Mal die Vorbereitungen zur Ausschlußwahl in die Hand zu nehmen. Demnach dürften auch jetzt ebenso wie früher den Gewerksvereins die Trauben wieder zu sauer sein.

Die Aussperrung im Lithographengewerbe.

Am Dienstag haben die Berliner Lithographen und Steindrucker den aussperrenden Unternehmern durch eine machtvolle, von fast 3000 Personen besuchte, in Kellers Festsaal abgehaltene Versammlung die gebührende Antwort erteilt. — Der Zentralvorstand des Deutschen Senefelderbundes, Kollege Sillier, schilderte in einstündigem, von Zustimmungskundgebungen unterbrochenem und mit drausendem Beifall aufgenommenem Referat die bekannten Maßnahmen der Dr. Gerschel und Genossen, die durch die Aussperrung die starke Gehülfsorganisation niederzupressen wollen. Das wird den Herren nicht gelingen. Der Senefelderbund steht dem ausgedehnten Kampf gerüstet gegenüber. Die Gehülfsorganisation wird den Scharfmachern einen Denzettel geben, den sie nicht gleich wieder vergessen sollen! — Kollege Kay behandelte im Anschluß an das Referat die Berliner Verhältnisse. Damit den aussperrenden Unternehmern gezeigt werde, daß sich die Berliner Kollegen nicht für nichts und wieder nichts auf des Straßenspielfeld werfen lassen, empfahl er namens der lombinierten Verwaltungen die Aufstellung von Forderungen an die aussperrenden Firmen, die in folgender Resolution niedergelegt sind:

Die am 22. März 1906 in Kellers Festsaal versammelten 3000 Lithographen und Steindrucker verurteilen aufs schärfste die brutale durch den Schuberband deutscher Steindruckerbetriebe veranlaßte Aussperrung. Sie versprechen, treu zum Senefelderbunde zu halten und, soweit es noch nicht geschehen ist, sich diesem anzuschließen.

Als weitere Antwort erklären die Versammelten, nicht früher die Arbeit wieder aufzunehmen, bis die folgenden Forderungen erfüllt sind:

1. Die Anerkennung der §§ 616 und 620 des Bürgerlichen Gesetzbuches.
2. Die Anerkennung des Bundesarbeitsnachweises.
3. Eine zehnprozentige Erhöhung aller Löhne unter 30 M. und eine fünfprozentige über 30 M. pro Woche.
4. Eine entsprechende Entschädigung für den Lohnausfall während der Zeit der Aussperrung.

Sodann beauftragten die Versammelten die Verwaltungen, bei Verhandlungen, die später als vier Wochen nach dem Inkrafttreten der Aussperrungen eingeleitet werden, diesen Forderungen die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde für Steindrucker hinzuzufügen.

Die einzelnen Punkte der Resolution wurden mit lebhafter Zustimmung aufgenommen. Die Resolution fand einstimmige, begeisterte Annahme. Dieses Resultat werden die Unternehmer von ihren rigorosen Maßnahmen nicht erwarten haben. Während der Kündigungsperiode darf von der Kollegenchaft die Zurückziehung der Kündigungen durch einzelne, noch rechtzeitig zur Einsicht gekommene Prinzipale nur mit Zustimmung der Verwaltung angenommen werden.

Von dem Opfermut, der unter den Geländigten herrscht, legt ein Antrag Zeugnis ab, der aus deren Mitte heraus unter lebhaftem Beifall durch Kollegen Zeißner eingebracht wurde, dahinlautend, daß die Geländigten in der ersten Aussperrungswoche auf jede Unterstützung verzichten möchten. Der Antrag hätte Annahme gefunden, wenn Kollege Barthele nicht namens der Verwaltung die Erklärung abgegeben hätte, daß die Mittel aus für einen längeren Kampf gesichert seien, worauf der Antragsteller seinen Antrag als überflüssig zurückzog. Die vom Hauptvorstand zur Schonung des Kampffonds ausgeschriebene Extrasteuer von 1 M. für Kollegen mit 20 M., 2 M. für solche mit 30 bis 30 M. und 3 M. für solche mit mehr als 30 M. Wochenlohn fand ebenfalls einstimmige Zustimmung.

Dieser Opfermut und der gute Geist der Einigkeit, der die ganze gewaltige Versammlung befeuerte, wird den Dr. Gerschel und Genossen gezeigt haben, daß die Gehülfsorganisation nicht mehr mit sich spielen läßt. Sie will nicht mehr trotz der lodendsten Töne nach der Pfeife jener Herren tanzen. Sie ist entschlossen, den Kampf bis zum vollen Erfolge zu Ende zu führen. Die Organisation, die die Herren vernichten wollten, wird nur, wie es bei allen derartigen Aussperrungen ist, mächtiger und geschlossener aus dem Kampf hervorgehen. Mit einem begeisterten dreifachen Hoch auf das Blühen und Gedeihen des Deutschen Senefelderbundes wurde die machtvolle Versammlung geschlossen.

Zur Aussperrung im Steindruckgewerbe.

Eine öffentliche Versammlung der Steindruckerhülfsarbeiterinnen und -Arbeiter fand Dienstag im Englischen Garten statt. Der Saal war dicht gefüllt, so daß die vorhandenen Stühle bei weitem nicht ausreichten. Im Hinblick auf den starken Besuch wurde der Gedanke laut, man müßte den Unternehmern eigentlich dankbar dafür sein, daß sie durch ihre Gewaltmaßregeln auch das Hülfspersonal der Steindruckereien wieder einmal ordentlich aufgerüttelt und zu einmütigem Handeln zusammengeführt haben. — Der Referent A. u. f. schilderte die Entwicklung und den jetzigen Stand der Aussperrung. Wie bei der Gehülfsorganisation so ist auch bei der Hülfsarbeiterorganisation die vom „Schuberband“ befohlene Kündigung nur in sehr geringem Maße durchgeführt worden; einige Firmen haben einem Teil ihres Hülfspersonals gekündigt, andere haben bis jetzt überhaupt nicht gekündigt. Da jedoch bei einem Teil des Hülfspersonals die Kündigungsfrist ausgeschaltet ist, muß erst der 2. Juni abgewartet werden, ehe man feststellen kann, welchen Umfang die Aussperrung annimmt. Der Redner wies darauf hin, daß bei der Lohnbewegung der Steindrucker im Jahre 1896 das Hülfspersonal sich noch recht schwach zeigte, so daß nach ganz kurzer Zeit ein Teil sich nachhaken ließ. Seitdem ist aber die Organisation der Hülfsarbeiterorganisation zu einer Macht geworden; der Gedanke der Arbeiterkollegen hat tiefe Wurzeln geschlagen. Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, Abschaffung der Feiertagsbezahlung, Maßregelungen bei Werkstattdifferenzen und wiederholte Drohungen mit allgemeinen Aussperrungen haben viel dazu beigetragen, die Masse zusammenzuführen. Haben die Leiter der Organisation im vorigen Jahre bei dem Streik bei Lütticher u. Boyen mit Rücksicht auf die kleine Zahl der daran beteiligten Kollegen von energischen Maßnahmen gegen die Aussperrungsdrohung abgesehen, so liegen jetzt die Ver-

hältnisse so, daß im richtigen Augenblick die ganze Macht der Organisation gegen das Unternehmertum aufgebracht werden muß. Der lebhafteste Beifall, der dem Referat folgte, die Diskussion, die sich daran schloß, sowie die einstimmige Annahme der folgenden Resolution bewiesen, daß die Hülfsarbeiter und -Arbeiterinnen jederzeit bereit sind, dem Rufe ihrer Organisation zu folgen und die Opfer auf sich zu nehmen, die im Interesse der Sache notwendig sind. Die Resolution lautet:

„Die Versammlung spricht ihre tiefste Empörung über das brutale Vorgehen des Schuberbandes der deutschen Steindruckerbetriebe aus, die ohne Grund und Ursache ihr Hülfspersonal dem Elend preisgeben. Die Versammelten verpflichten sich, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß auch der letzte Kollege, die letzte Kollegin sich im Verband der Buch- und Steindruckerhülfsarbeiter und -Arbeiterinnen organisiert, wodurch allein geordnete Verhältnisse und ein menschenwürdiges Dasein für die Hülfsarbeiter und -Arbeiterinnen erreicht werden können.“

Zur Lohnbewegung der Friseurgehülfen!

Der Aktionsausschuß der Partei sowohl wie die Berliner Gewerkschaftskommission haben in ihrer Sitzung am Freitag, den 18. d. M., den Vorschlag über die Gehälter beschlossen, welche die Forderungen der Gehülfen ablehnen. Die Gehälter, welche bewilligt haben, sind namentlich durch ein weiches mit roter Schrift in der „Vorwärts“-Druckerei hergestelltes Plakat mit untenstehendem Titel und dem Namen Paul Liere. Die Gehülfen müssen im Besitz ebensolcher Kontrollkarten sein. Andere Plakate und Bekanntmachungen haben mit unserer Organisation und Lohnbewegung nichts zu tun, dienen daher auch nicht als Ausweis, daß die von uns aufgestellten Forderungen, besonders Befreiung des Logis, erfüllt sind. Der Stand der Lohnbewegung ist der kürzlich gemeldete: Die Arbeitgeber lehnen die Forderungen der Gehülfen in ihren Versammlungen nach wie vor ab. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß es auch zum Streik kommt. Wir ersuchen die Arbeiterschaft, die oben angeführten Beschlüsse streng durchzuführen. Hoch die Solidarität! Verband der Friseurgehülfen. (Zweigverein Berlin und Sorort.) Paul Liere.

In dem Automobilbroschürenbetrieb „Bedah“, Chausseestraße 121, sind Differenzen wegen des Lohnes ausgebrochen; der Betrieb ist deshalb gesperrt. Auch darf sich bis zur event. Beilegung keine Person zur Ausbildung melden.

Der Vorstand des Vereins der Droschkenführer Berlins und Umgegend.

Deutsches Reich.

Der Streit der Binnenschiffer.

Es hat Ruhe gelostet, die Schiffer aufzurütteln, aber jetzt stehen sie zusammen Mann für Mann und die Binnenschiffahrt auf der Oder ist vollständig lahmgelegt. Die Unternehmer im Binnenschiffahrtsgewerbe schließen sich immer fester zusammen und ihr Ziel ist die rückwärtslose Ausbeutung der Arbeiter. Nur einen Monatslohn von 84 Mark erhalten die Schiffer, davon werden ihnen noch vier Mark regelmäßig abgezogen und nur bei „guter Führung“ haben sie später Anspruch darauf. Die Schiffer verlangen eine Regelung der Arbeitszeit, Sonntags- und Nachtrabe und einen Monatslohn von 100 Mark. Die Unternehmer unterhalten ein ausgedehntes Spiegelsystem aus Furcht, daß die Arbeiter in ihrer Not etwas von der Ladung entnehmen, was man nicht entschuldigen, wohl aber verstehen könne. Von den Maschinisten und Heizern erwarten die Streikenden, daß sie sich weigern, mit Streikbrechern zusammen zu arbeiten.

Die Buchbinderaussperrung hat, wie uns aus Stuttgart geschrieben wird, nunmehr auch dort große Dimensionen angenommen. Die Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart-Berlin, mutete ihren Stuttgarter Arbeitern zu, Arbeiten aus dem Berliner Betriebe der Firma fertig zu stellen und damit ihren Berliner Kollegen in den Rücken zu fallen. Diese Arbeiten wurden natürlich verweigert und wanderten am Samstagabend erfolglos von Werkstatt zu Werkstatt. Darauf haben am Montag und Dienstag die Stuttgarter Buchbinderbetriebe bereits etwa 800 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt und veröffentlicht eine Erklärung, wonach sie sich dem Vorgehen des Deutschen Buchbinderbetriebsverbandes anschließen, sich mit der „Union“ solidarisch erklären und sich verpflichten, deren Arbeiten auszuführen. Da ihnen dieses natürlich verweigert wurde, bezeichnen sie jetzt die von ihnen selbst durch ungebührliche Zumutungen aus den Betrieben herausgedrängte Arbeiterschaft als Ionaktrübsch. Eine Versammlung der Arbeiterschaft, die überfüllt war und in der allerbesten Stimmung verließ, verpflichtete sich in einem einstimmig gefaßten Beschluß, „durch festes Zusammenhalten die scharfmacherischen Pläne der Arbeitgeber zu nichte zu machen.“

Die Maler und Anstreicher in Köln haben zum erstenmal mit den organisierten Unternehmern einen Tarifvertrag abgeschlossen. Die Unternehmer haben diesmal, um dem sicher bevorstehenden Ausstände aus dem Wege zu gehen, diejenigen Forderungen freiwillig anerkannt, wegen deren die Arbeiter im verflochtenen Jahre vergeblich sechs Wochen gestreikt haben. Die Arbeitgeber hatten zuerst einen sogenannten „Leistungsstarif“ einführen wollen, mußten diese Absicht angesichts des entschiedenen Widerstandes der Arbeiter aber fallen lassen. Nach dem Tarif wird die Arbeitszeit künftig überall neunstündig sein. Gesellen unter 20 Jahren darf nicht weniger als 48 Pf. Stundenlohn gezahlt werden; für Gehülfen über 20 Jahren beträgt der Lohn im ersten Jahre 52, im zweiten Jahre 54, im dritten Jahre 55 Pf. Für Überstunden werden bis 10 Uhr 10 Pf., bis 12 Uhr 20 Pf., nach 12 Uhr 30 Pf. Zuschlag gezahlt. Für Stuhlarbeit und Werkstatthaus erhöht sich der Stundenlohn um 5 Pf. Akkordarbeit ist möglichst zu vermeiden, andernfalls wird der Stundenlohn garantiert. In der Versammlung der Gehülfen war der Obermeister der Innung erschienen, um zu erklären, daß die Unternehmer für die Folge sich mit den Arbeitern friedlich zu verständigen wünschten. Noch im vorigen Jahre hatten die Kölner Malermeister beschlossen, alle Gehülfen auszusperrern, die innerhalb einer gewissen Frist nicht aus der gewerkschaftlichen Organisation ausgetreten seien. Der Beschluß machte nicht den geringsten Eindruck bei den Arbeitern. Inzwischen haben die Unternehmer gelernt, daß die feste Mauer der Arbeiterorganisation härter ist als die Schädel der Innungsmeister.

Bauarbeiterstreik im Saar-Revier.

Sankt Johann, 23. Mai. In einer gestern abend abgehaltenen Versammlung von 1200 Bauhandwerkern wurde beschlossen, heute früh den Unternehmern die Kündigung einzureichen, da der Arbeitgeberverband die geforderte Lohnhöhung und die zehnstündige Arbeitszeit abgelehnt habe.

Zum Kartell der Dunder und Dunder schreibt man uns aus Baden: Die treue Bundesgenossenschaft der Christlichen und der Hirsch-Dunderschen zeigte sich anlässlich einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung, welche am vergangenen Sonntag in Käfersthal bei Rannheim abgehalten wurde. Sie war von den Christlichen einberufen; die Dunderschen forderten in ihrer Presse ihren Anhang in Rannheim zu starkem Besuch auf, weil sie befürchteten, daß die „Freien“ zahlreich erscheinen könnten. Trotzdem war der Besuch seitens der Bundesgenossenschaft für diese öffentliche Versammlung die Bureauwahl beantragten, verweigerten dies die Christlichen und schlossen auch die Diskussion aus. Während die Herzinnigen unter sich topten und über die guten Aussichten des Hirsch-Dundersch-Aristokratis sich unterhielten, kennzeichneten die nach einem anderen Saale gewanderten Arbeiter die Feigheit dieser harmoniebedingten Verdrückerung.

Die Straßenbahnangehörigen Genß sind in den Ausstand getreten.

Aus Industrie und Handel.

Einkommen der Hamburger Aktiengesellschaften. Außer dem physischen Steuerzahler gab es in Hamburg im Jahre 1903 484 steuerzahlende juristische Personen (Aktiengesellschaften usw.) mit einem Gesamteinkommen von 47,8 Millionen Mark. Von ihnen gehörten 88 zu den unteren (900—3000 M. Einkommen), 132 zu den mittleren (3000—10 000 M. Einkommen) und 264, also mehr als die Hälfte, zu den oberen Einkommenklassen (über 10 000 M. Einkommen). Ein Einkommen über 100 000 M. hatten 65 Gesellschaften. An dem von den Aktiengesellschaften erzielten Gesamtsteuerertrag von 3,9 Millionen Mark war die letzte Gruppe mit rund 3,3 Millionen Mark, also mit 86 Proz., beteiligt; Hamburgs größte Aktiengesellschaft, die Hamburg-Amerika-Linie, zahlte 578 000 M. oder 15 Proz. der Gesamtsteuersumme der unpersonlichen Steuerzahler.

Aus der Frauenbewegung.

Die Agitation für das Frauenwahlrecht in England.

London, 20. Mai. Gestern fand in London eine Frauendemonstration statt, die durch ihren Ernst und ihren Umfang nicht verfehlt sein kann, die öffentliche Meinung zugunsten der Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen zu beeinflussen. Die Demonstration bestand aus zwei Teilen: erstens aus einer Audienz beim Premierminister; zweitens aus öffentlichen Versammlungen.

Am Vormittag begaben sich etwa 350 Frauen zum Premierminister Sir Henry Campbell-Bannerman, um ihn zur Einbringung einer Frauenwahlrechtsvorlage zu bewegen. Sämtliche Frauenorganisationen der Hauptstadt und der Provinz waren vertreten. Die Arbeiterfrauen bildeten die Mehrheit. Etwa 50 Arbeiterinnen und Arbeitermädchen waren am Vorabend aus Lancashire, Yorkshire und Cheshire nach London gekommen, um an der Demonstration teilzunehmen; es waren darunter Mädchen, die in der Textil- und Bergbauindustrie und in anderen Gewerben beschäftigt sind; alle waren sie sehr gut entwickelt und nett, aber einfach gekleidet. In Lancashire allein sind 90 000 Arbeiterinnen und Mädchen in Wahlrechtsvereine organisiert.

Beim Premierminister sprachen Fräulein Ashton für die liberalen Frauenvereine, Fräulein Gore-Booth für die Frauengewerkschaften, Genossin Pankhurst für die „Soziale und Politische Union“ (eine Nebenorganisation der Arbeiterpartei). Letztere erklärte dem Premierminister, daß es in der von ihr vertretenen Organisation Frauen gibt, die bereit sind, für ihre Rechte ins Gefängnis zu gehen.

Der Premierminister erklärte, daß er persönlich für das Wahlrecht der Frauen sei, aber weder im Kabinett noch im Lande habe es eine Mehrheit für eine derartige Maßregel. Die Bewegung mache ohne Zweifel große Fortschritte, aber der Gedanke des Frauenwahlrechtes sei für sehr viele so eigenartig, daß noch einige Zeit vergehen müsse, ehe an eine Realisierung des Frauenprogramms gedacht werden könne. Das beste sei, sich zu gedulden und ruhig zu agitieren, bis die öffentliche Meinung dafür gewonnen sei.

Die Antwort des Premierministers wurde von den Arbeiterinnen-belegierten mit Unwillen angehört.

Nachmittag fand die eigentliche Demonstration statt. Die bürgerlichen Frauen begaben sich nach der Greter-Halle im Strand, wo etwa 1500 Frauen und Mädchen antwortend waren. Es sprachen mehrere Parlamentsabgeordnete und die Vertreter der Frauen, darunter Lady Frances Balfour, eine Verwandte des früheren Premierministers Mr. Balfour und auch des jetzigen Premierministers Campbell-Bannerman.

Die Arbeiterinnen und Sozialistinnen hielten ihre Demonstration unter freiem Himmel in Trafalgar Square ab, wo mindestens 8000 Frauen, Mädchen und Männer versammelt waren. Die Versammlung war so stark, daß von drei Seiten des Sockels des Nelson-Monuments gesprochen werden mußte. Sehr bedeutende Reden wurden von den Genossinnen Pankhurst und Kenny gehalten. Fräulein Kenny ist eine gewöhnliche Textilarbeiterin und spricht hirschend; sie ist eine Rednerin ersten Ranges. Der Trafalgar Square ist einer der Mittelpunkte des Londoner Verkehrs; Omnibusse, Automobile und Wagen verkehren da zu Duzenden jede Minute, so daß das Sprechen nicht leicht ist. Fräulein Kenny sprach indes weithin vernehmbar und sehr wirkungsvoll.

Es war rührend zuzusehen, wie die Arbeiterinnen mit ihren Babys auf den Armen von Ostende der Metropole nach dem Westen gekommen waren, um für ihre Rechte mitzukämpfen. Sie jauchzten den Rednerinnen zu, die sehr revolutionär sprachen.

Auch die Feministinnen aus Paris waren durch zwei französische Arbeiterinnen mit einer französischen Fahne vertreten.

Als Gebohrer dieser merkwürdigen Demonstration konnten wir uns des Eindruckes nicht erwehren, daß die Bewegung für das Frauenwahlrecht in England eine ernste Sache ist. Es gibt eine ganze Anzahl von Genossinnen, die zum äußersten entschlossen sind und die nicht ruhen und rasten werden, bis die Bewegung unwiderstehlich wird. Die Bewegung wächst im ganzen Lande. Man darf schon jetzt sagen: England wird das erste Land Europas mit einem Frauenwahlrecht sein.

Die Arbeitgeberwahlen

für die Ortskrankenkasse der Schneider und Schneiderinnen am gestrigen Abend brachten den Schüligen des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie eine nicht mißzuverstehende Abgabe. Während die unabhängige Liste es auf 132 Stimmen brachte und damit den Sieg davontrug, brachten es die Reichsverbändler nur auf 122 Stimmen. Wenn selbst die Arbeitgeber den wüsten Terrorismus der Reichsverbändler dergestalt beurteilten, müßte doch den Broda, Bratorius und Konjorten bald aufdämmern, daß sie ihre Rolle in der Krankenkasse der Schneider endgültig ausgespielt haben!

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Landesverrat.

Kaiserlautern, 23. Mai. (W. Z. B.) Wie die „Pfälzische Presse“ aus Saargemünd meldet, wurde ein Artilleriedepotarbeiter in St. Avold unter der Beschuldigung des Landesverrats verhaftet.

Fünf Pioniere ertranken.

Ingolstadt, 23. Mai. (W. Z. B.) Als heute nachmittag die zweite Kompanie des ersten Pionier-Bataillons auf der zurzeit sehr hochgehenden Donau abte, stieß ein vierteiliges Ponton, das mit 8 Mann und einem Unteroffizier besetzt war, und den Befehl hatte, vom linken nach dem rechten Ufer zu fahren, mit der Weite an einen Strompfeiler der Stadtbauwerke. Das Ponton wurde in zwei Teile gerissen, ein Teil desselben trieb flussaufwärts, der andere blieb an dem Strompfeiler hängen. Zwei Mann konnten sich selbst in Sicherheit bringen, zwei wurden noch rechtzeitig gerettet. Fünf Mann sind ertrunken.

Deutsch-schwedischer Handelsvertrag.

Stockholm, 23. Mai. (W. Z. B.) Zweite Kammer. Im Verlaufe der Sitzung wurde der deutsch-schwedische Handelsvertrag mit 126 gegen 54 Stimmen angenommen.

Sum Tode Ibsens.

Christiania, 23. Mai. (W. Z. B.) Der Tod Ibsens trat ein, ohne daß der Dichter das Bewußtsein, welches in letzter Zeit infolge eines Schlaganfalles getrübt war, wieder erlangt hatte. Der Schriftstellerverein ließ durch seinen Präsidenten an der Statue des Dichters vor dem National-Theater ein prachtvolles Blumenarrangement niederlegen.

Reichstag.

110. Sitzung vom Mittwoch, den 23. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Preussischer Kriegsminister v. Einem, später Graf Vosodowski und Frhr. v. Tschirschny und Bogendorf.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Beratung der Militärpensionsgesetze.

Abg. Erzberger (Z., zur Geschäftsordnung) schlägt vor, die beiden Gesetze en bloc anzunehmen.

Abg. Singer (Soz.): Ich will dem Vorschlage des Abg. Erzberger nicht widersprechen, indem ich annehme, daß er statt: „die Gesetze en bloc anzunehmen“ sagen wollte: „über die Gesetze en bloc abzustimmen“.

Abg. Erzberger ruft: Selbstverständlich! Die beiden Gesetze werden angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes betreffend Aenderung und Auslegung des Schuttruppengesetzes.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Zweite: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Erste: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Erste: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Erste: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Erste: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Erste: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Erste: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Erste: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Erste: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Erste: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Erste: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Erste: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Erste: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Erste: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Erste: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Erste: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Erste: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Erste: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Erste: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Erste: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Erste: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Erste: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Erste: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Erste: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Erste: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Erste: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

Unterstaatssekretär im Reichskriegsamt Erste: Nachdem das Haus die weiche Kompagnie der Schuttruppe abgelehnt hat, ist Artikel I des Gesetzes gegenstandslos geworden.

suchte. Er sprach davon: wir ständen am Ende des letzten diäten-losen Reichstags. Er irrt hierin; denn wir bekommen ja für diese Session bereits ein Pauschquantum von 2500 M. Ich will auch nicht auf die Jubiläumsgesetze eingehen, die er leise andeutete.

Es schien mir daraus hervorzugehen, als hoffe er, daß künftig — ähnlich wie heute — bei der dritten Lesung der Militärpensionsgesetze gearbeitet werden würde.

Einer solchen Gesetzesmacheri würden meine Freunde energischer Protest entgegenlegen. Wir betonen selbstverständlich hierbei, daß Ausnahmen sehr wohl vorkommen können.

Graf Limburg-Sturum hat die Gelegenheit wahrgenommen, um seinem Widerwillen gegen die Diätenvorlage Ausdruck zu geben. Wir kennen ja seine Gedankengänge.

Er hat immer die lobenswerte Eigenschaft gehabt, rücksichtslos seine Meinung zu sagen, und die ging im vorliegenden Falle dahin, daß Diäten nur unter Abänderung des bestehenden Wahlrechts gewährt werden sollen.

In der Tat kann man ja annehmen, daß die Herren von der rechten Seite am allerersten in der Lage sind, ohne Diäten auszukommen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit an einen Brief erinnern, den Herr v. Kardorff in den hiesigen Jahren an Herrn Reil, den Herausgeber der „Gartenlaube“, gerichtet hat.

Er hat darin auseinandergesetzt, daß er sich an Industrie-Unternehmungen beteiligen und an der Börse beschäftigen wolle, lediglich um Vermögensverluste infolge seiner parlamentarischen Tätigkeit zu vermeiden. Ich schäze diese Einnahme des Herrn v. Kardorff auf 20 bis 30 000 M. Das ist für einen „Wahlberechtigten“ freilich wohl genug, um davon zu leben.

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Das Motiv dieser Herren ist jederzeit, so gut wie es geht, aus dem großen Kopf der Bourgeoisie zu schöpfen und auf der anderen Seite dafür zu sorgen, daß keine Vertreter des arbeitenden Volkes in die Parlamente kommen, wo sie den großen Herren in die Suppe spucken können. (Weißfall bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Graf Limburg-Sturum hat ja auch die Gelegenheit wahrgenommen, seinen ungünstigen Eindruck über die sogenannte Finanzreform kundzugeben. Ich stimme ihm darin bei. Es ist ja sehr merkwürdig, wie diese sogenannte Reform überhaupt zustande gekommen ist.

Die Regierung brachte ihre Vorlage ein, die Kommission baute an ihrer Stelle größtenteils ganz andere Gesetze auf; aber sie war damit noch nicht zufrieden, sie sprach wie Kronos ihre eigenen Kinder. (Sehr gut! links.) Im ganzen Hause ist vielleicht nur ein einziger, der triumphiert, das ist der Abgeordnete Müller-Judva, der schon in den hiesigen Jahren erklärt hat, der Verkehrtbueßel müsse anheben. Sein Wort ist zur vollständigen Wahrheit geworden.

Der „Verkehrtbueßel“ hat allerdings einen gewaltigen Stoß bekommen. (Lebhafte Beifall links.) Am meisten hat aber der Arbeiterstand und der Mittelstand unter den neuen Steuergeetzen zu leiden. Die Mittelstandsdreiter, sie sind in diesem Falle die Mittelstandsverderber geworden.

Die Biersteuer, die in direktem Widerspruch mit dem § 8 des Flottengesetzes steht, wird sogar verstärkt auf den Konsumenten abgewälzt werden. (Laut rechts: Das können die Brauer gar nicht!) Ob sie das können, darüber zerbreche ich mir nicht den Kopf, aber das Groszkapital bringt alles fertig. Der Preisanschlag auf das Bier wird sogar noch größer sein, als die Steuer, aber die Herren Brauer können sich ja auch noch auf den Postzoll berufen, der ihnen zum Beispiel durch die Erhöhung des Postzolls tatsächlich schwere Opfer auferlegt. Uebrigens ist es ja eine allgemein bekannte volkswirtschaftliche Tatsache, daß infolge indirekter Steuern auf die Konsumenten immer mehr abgewälzt wird, als der Betrag der Steuer ausmacht. (Laut rechts: Das ist ja richtig! links.)

Die Zigarettensteuer auf zahlreiche Erzeugnisse vernichtet wirkt, steht fest. Dann die Fahrkartensteuer! Sie hat in Ihren eigenen Reihen die schärfste Verurteilung gefunden. Von den 45 Millionen, die die Steuer aufbringen soll, müssen 25 bis 30 Millionen allein von den Reisenden dritter Klasse aufgebracht werden. Das ist nicht die Bourgeoisie, die dritte Klasse fährt, das sind die kleinen Geschäftsleute und der besser situierte Teil der Arbeiterklasse. (Sehr richtig! links.) Der Personentarif, der in Aussicht steht, wird allein schon das Reisen verteuern. (Weißfall links.) Das Freigezack, das in Norddeutschland bestand, wird abgeschafft, ein Schnellzugzuschlag tritt ein, und in diesem Momente kommen Sie mit der Fahrkartensteuer! Ungefährlicher konnten Sie in der Tat nicht arbeiten. (Lebhafte Beifall links.)

Die Aufhebung des billigen Posttarifs im Lokalverkehr! Dabei haben Sie eins ganz vergessen. Sie haben nämlich am 10. März eine Reihe von Resolutionen angenommen, in denen Sie Wünsche auf Herabsetzung von Portofügen ausgesprochen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sie wollen die Telephongebühren auf dem Lande herabsetzen. Sie wollen Portofreiheit der Soldatenpakete usw. Wenn die Regierung diese Resolutionen durchführt, so wird der Postzoll dadurch einen Schaden von 10—15 Millionen Mark erleiden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Und nun wenige Monate später, da fahren Sie im entgegengelegten Tempo daher! Sinnlos und widerspruchsvoller ist noch nie ein Parlament verfahren. (Lebhafte Beifall links.) Und das nennt der Abg. Wäfling von der nationalliberalen Partei eine große „nationale“ Tat. (Stürmisches Heiterkeit links.) Diese Politik der national-liberalen Fraktion hat denn auch auf seiner Seite härteren Tadel hervorgerufen als in ihrer eigenen Presse. Das „Leipziger Tageblatt“ ist doch gewiß ein großes nationales Blatt. (Lebhafte Zwischenrufe bei den Nationalliberalen: Oh!) Wie können Sie denn so Ihr eigenes Fleisch und Blut verleugnen? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich kenne das „Leipziger Tageblatt“ seit 4 1/2 Jahrzehnten. Im Jahre 1867 schwenkte es — früher war es konservativ — zur nationalliberalen Partei über und hat seitdem unentwegt die Interessen dieser Partei vertreten. Jetzt aber wird es auch diese in Blatte doch zu bunt. Es hat ja vornehmlich die Interessen der Leipziger Bourgeoisie zu vertreten, die Interessen des großen Leipziger Handels. Da sind ihm die Taten der Nationalliberalen in bezug auf die Fahrkartensteuer und die Ortsportoresolution denn doch zu schälim geworden. Es ist ihm, wie man sagt, eine Leber gelaufen, und er kritisiert diese Taten so scharf, daß der Artikel ebenjotig in einem sozialdemokratischen Blatte hätte stehen können. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Ja, jetzt rufen Sie: Sehr richtig! Aber es ist eine alte Geschichte, beim Geldbeutel hört für die Anhänger der nationalliberalen Partei auch die Gemütsfreiheit auf. Selbstverständlich will ich dabei die Herren von der Rechten und ihre Wähler durchaus nicht ausnehmen. (Große Heiterkeit.) Von Vertretern der Rechten ist ja in letzter Zeit geknüpft worden: Wir sehen noch lange nicht am Ende mit den neuen Steuern. Na, das sind ja nette Ausfichten! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und der Graf Limburg-Sturum wirft dem Reichstage vor, daß er zu viele Ausgaben bewilligt! Aber ist es nicht gerade Ihre Partei, die stets alle Forderungen für Meer, Flotte und Kolonien unbedenken annimmt? In einer doch wohl als offiziös angesehenen Mitteilung war zu lesen, daß für den nächsten Herbst so etwas wie eine Wehrsteuer zu erwarten sei. Also die erste größere direkte Reichsteuer wird aus den Taschen der armen Teufel gezogen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Krüppel, denen es infolge ihrer Gebrechen an sich schon schwer wird, ihren Unterhalt zu verdienen, die sollen den Reichsfiskus füllen. (Lachen bei den Nationalliberalen.) Ja, laden Sie nur! Warten Sie es nur ab. Sie arbeiten in einer so ausgezeichneten Weise für uns, daß uns zu arbeiten fast nichts mehr übrig bleibt. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Immer mehr Gelder verschluckt

unserer Unglückskolonie Südwestafrika. Man hatte gedacht, die Inhablichmachung Norengas würde uns Kosten ersparen. Aber gestern haben wir erfahren, daß sie auf die Forderungen der Regierung gar keinen Einfluss hat. Bieselicht hat ein alter Südwestafrikaner recht, der in der „Zukunft“ behauptete, es sei nur eine Frage der Zeit, bis auch die Nwambos in offenen Zustand gegen die deutsche Herrschaft treten werden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn dieser Mann, der die Kolonie gründlich kennt, recht hat, dann müssen wir uns auf einen Kampf gefaßt machen, gegen den der Hererokrieg ein Kinderpiel war. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Doch ich will jetzt keine Zukunftspolitik treiben, sondern etwas auf die Ausführungen des Abg. Bassermann eingehen: Während wir gezwungen sind, immer mehr Ausgaben auf den verschiedensten Gebieten zu machen, kann gar nicht bestritten werden, daß im Gegensatz zu der deutschen Politik die englische Politik in einer geradezu musterergültigen Weise verfahren ist. Gegen Ende des letzten Jahrhunderts fiel in England das stolze Wort von der „splendid isolation“ (glänzende Vereinsamung). England sei allein im Staat genug, um der ganzen Welt Trost zu bieten. Das war Prahlerei. Aber zweifellos hat die englische Politik es in den letzten Jahren verstanden, so geschickt zu operieren, daß England eine Eroberung nach der andern gemacht und daß es jetzt als die Beherrscherin der Meere dasteht. Auf den vorzüglichen Vertrag mit Japan folgte der Vertrag mit Frankreich. Heute steht England mit allen europäischen Mächten in Aufnahme von Deutschland in freundschaftlichen Beziehungen. Es hat in den letzten Tagen es auch noch verstanden, sich die Freundschaft Chinas zu erwerben, indem es auf Weihaiwei verzichtet hat. England hatte Weihaiwei in derselben Zeit erworben, in der wir Kiautschou besetzten. Deutschland verzichtet nicht auf Kiautschou, England aber auf Weihaiwei! Damit hat sich England die Freundschaft Chinas erworben. Es besitzt auch die von Oesterreich und Italien; allerdings bestehen keine festen Verträge, aber die Tatsache ist sicher. Diese geschickte Leitung der englischen Politik hat nun die vollständige Isolierung Deutschlands geradezu in elektrischer Beleuchtung gezeigt. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Es ist kein Wunder, daß in einer solchen Zeit in England der Gedanke aufstauden kann, weitere Flottenrüstungen zu vermeiden. Das englische Parlament hat eine dahingehende Resolution einstimmig angenommen. Das hat in Deutschland die Börse und die Presse stark verärgert. Die deutsche Presse hat dafür eine sehr feine Nase. Alle die Kreise, die an Flotten- und Militärrüstungen verdienen, sind wenig erbaut, wenn sich eine Aera des Friedens über Europa ausbreiten sollte. Nun bin ich allerdings auch der Meinung, daß dieser Parlamentsresolution keine allzu große Bedeutung beizumessen ist. Aber das eine steht auch fest: England weiß, daß es Deutschland vernichten könnte. Und trotzdem hält es fest am Frieden. Ob in dem gleichen Falle unsere Englandkresser ebenso verfahren würden, das halte ich für recht zweifelhaft. Auch der herzliche Empfang der Oberbürgermeister in London beweist die Friedensliebe der englischen Nation. Von all den schönen Worten, die bei dieser Gelegenheit in London gewechselt sind, hat mir am meisten das des Lord Winston Churchill gefallen, der von den Bayern loben und drüben gesprochen hat. Auch er weiß ganz genau, wer die eigentlichen Vertreter der Nationen sind: es sind diejenigen, die an Panzerplatten, Kanonen, Schiffen und Gewehren ihr Vermögen erwerben und vergrößern. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Jetzt sieht sich selbst der Flottenverein, der bisher als Scharfmacher galt, gezwungen, angesichts der herzlichen Empfänge der deutschen Städtevertreter in seiner Propaganda einzuliegen und sich darauf zu beschränken, ein schnelleres Tempo im Ersah der alten minderwertigen Schiffe durch neue zu fordern. Von der alten Idee, möglichst rasch und mit allen Mitteln eine Flotte ersten Ranges zu schaffen, davon ist jetzt nicht mehr die Rede. Man hat ja auch von allerhöchster Stelle aus einen deutlichen Wink gegeben. Prinz Heinrich hat sich gegen die allzu große Flottenbegeisterung ausgesprochen. So sind die Herren: Wenn ein Höherer kommandiert, dann parieren sie wie gewisse Tiere. Der Vorsitzende des Vereins aber, Geheimrat Keim, hat auf der letzten Tagung eine Rede gehalten, in der er das deutsche Volk aufzuforderte, sich stets bewußt zu sein, daß es bestimmt ist, „ein Herrenvolk zu sein“. Der deutsche Arbeiter hat keine Reue, sich anderen Nationen gegenüber als Angehöriger eines Herrenvolkes aufzuspielen. (Stürmisches Heiterkeit links.) Bei den Sozialdemokraten.) Er spürt es tagtäglich an eigenen Leibe, daß er keinen Herrenbolle angehört, daß er ausgedeutet wird, er fühlt sich ein s mit den Ausgeborenen aller Länder. (Lebhafte Beifall bei den Soz. Widerspruch rechts.) Können Sie es dem deutschen Arbeiter verdenken, wenn er dieses Gefühl hat angesichts der Tatsache, daß er noch heute im größten deutschen Bundesstaate in den Wahlrechtsfragen ein Paria ist? (Lebhafte Zustimmung links.) Ich glaube, der Ausfall der Wahlen in Frankreich wird vielen unter Ihnen eine unangenehme Ueberraschung gewesen sein und ebenso der Wahlen in England. In beiden Staaten haben die Sozialisten und Demokraten das entscheidende Wort. Wo aber Sozialisten und Demokraten zu entscheiden haben, bedeutet das den Frieden, während die Herrschaft von Konservativen und Antisemiten in Frankreich den Krieg bedeuten würde.

Nach wie vor eine Periode vorhanden, die so nach langem Frieden ausah wie die jetzige. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Frieden aber kann durch gewisse Randgebungen nur gestört werden. Ueber die Golschowski-Depesche ist der Staatssekretär des Aeußeren heute sehr leicht hinweggegangen. Das war auch wohl das Klügste, was er tun konnte. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Aber etwas ernster und tiefer muß die Sache von der Volksvertretung aufgefaßt werden. Die Depesche erweckt den Anschein, als wäre das Verhalten von Oesterreich-Ungarn in Algeriras von Berlin aus dirigiert worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und das hat in Oesterreich sehr verschmüpft. Auch die geplante Kaiserreise nach Wien kann im gegenwärtigen Moment keinen guten Einfluss haben. Wer die Stimmungen in Oesterreich-Ungarn kennt, der mühte vom „patriotischen Standpunkt“ aus — um mich dieses Ausdrucks einmal zu bedienen — wünschen, daß diese Reise nach Wien am besten ganz unterbliebe. Das wäre ein Vorteil für die deutsche Politik. Früher herrschte in Ungarn allgemeine Begeisterung für den deutschen Kaiser. (Laut rechts: Jetzt auch noch!) Jetzt ist es ganz anders. Ja konschiere nur eine Tatsache. Es ist genau so wie mit der Kaiserreise nach — Wörlitz. Was verhandelt wurde, weiß ich nicht, aber eines ist gewiß: Daß man in Russland in weitesten Kreisen den deutschen Kaiser dafür verantwortlich gemacht hat, daß das Zarentum von neuem den Forderungen des Volkes Widerstand geleistet hat. Bisher haben überhaupt die Kaiserreisen Deutschland kein Glitz gebracht. Dazu kommt noch ein anderes: Allmählich ist in der ganzen Kulturwelt die Auffassung verbreitet, daß Deutschland und Preußen verantwortlich gemacht werden für jede Reaktion. Es ist eine Tatsache, daß auf die Umsfrage eines französischen Blattes von überallher die Antwort erfolgte: Preußen mit Deutschland sei der Hort der Reaktion! Das hat uns eine Menge Sympathien im Auslande geloset. Der Reichskanzler sagte im Jahre 1903, es komme vor allem darauf an, die öffentliche Ordnung mit allem Nachdruck zu verteidigen, im übrigen aber alles zu vermeiden, was Unzufriedenheit schafft, und die Gefühle der Unzufriedenheit wegzuräumen. Wenn man dies hört, mag es leidlich sein. Schöne Grundzüge, aber bisher keine Taten. Dies zeigt sich ja in der „Rechtsgleichheit“ und in der politischen Behandlung der Arbeiter, namentlich in den Dreiklassenwählern.

Abg. Besel (Soz.): Ich möchte mit einigen Worten noch auf die Diätenvorlage zurückkommen, die der Abg. Bassermann berührt hat und die er zu einer cause célèbre (Haupt- und Staatsaktion) ausgegallten des-

Die Klassenjustiz in Preußen-Deutschland

ist auch ein leuchtendes Beispiel. Wir werden noch bei der dritten Beratung eine Reihe von Fällen hier zur Sprache bringen. Daß wir in Preußen speziell eine ausgedehnte Polizeivollmacht und Polizeiherrschaft haben, dafür brauche ich kein besonderes Beispiel anzuführen. Die eine Tatsache, daß es bis zu diesem Tage nicht gelungen ist, den Schutzmännern ausfindig zu machen, der dem unschuldigen Weiswald eine Hand abgehauen hat, beweist deutlich genug, wie weit wir in Preußen gekommen sind. Man hat sogar noch die Polizei für ihre "Mäßigung" gelobt! Bei der gleichen Gelegenheit ist es vorgekommen, daß ein Schutzmännchen einem Arbeitswilligen, der mit seiner Braut spazieren ging, einen Säbelschlag versetzte, an dessen Folgen der Mann nunmehr verstorben ist. Solche Taten entzündeten einen jamaulischen Haß, das kann ich Ihnen sagen. Was der Wundstich im Wundenritze, wird die abgeschlagene Hand des Weiswald bei den deutschen Arbeitern sein. (Große Unruhe rechts.)

Zu wiederholten Malen habe ich darauf hingewiesen, in wie ungeleglicher Weise der Hamburger Senat das Freiheitsgebiet benutzte. Wiederrum sind dort Streikbrecher auf Schiffen untergebracht worden. Der hamburgische Senat hat bisher, trotzdem es jetzt das dritte Mal geschieht, nichts getan, um diesem gesetzlich unzulässigen Verhalten entgegenzutreten. Mit Kompetenzbedenken hat man dort die sozialdemokratischen Interpellationen abgelehnt. Wir verlangen kategorisch vom Reichsamt des Innern, daß es darauf sieht, daß die gesetzlichen Bestimmungen über das Freiheitsgebiet von den Hamburger Kaufleuten beobachtet werden, damit es nicht mehr möglich ist, daß bei Ausperrungen vom Auslande angeworbene Streikbrecher, die deutsche Arbeiter schädigen, im Freiheitsgebiet untergebracht werden.

Der Metallunternehmerverband hat die Pflicht, am 2. Juni 300 000 Arbeiter auszusperrern. Am Vorabende von Pfingsten! Vielleicht gerade deshalb an diesem Tage, um den Arbeitern die Bedeutung des Pfingstfestes deutlich zu zeigen! (Bewegung.) Geringe Lohn erhöhungen beanspruchen die Former, und sie verlangen, daß sie vor allem nicht die Festlöhne, die ohne ihr Verschulden kommen, zu bezahllen brauchen. Sie erhalten in solchem Falle nicht nur keinen Lohn, sondern müssen auch das Rohmaterial bezahlen. Ihre Forderungen sind durchaus gerechtfertigt. Wenn die Metallindustrie zum Wespertisch greift, so wird die ganze Arbeiterkraft einmütig hinter den Ausgesperrten stehen und diese nach Kräften unterstützen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich hier um einen Schutzmännchen des Koalitionsrechtes. Die Arbeiter sollen aus dem Verbanne austreten. Würde man dies von den Unternehmern verlangen, so würde man das "eine maßlose Unverschämtheit" nennen. Schwarze Listen zirkulieren, durch die Hunderte von Arbeitern gebrandmarkt werden. Auch wieder etwas Charakteristisches: Dieselben Unternehmer, die diese Maßregel aufheben, haben im Februar 1906 beschloffen, alles daran zu setzen, daß die obligatorischen Arbeiterausweise nicht in die Hände der Gewerbeordnung aufgenommen werden! Herr Bued hat hier sehr interessante Bestände abgelegt. Er hat erklärt: Wenn die Befugnisse der Bergarbeiter-Ausweise so gering wären, so läge das daran, daß im preussischen Landtage keine Sozialdemokraten säßen. Ganz anders würde das aber im Reichstage sein. Da müßte das Zentrum mit den Sozialdemokraten in Arbeiterfreundlichkeit weiterfahren. Wie hat sich Herr Dr. Deumer benommen, um den Minister v. Bude schaf zu machen, daß er den Neunstunden-Arbeitstag in der Eisenbahnverwaltung wieder rückgängig mache! Er sagte zu seinen Freunden: "Bringen Sie die Sache nur nicht in das Parlament; sorgen Sie dafür, daß alles schön geheim bleibt; schicken Sie eine Deputation an Herrn v. Bude. Wie ich ihn kenne, wird er dann davon Abstand nehmen, den neunstündigen Arbeitstag einzuführen." Wir haben da wieder einmal gesehen, was es mit der Arbeiterfreundlichkeit der Rationalisten auf sich hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Am 3. Mai hat uns hier die Interpellation über das Fremdenrecht

beschäftigt. Graf Posadowsky lehnte damals im Auftrage des Reichskanzlers die Beantwortung der Interpellation ab. Ich erklärte gleich damals: Ob diese Weigerung glücklich sei, das werde die Verhandlung erweisen. Sie hat es erweisen, daß die Ablehnung der Antwort ein Mißgriff schwerster Art war. (Beifall.) Nicht allein, daß die meisten Vertreter der bürgerlichen Parteien formell und zustimmend und die Kompetenz des Reichstages betonten, sondern vor allem kommt in Betracht, daß die Wirkung nach außen die denkbar ungünstigste war. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Reichsregierung hat eine gründliche moralische Niederlage erlebt. Das ist ja bei uns nichts Neues. (Sehr richtig!) und lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Man hat ja schon einmal bei dem Königsberger Geheimbundprozeß es abgelehnt, und Rede und Antwort zu stehen. Man hat sich auch damals gerade so wie diesmal in den preussischen Landtag geflüchtet. Bemerken möchte ich nur noch, daß wenn am 3. Mai die Interpellation hier beantwortet worden wäre, sie endgültig abgetan wäre, und die heutige Erörterung damit überflüssig wäre. Welche Wirkung die heutige Erörterung haben wird, wollen wir ruhig abwarten.

Am 1. März 1904 erklärte Fürst Bismarck: nur solche Fremde, welche sich lässig machen, verfallen der Ausweisung. Ich fordere die preussischen Vertreter im Bundesrat auf, mir einen Fall anzugeben, wo ein Russe ausgewiesen wurde, weil er ein deutsches Strafgesetz übertrat, einen Fall, wo ein Ausgewiesener sich unanständig benommen hat, einen Fall, wo Ausgewiesene sich tatsächlich lässig gemacht haben. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Sie werden dazu nicht imstande sein; denn das ist doch nicht unanständig, wenn jemand eine politische, eine sozialdemokratische Verleumdung besudelt oder ein sozialdemokratisches Blatt abonniert, im übrigen sich aber jeder politischen Tätigkeit enthält. Die Tochter eines Adelsmarschalls ist ausgewiesen worden, während sie hier zur Air weilt. Vier junge Damen im Alter von 14—18 Jahren, die hier in einem Pensionat lebten, die Frau eines reichen Kaufmanns, der 80 000 M. bei der Diskontobank deponiert hatte (Hört! hört!), sie alle sind ausgewiesen worden. Der preussische Minister des Innern hat im preussischen Landtage darauf hingewiesen, daß 10 000 russische Untertanen hier sind, darunter sehr viele Juden. Er hat hinzugefügt: "Welche Rolle Juden aktiv und passiv in der Revolution spielen, weiß jeder." Ich erkläre, daß unter allen Ausgewiesenen kein einziger war, der sich an der revolutionären Bewegung in Rußland beteiligt hat. Für die Herren auf der Rechten ist es wiederum bezeichnend, daß die Wesener Landwirtschaftskammer 180 jüdische Arbeiter aus Rußland angeworben hat! Zur Ausbeutung wollen Sie auch die russischen Juden haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Der Minister des Innern erklärte weiter, es sei immer seinen Anordnungen entsprechend bei den Ausweisungen verfahren worden. Damit sagte er, daß sie auf seine Anweisung hin erfolgt sind. Die Fehler, die vorgekommen sind, treffen also den Minister. Eine wie traurige Rolle haben bei diesen Ausweisungen wiederum

unsere Universitätsbehörden

gespielt. Die Schmachvoll ist es, daß die Universitätsbehörden den ausgewiesenen Studenten ins Abgangszeugnis schreiben: "Som Berliner Polizeipräsidium ausgewiesen". (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Damit machen Sie es diesen Unglücklichen unmöglich, irgend eine andere deutsche Universität noch zu besuchen. Eine so traurige Rolle hätten die deutschen Universitäten vor einem Jahrzehnt unmöglich gespielt. Heute heißen es in Berlin die Spägen von den Dächern, daß wenn die Russenausweisungen erfolgen, dies auf die Anweisung einer höheren Stelle, als es der Minister ist, geschah, eine Stelle, gegen die es einen Widerspruch überhaupt nicht gibt; denn der Stolz vor Fürstenthronen ist an sich schon selten zu finden, noch seltener aber bei den Ministern. (Weiterleit und sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Es scheint mir heute fast zweifellos festzu stehen, daß die russischen Russenausweisungen ohne Wahl und Qual, gleichgültig ob schuldig oder unschuldig, als Antwort auf die bekannte Landstörche Depesche erfolgte. Als man aber die ungeheure Aufregung wahrnahm, schpenkte man ein und erklärte, es seien "Jerrümer" und "Mißgriffe" vorgekommen. Die ganze Aus-

weisung ist ein einziger großer Mißgriff. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die paar Tausend Russen in Deutschland bedeuten gar nichts, weder wirtschaftlich noch politisch. Der Minister des Innern erklärte im preussischen Landtage unter Zustimmung des Abg. Herold, des Zentrumredners: an ein Fremdenrecht sei gar nicht zu denken. 1849 erklärte der Ministerpräsident v. Mantuffel im Landtage bei Gelegenheit einer ähnlichen Interpellation, daß die Fremdenpolizei, nachdem der absolute Staat abgewirksam sei, einer gesetzlichen Regelung bedürfte. (Hört! hört!) Vor 50 Jahren also: Die Regelung des Fremdenrechts ist notwendig, heute: sie ist ein Unsinn! (Hört! hört!)

Auch der Fall Schöne-Brodhufen*)

hat im Landtage eine gewisse Rolle gespielt. Man war neugierig auf die Erklärung des Ministers. Er sagte, es sei unrichtig, daß der russische Kaufmann durch die Androhung der Ausweisung in eine Kollage habe versetzt werden sollen, um ihn dann zu einem gefügigen Werkzeug für landesverräterische Verbrechen zu machen. Das sei zwar im Reichstage behauptet worden, aber darum doch nicht wahr. Herr v. Brodhufen stehe überhaupt mit der Polizei in gar keiner Verbindung. Soweit Beamte in dieser Angelegenheit gefehlt haben sollten, werde er für notwendige Remedur sorgen. Von dem falschen Paß mit dem fremden Namen Wehr der Minister nichts, auch davon nicht, daß der Kaufmann als Christ und nicht, was er war, als Jude bezeichnet wurde. (Abgeordneter Arendt gähnt laut. Große Heiterkeit rechts, Unruhe links.) Wenn Sie gähnen wollen, dann gehen Sie hinaus. (Abgeordneter Arendt protestiert. Große Heiterkeit.) Am 18. April kam zu dem russischen Kaufmann ein Schutzmännchen und erkundigte sich nach allerlei. Einige Tage darauf erfuhr der Kaufmann, seine Ausweisung stünde bevor. Darauf kam er mit Herrn v. Brodhufen zusammen, der ein Verwandter des verstorbenen Staatssekretärs des auswärtigen Amtes, Freiherrn v. Rüdthofen, und ein Verwandter des Herrn v. Tirpitz sein will, und hat ihn, womöglich dafür tätig zu sein, daß der Ausweisungsbefehl rückgängig gemacht werde. Herr v. Brodhufen und der Polizeihauptmann Schöne trafen sich darauf in einer Beinstube in Wilmsdorf. Brodhufen sagte zu dem Kaufmann: Jetzt sind wir an der rechten Stelle, vielleicht wird Hauptmann Schöne "ein paar Kleinigkeiten" verlangen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er wisse doch, eine Hand wäscht die andere. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Kaufmann erwiderte, er glaube wohl, daß er nicht die geeignete Person zu solchen Diensten wäre. Persönlich wolle er Herrn Schöne sehr gern gefällig sein. — Es sei furchtbar schwer, erwiderte man ihm, etwas durchzusetzen. Herr Schöne erklärte aber, er werde sich große Mühe geben, etwas zu erreichen, da der russische Kaufmann von Herrn Brodhufen so warm empfohlen sei. Bei dieser Gelegenheit hat der Kaufmann Herrn Schöne, seine Akten durchzusehen, besonders darauf, ob er sich irgend etwas habe zuschulden kommen lassen. An demselben Tage nahm der russische Kaufmann Rücksprache mit seinem Rechtsbeistand Dr. Nieblich, der ihm riet, seine Rolle ruhig weiter zu spielen, aber dafür zu sorgen, daß bei der nächsten Unterredung in seiner Wohnung im Nebenzimmer Personen wären, die alles mithörten und zu Papier brächten. So ist es denn auch geschehen. Darauf wurde dem russischen Kaufmann der falsche Paß und die Bescheinigung, daß er, der Jude, ein Christ sei, nebst dem Bismarck des russischen Konsulats ausgehändigt. Alle diese Dinge hatte die Polizei bereits vorher in schönster Ordnung gebracht, sogar alles bezahlt: den Paß mit 3 M., die Christenbescheinigung mit 1,50 M. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), das Bismarck mit 4,50 M. Bei dieser Gelegenheit fragte der Kaufmann Herrn Schöne, ob er seine Akten eingesehen habe und ob gegen ihn etwas vorläge. Dieser erwiderte: "Gegen Sie liegt nicht das geringste vor, und solch ein Mann wird ausgewiesen!" (Hört! hört!) Herr v. Brodhufen sagte: "Ich weiß ja viel zu gut, daß Sie sich nie mit Völlerei abgegeben haben, ich bin ja der Pate, der für Sie gut gesagt hat." (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts dieser Tatsachen behauptet der Minister des Innern, Herr v. Brodhufen habe in gar keiner Verbindung mit der Polizei gestanden. Dem Kaufmann wurde sogar versprochen, im Falle seines Uebertritts zum Christentum seiner Naturalisation keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Auf seine Frage, was geschehen würde, wenn er nichts in Rußland erreiche, antwortete ihm Herr Schöne: "Dann werde ich für Prolongation der Zurückhaltung der Ausweisung sorgen." Diese Darstellung zeigt, daß die Voraussetzungen, von denen der Minister des Innern bei seiner Sachdarstellung ausgegangen ist, grundfalsch sind. Herr Schöne hat natürlich alle Veranlassung, die Sache für sich so gut wie möglich darzustellen. Daß der russische Kaufmann niemals landesverräterische Unternehmungen gegen sein Vaterland plante, geht unzweifelhaft daraus hervor, daß er ungehindert in Rußland reist und Geschäfte macht. Selbst aber, wenn wahr wäre, was ich hier wahr ist, daß der Kaufmann Landesverrat haben wollte, wie durfte die Polizei einen falschen Paß ausstellen und Urkundenfälschungen begehen? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Majestätsbeleidigung gilt in Preußen nicht mehr; denn wäre sie in Geltung, dann müßten alle diese Leute schon längst hinter Schloß und Riegel sitzen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Aber wir wissen aus dem Munde eines preussischen Justizministers: Wenn zwei daselbe tun, ist es nicht daselbe! Wenn ein armer Teufel eine Urkunde fälscht, dann kommt der Staatsanwalt und donnert hoch entrichtet auf Justizhaus oder Gefängnis. Wenn aber die Vertreter des Polizeipräsidiums Verbrechen begehen, dann gehen sie straflos aus, dann ist es "Staatsdröhen", dann deckt man darüber den Mantel der christlichen Liebe. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wie aber bestehen darauf, daß in strengster Weise Untersuchungen angestellt werden. Ich erlaube mich als Zeuge, und ich werde weitere Zeugen nennen. Ich verlange, daß die Berliner Staatsanwaltschaft mich als Zeugen aufruft; denn hier handelt es sich um ansehnlicheres als Fürst Bismarck schrieb einst: Kein Mann, der etwas auf sich hält, geht zur politischen Polizei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Soweit ich bis jetzt mit der politischen Polizei Bekanntschaft gemacht habe, kann ich nur sagen: Diese Herren, die sich als Erhalter von Ordnung, Sitte, Moral und Religion aufspielen, sind zum überwiegenden Teil Lumpen und Schurken. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wie können sie aus dem Ledert-Bülow-Lausch-Prozeß. Infolge dieses Prozesses wurde Lausch damals genötigt, seinen Abschied zu nehmen. Trotzdem arbeitet er nach wie vor im Weinberge des Herrn: im Dienste der politischen Polizei. Er sitzt in München und läßt es sich wohl sein bei Bayerischem Bier und anderen Genüssen. (Weiterleit bei den Sozialdemokraten.) Lausch ist auch für das auswärtige Amt in nicht unbedeutender Weise tätig. Diese Herren wissen ja so viele Dinge, daß man sie bei guter Raune erhalten muß, sie würden sich sonst in die Öffentlichkeit flüchten und zuviel plaudern. Diese verblumten Herren haben sogar die Minister in der Tasche. Auch mit denen hängen sie um, wie sie wollen. Hier ist wieder ein eklatanter Fall, wie ehrliche Leute zu Schurken und Schurken gemacht werden sollen. Und das alles zur höheren Ehre des Deutschen Reiches! Daß man soweit geht, und unschuldige Leute, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen, zu Verbrechern stempeln will, daß man Schurkenstreiche begeht und Grausamkeiten und Ungeschicklichkeiten aller Art, das ist auch ein Zeichen der Zeit. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Jetzt werden vielleicht Reichskanzler Fürst Bismarck und Staatssekretär Graf Posadowsky sich sagen, wie verflucht irrig es war, daß sie diese Angelegenheit im Reichstage nicht gleich erledigt haben. Das Reichsinteresse erfordert, daß nunmehr geantwortet wird. Was soll mit den Herren geschehen, die Pässe gefälscht, falsche Zeugnisse aus-

gestellt haben? Das ist ein Verzug der offiziellen Vertretung, Besagte durch die Erschließung des Bismarck gegenüber einem Nachbarstaate, mit dem wir nach der offiziellen Erklärung in freundschaftlichen Beziehungen stehen. Ich wiederhole: die Ehre Preußens, die Ehre Deutschlands steht hier auf dem Spiele, Ihre Aufgabe (zur Regierung gewandt) ist es, daß diese Ehre repariert wird. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schrader (fr. Vg.) (bei der großen Unruhe des Hauses schwer verständlich) spricht sich dafür aus, daß unsere Diplomaten nicht aus einer bevorrechteten Klasse genommen werden, sondern sie sollen aus den bürgerlichen Elementen hervorgehen; dann wird auch unsere Diplomatie ein besseres Verständnis für die Bedürfnisse und Empfindungen des Volkes haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bähler (Antifemist): Die Sozialdemokraten heute jetzt schon die neuen Steuergesetze aus; aber auch andere Leute haben gegen die Gesetze gesprochen und gestimmt. In den Ausperrungen, von welchen gesprochen wurde, sind die Arbeitgeber von den Sozialdemokraten gezwungen. Wegen eines ehelichen christlichen deutschen Wirtelandsmann gehen die Sozialdemokraten nicht rücksichtslos vor, aber nicht gegen die reichen Juden, die der Partei die Gelder liefern. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie sind wohl neidisch? Weiterleit.) Aber auch andere Leute neigen sich vor den reichen Juden, den Balken, Friedländer, jetzt sogar v. Friedländer, Goldberger oder Goldborger. (Weiterleit.) In nationalen Kreisen berührt das sehr unangenehm. (Beifall bei den Antifemisten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Nach der Verhandlung über die Russenausweisungen im preussischen Abgeordnetenhaus las ich im "Vorwärts", man werde mich zwingen, bei der dritten Etatsberatung auf die Fragen über das Verhalten des Polizeikommissars Schöne zu antworten. Darauf habe ich zunächst zu erwidern, daß niemand mich zwingen wird, etwas zu erklären, was ich nicht weiß. Die vielen Einzelheiten, die der Abg. Bebel vorgebracht hat, sind der schlagendste Beweis dafür, daß es rein geschäftlich ganz unmöglich ist, jede einzelstaatliche Angelegenheit, über die von einzelnen Seiten Beschwerte geführt wird, von Reichswegen nachzuprüfen. Heute betrifft die Beschwerte eine Angelegenheit aus Preußen, morgen eine aus Bayern, übermorgen eine aus Schwarzburg-Sondershausen. Der Reichskanzler ist nach der Reichsverfassung keine Kontrollinstanz für diejenigen Verwaltungsangelegenheiten, die der gesetzlichen Zuständigkeit der Einzelstaaten verblieben sind. Deshalb muß diese Angelegenheit eine preussische bleiben und innerhalb Preußens ausgetragen werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Bebel (Soz.): Ich habe mir gedacht, daß der Staatssekretär eine solche Antwort geben würde. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß der Fall Schöne — seine Verleitung zum Landesverrat — in seinen Konsequenzen eine eminent reichspolitische Angelegenheit ist, die in erster Linie den deutschen Reichstag und nicht das preussische Abgeordnetenhaus angeht. Deshalb wird diese Antwort von niemand innerhalb und außerhalb dieses Hauses verstanden werden. (Bravo! links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Wenn es sich um reichs- oder landesverräterische Angelegenheiten handelt, so geht der Fall das Strafgesetzbuch an und muß von den preussischen Behörden verfolgt werden. Es ist vollkommen ausgeschlossen, dem Reichskanzler die Stellung zuzuwenden, die man ihm jetzt zuweisen will: die einer Kontrollinstanz über sämtliche einzelstaatlichen Angelegenheiten, die dem Reiche nicht durch die Verfassung überwiesen, sondern den Einzelstaaten vorbehalten worden sind. Eine solche Vermischung der Kompetenzen wäre für die Reichsverwaltung im höchsten Grade gefährlich, ja geradezu untraglich. (Bravo! rechts.)

Abg. Bebel (Soz.): Soweit es sich um die Strafverfolgung des Polizeikommissars Schöne handelt, ist der Fall allerdings eine Angelegenheit der preussischen Polizei und der preussischen Gerichte und wir wollen ruhig abwarten, ob die Verfolgung eintritt. Aber soweit es sich um die Verletzung auf Grund eines deutschen Reichsgesetzes handelt, werden wir, wenn die Angelegenheit den Verkauf ummi, den sie zu nehmen scheint, und die Anklage unerbürdlich wird, bei künftigen Gelegenheiten hier im Reichstage darauf juristisch kommen, besonders da Landesverrat vom Reichsgericht abgeurteilt wird und nicht von den Landesgerichten. — Ich habe aber weiterhin konstatiert, daß es sich hier um eine reichspolitische Angelegenheit, um eine Angelegenheit unserer auswärtigen Politik handelt. Daß ein russischer Kaufmann durch die Polizei zum Verrat, zum Landesverrat veranlaßt worden ist, das ist eine Sache des Interesses nicht des preussischen Staates, sondern des Reiches. Graf Posadowsky weiß so gut wie ich, daß das Reich in eigentlicher Sinne keine politische Polizei hat, daß aber das Berliner Polizeipräsidium dem Reiche die politischen Dienste tut, die das Reich glaubt nötig zu haben. Insofern hat Schöne im Dienste des Reiches gehandelt. Die Angelegenheit geht uns also im höchsten Maße an, und der Reichskanzler und der Staatssekretär tragen die Verantwortung dafür. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Abg. Bebel behauptet, es sei hier einem russischen Untertanen Unrecht geschehen. Wenn die russische Regierung diese Behauptung aufstellt und die Rechte ihres Untertanen wahrnimmt, wird es Sache des Reichskanzlers sein, den Fall zu untersuchen. Bisher ist aber noch keine Reklamation von einer fremden Regierung gekommen. (Sehr gut! rechts.)

Abg. Bebel (Soz.): Ich meine, es läge im Interesse der Reichsregierung selbst, nicht erst die Reklamation einer fremden Regierung abzuwarten, sondern aus eigener Initiative vorzugehen. Möge sie nicht warten, bis das Ausland mahndend an sie herantritt. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Generaldebatte.

Persönlich bemerkt

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Der Abg. Bebel scheint seine Diktatorgepflogenheiten aus seiner Partei auf dieses Haus übertragen zu wollen. Ich weise seinen Verzug, mir das Haus zu verbieten, aufs entschiedenste als Annahmeh sonder gleichen zurück. (Bravo! rechts.) Im übrigen habe ich gar nicht gegähnt, sondern nur über die Dauerde gesteuert und "Ach Gott!" gerufen. (Große Heiterkeit links.) Will mir das der Abg. Bebel verbieten? Ich muß mir seinereits jede Belehrung über mein Verhalten aufs entschiedenste verbitten.

Abg. Bebel (persönlich): Ich muß es allerdings dem Abg. Arendt überlassen, welche Töne animalischer Art er ausstoßen will. Als anständiger Mann hätte der Abg. Arendt sich mit der Zurücknahme meiner Anschuldigung müssen genügen lassen. Im übrigen ist mir in der Tat sehr gleichgültig, was der Abg. Dr. Arendt während meiner Reden tut; er wird sie weder abkürzen noch verlängern. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Arendt (persönlich): Von einer Zurücknahme habe ich nichts gehört. Was ich unter einem anständigen Mann verstehe, ist me in e Sache. (Große Heiterkeit links.)

Es folgt die Spezialberatung des Etats.

Ein Etat für den Reichstag liegt ein Antrag Froelich und Genossen vor: in einer Resolution den Präsidenten zu ersuchen, die Anstellungsverhältnisse der Stenographen dahin zu regeln, daß die biäriach beschäftigten Stenographen nach fünf Jahren etatsmäßig angestellt werden.

Abg. v. Ballestrom: Der Präsident hat auf Gottes weiler Erde nur einen Vorgelegten, das ist der Reichstag. Eine Resolution an den Präsidenten ist daher ein Verstoß. Von einer solchen bisher nicht geübten Form, einen Wunsch auszusprechen, möchte ich empfehlen, Abstand zu nehmen. (Beifall.) Geäußerten Wünschen werde ich, wie bisher, soweit der Etat es zuläßt, gern nachkommen.

Abg. Froelich (wirtsch. Vg.) betont, daß der Antrag einen Wunsch darstellen sollte, und zieht ihn zurück. (Beifall.)

Ein Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzler betont Abg. v. Gerlach, daß das Wahlgeheimnis in vielen Kreisen sehr schlecht gewahrt war; der Reichskanzler möge bei der nächsten Wahl für bessere Wahrung des Wahlgeheimnisses sorgen.

Ein Etat für das Reichsamt des Innern beantragen Albrecht und Genossen (Soz.) folgende Resolution:

*) Dem Präsidium, den Regierungsvertretern und den Abgeordneten wurden während der Rede Bebels die auf der ersten Seite unseres heutigen Hauptblattes wiedergegebenen Abschied des Passes und der Bescheinigung in Reproduktion überreicht.

Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, durch das Reichsversicherungsamt feststellen zu lassen, ob in den Unfallverhütungsvorschriften der Knappschaftsberufsgenossenschaft Bestimmungen enthalten sind, die vorschreiben, daß auf allen Grubenbetriebe Feuerlöschrichtungen und Rettungsapparate vorhanden sein müssen, wodurch Katastrophen von der Art, wie die in den Schächten von Courrières, verhindert werden können. Sollte festgestellt werden, daß ausreichende Sicherheit nicht gegeben ist, dann möge das Reichsversicherungsamt die Knappschaftsberufsgenossenschaft im Aufschlagswege anhalten (§ 112 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes), schleunigst die Unfallverhütungsvorschriften entsprechend zu ergänzen und ihre strengste Beachtung auf allen Gruben zu erzwingen.

Ferner die Abgg. Wiesberts und Genossen (3.): Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, 1. Den Erlass wirksamer Verordnungen zur Sicherung der Bergarbeiter gegen Explosions- und Feuergefahr bei den verbündeten Regierungen anzuregen.

2. Durch das Reichsversicherungsamt Erhebungen über die bestehenden Einrichtungen und Vorschriften zur Verhütung von Feuer- und Explosionsgefahr veranlassen zu lassen und die Knappschaftsberufsgenossenschaft zur Aufnahme möglichst wirksamer entsprechender Bestimmungen in die Unfallverhütungsvorschriften anzuhalten.

Abg. Wiesberts (3.): Auch diese Session schließt ohne irgend ein sozialpolitisches Gesetz. Öffentlich wird im Winter das Versäumte nachgeholt und nicht dem Sturmhauf der Schornmaier, der den Stillstand der Sozialreform zum Ziele hat, nachgegeben. In bezug auf das Unglück auf der Zeche „Vorussia“ sollte die Staatsanwaltschaft die von der Sozialdemokratie angebotene Beweise annehmen. Wald darauf ereignete sich das Unglück in Courrières. Unsere Resolution soll nach Möglichkeit betreiben, daß ähnliches sich nicht bei uns ereignet; leider gehört die Berggesetzgebung nicht zur Kompetenz des Reiches. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Posadowski: In der nächsten Session wird das Gesetz über die Reichsfähigkeit der Berufsvereine vorgelegt werden. Oberbergat Meißner gibt technische Erläuterungen über die Rettungsapparate im Kohl- und Stollenbergbau.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung des Etats auf Freitag, den 26. Mai, nachm. 1 Uhr. Schluß 5/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

71. Sitzung vom Mittwoch, den 23. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Studt.

Die zweite Beratung des Volksschulunterrichtsgesetzes

wird fortgesetzt bei den Paragraphen, die die konfessionellen Verhältnisse behandeln.

§ 18 bestimmt, daß in der Regel der Unterricht evangelischen Kindern durch evangelische Lehrkräfte, katholischen Kindern durch katholische Lehrkräfte erteilt werden soll.

Abg. Cassel (fr. Sp.) beantragt den Unterricht in der Regel so einzurichten, daß auf das religiöse Bekenntnis keine Rücksicht genommen wird. Ferner soll ein § 19a neu eingefügt werden, nach dem es in bestimmten Fällen den Schulverbänden überlassen bleibt, welche Schularbeit sie einrichten wollen, nur der Religionsunterricht soll immer von einem Lehrer des betreffenden Bekenntnisses erteilt werden müssen.

§ 20 enthält die Bestimmungen über die Simultanschulen. Nach dem Kommissionsbeschluss sollen die Simultanschulen nur in den Verbänden zulässig sein, in denen sie schon bestehen.

Abg. Cassel (fr. Sp.) beantragt, auch anderen Schulverbänden die Errichtung von Simultanschulen zu gestatten und gegen die Verweigerung der Genehmigung das Verwaltungsstreitverfahren einzuführen.

Abg. Dr. Porck (3.) beantragt, die Regierungsvorlage wieder herzustellen, nach der die Simultanschulen durch einen Beschluss des Schulverbandes beseitigt werden können; ferner soll die Bestimmung, daß aus „besonderen Gründen“ auch von Schulverbänden, in denen bisher keine Simultanschulen bestanden, solche errichtet werden können, gestrichen werden. Eventuell sollen schon die Eltern von 80 oder in kleineren Gemeinden 40 Schülern die Errichtung einer Konfessionsschule beantragen können. Auch soll an den Simultanschulen in Gegenden, in denen die Simultanschulen nur ausnahmsweise zugelassen sind, der Lehrkörper entsprechend den Konfessionen der Schüler zusammengesetzt sein.

Zu § 23, der bestimmt, wann bei konfessionellen Schulen für konfessionelle Minderheiten neue Schulen errichtet werden müssen, liegt ein Antrag des Abg. Cassel (fr. Sp.) vor, nach dem ein Antrag der Eltern von Schülern der konfessionellen Minderheit auch Simultanschulen errichtet werden können.

Abg. Dr. Porck (3.) will auch bei diesem Paragraphen die Bildung von Konfessionsschulen für die Minderheit erleichtern, indem er die Zahl der hierfür erforderlichen Schüler herabsetzen will.

Abg. Fund (fr. Sp.): Selbst wenn die Konfessionsschule historische Berechtigung hätte, so wäre das für meine politischen Freunde kein Grund, für alle Zukunft daran festzuhalten. (Sehr wahr! links.) Die vorliegenden Bestimmungen erweitern den kirchlichen Einfluss in einer seither nicht dagewesenen Weise. (Sehr wahr! links.) Daß wir mit unserer Stellung auf dem richtigen Wege sind, beweist auch die Erklärung der Hochschulpromotoren. Man hat gesagt, diese Herren verstanden nichts von der Volksschule. Soviel wie dieses Haus werden sie auch davon verstehen. (Heiterkeit.) Hier wird auf dem Gebiete der Konfessionalisierung der erste Schritt getan. Das höhere Schulwesen wird folgen. (Sehr wahr! links.) Können Sie (nach rechts) das jetzt auch noch bestreiten, die Ereignisse sind mächtiger als Sie! Wenn der Stein erst einmal ins Rollen geraten ist, wird auch Herr v. Jeddity ihn nicht aufhalten können. (Beifall links.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Wir halten uns an die Beschlüsse der Kommission gebunden und lehnen daher ab, die weitergehenden Wünsche des freisinnigen Redners, die vielleicht auch wir teilen (Heiterkeit) zu vertreten. Wir sind geneigt, uns zu beschränken gegenüber dem geltenden Recht, Kompromisse zu schließen mit den anderen Parteien, die die Mehrheit bilden. Wenn aber der Abg. Fund als Folge dieses Gesetzentwurfes einen großen Geisteskampf prophezeit hat, der Generationen, Dezzennien hindurch geföhrt werden würde, so nehmen wir das Verdienst für uns in Anspruch, durch diesen Gesetzentwurf die Grundlage für die materielle Entwicklung der Volksschule geschaffen zu haben und damit die Reife der Geister für weitere Fortschritte vorzubereiten. In England, dem Idealland der Freiheit, spielen übrigens gerade in diesem Augenblick die gleichen Konflikte; auch da ist die liberale Regierung auf Schritt und Tritt genötigt, dem bestehenden Rechtszustand Konfessionen zu machen. Der Kultusminister könnte sich ein Verdienst erwerben, wenn er den noch in den Schranken seines Ministeriums ruhenden Volksschulgesetzentwurf falls veröffentlichte. (Große Heiterkeit links.) Denn ich glaube, daß seine Grundgedanke von denen des vorliegenden Gesetzes nicht allzuweit entfernt sind. Der Abg. Fund schrieb uns die Krümmung zu, das Gesetz könne doch nicht ohne uns gemacht werden. Das hat keiner von uns, wenigstens kein Abgeordneter, in verantwortlicher Stellung gesagt. Wir wissen sehr wohl, daß es für das Volksschulgesetz hier eine Mehrheit auch ohne uns gibt und finden diesen Zustand im Gegensatz zum Abgeordneten Fund ganz und gar nicht erträglich. (Heiterkeit bei den Nationalliberalen.) Wenn der Abgeordnete Fund auf den Entschlüssen gegen ein kirchliches Volksschulgesetz vertritt, so kann ich nur wünschen, daß unsere Volksschule es nicht nötig haben wird, Dezzennien lang unter einem kirchlichen Volksschulgesetz von Zentrums Gnaden zu arbeiten. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.) Gegen die Professorendiskussion will ich mich schon aus kollegialen Rücksichten nicht wenden. Ich will auch nicht den außerpreussischen Professoren das Recht bestreiten, sich

an einer derartigen Kundgebung zu beteiligen. Aber die sächsischen Professoren, die besonders zahlreich untergeordnet haben, hätten alle Veranlassung, vor der eigenen Tür zu lehren. Gerade Sachsen hat das kirchliche Volksschulgesetz, und daß die Herren gleichwohl ihren Protest hierherführen, ist Zeugnis von einem ziemlich ungeübten politischen Blick. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen und rechts.) Wir sehen die Kommissionsbeschlüsse als eine Verbesserung an und werden deshalb für sie stimmen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Porck (3.) befragt die Anträge des Zentrums. Sie würden Ihre Anträge aufrecht erhalten, obwohl der Abgeordnete Dr. Friedberg vor dem reaktionären Treiben des Zentrums gewarnt habe. In der Erklärung der Hochschullehrer sei besonders zu bedauern der Ausdruck „religiöser Partikularismus“, der im Gegensatz zur Religion gestellt sei. Er müsse auf tiefste bebauern, daß Lehrer der Jugend mit staatlichem Lehrauftrag die Konfessionen in dieser Weise klassifiziert haben. Redner sucht sodann unter Berufung auf den Theologieprofessor Bierling & Kreiswald den Standpunkt seiner Freunde als den staatsrechtlich allein haltbaren zu erteilen.

Abg. Dr. v. Heydebrand (L.): Die Kommissionsbeschlüsse gehen hart bis an die Grenze dessen, was wir bewilligen können. Im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes werden wir aber unsere Zustimmung zu den Beschlüssen geben. Die Anträge des Zentrums gehen über den Rahmen des Kompromisses hinaus, deshalb sind wir einstweilen nicht in der Lage, ihnen zuzustimmen. Sollten sich im weiteren Verlauf der Beratungen Kombinationen ergeben, die diese Erwägungen zurückerlassen lassen, so würden wir uns vorbehalten müssen, erneut zu den Anträgen, die wir sachlich billigen, Stellung zu nehmen. (Beifall rechts.)

Abg. Herr v. Jeddity (fr.): Ich kann mich sehr kurz fassen, weil ich nicht die Tribüne benutzen will, um Neben aus dem Fenster zu halten. (Gelächter links.) Die Kommissionsbeschlüsse entsprechen dem Kompromiß. Ich bitte, die Anträge, die vorliegen, abzulehnen. Wenn wir die Kommissionsbeschlüsse annehmen, so tragen wir dazu bei, daß die Kinder zu guten Christen, Patrioten und Bürgern erzogen werden. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Vorhies (natl.) bittet die Anträge des Zentrums im Interesse der national-liberalen Simultanschulen abzulehnen.

Abg. Cassel (fr. Sp.): Ich kann nicht anerkennen, daß wir Reden zum Fenster hinaushalten. Herr v. Jeddity rechtfertigt seine Abstimmung, wie sein pathetischer Schluß zeigt vor dem Lande ebenso wie wir. (Sehr wahr! links.) Er hat bloß immer die Gewohnheit, anderen das zu verargen, was er selbst tut. (Sehr gut! links.) Die Ansicht des Professors Bierling wird nur von wenigen Staatsrechtlern geteilt. Die meisten Professoren des Staatsrechts sind ebenso wie Gneist der Ansicht, daß nach der Verfassung und dem Allgemeinen Landrecht die Simultanschule die Grundlage bildet und die Konfessionsschule die Ausnahme ist. Die Konfessionen sprechen von großen Opfern. Ich kann diese nicht erwidern. Meint Herr Dr. v. Heydebrand etwa damit die Tatsache, daß den ländlichen Gemeinden größere Mittel zur Verfügung gestellt sind. (Heiterkeit links.) Da haben die Konfessionen doch viele Vorteile in ihrem Geld erhalten! (Sehr wahr! links.) Die Aenderung der Verfassung kann Herr v. Heydebrand doch auch nicht so hoch anschlagen, da er ja bei der ersten Beratung von der „Phraze der Verfassung“ gesprochen hat. (Sehr wahr! links.) Herr v. Heydebrand täuscht sich also wohl, wenn er glaubt, Opfer gebracht zu haben. (Heiterkeit.) Wir glauben, daß der Geist, der jetzt im Kultusministerium das Ruder führt, nicht dauernd herrschen wird. (Sehr wahr! links.) Wir wollen aber einem zukünftigen Minister wie Fall nicht den Weg verriegeln zu einer freisinnigen Regelung. (Sehr wahr! links.) Man spricht von liberalem Geist und Einigung der Liberalen. Wenn überhaupt, sollten die Liberalen in solchen Kulturfragen zusammengehen. Statt dessen gehen die Nationalliberalen mit den Gegnern des Liberalismus zusammen. (Sehr gut! links.) Wir halten noch immer an dem Grundsatz fest, den einst ein Ministerialdirektor aufstellte — es war nicht Herr Schwarzkopff (Heiterkeit) —, der sagte: „Alles wird der Staat von seinen Bürgern erreichen können, wenn er sie von Jugend auf in einem Geiste erzieht.“ Diese Erziehung in dem einen Geiste der Vaterlandsliebe und der gemeinsamen friedlichen Arbeit zum Heil des Vaterlandes wollen wir weiter pflegen. (Lebhafter Beifall links.)

Kultusminister Dr. Studt: Gegenüber dem Vortrager halte ich es für nötig, in Uebereinstimmung mit dem Abg. Dr. Porck festzustellen, daß die Konfessionsschule die Grundlage unseres Schulsystems ist. Das hat Minister v. Müller wiederholt festgestellt. Zweifelhaft ist das nur geworden durch eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 26. November 1877. Wir sind deshalb der Ansicht, daß die Vorlage den bestehenden Rechtszustand aufrecht erhält. Gegenüber der von freisinniger Seite angeführten Agitation gegen die Vorlage muß ich feststellen, daß unter anderen der Abgeordnete Ernst gegenüber der Konfessionsschule sich doch früher auf einen anderen Standpunkt gestellt hat, als es heute Herr Cassel tut. Er hat damals gesagt, daß durch die in dem Kompromißantrage vorgeschlagenen Bestimmungen im wesentlichen nur das, was bisher Sitte gewesen sei, praktisch geregelt werde und daß er daher gegen diese Regelung keinen Widerspruch erhebe. Der Abg. Fund hat sich früher dahin ausgesprochen, daß die Linke nichts weiter wolle als gleiches Recht und gleiche Pflicht für die Konfessionen- und Simultanschulen und daß man nur die Simultanschulen da erhalten wolle, wo sie bestehen. (Hört! hört! rechts.) An die Konfessionalisierung der höheren Schulen und Universitäten denkt die Regierung nicht.

Der Abg. Cassel hat versichert, daß eine Loslösung des Religionsunterrichts von der Volksschule von den Freisinnigen nicht beabsichtigt sei. Das mag seine persönliche Empfindung sein. Dann wundere ich mich, daß gerade er sich seinen Kopf mit den Interessen der kirchlichen Volksschule beschwert. Mit vielen anderen Äußerungen von freisinniger Seite steht diese Äußerung aber im Widerspruch.

In den zahllosen Protestversammlungen wurden Resolutionen angenommen, die das Gegenteil verlangen, so vor allem in der großen Versammlung in Frankfurt, in der freisinnige Abgeordnete mit den Sozialdemokraten Arm in Arm gingen. Auch der Wahlverein der Liberalen hat in einer Resolution die Aufhebung des Obligatoriums des Religionsunterrichts in der Volksschule gefordert. Fall, der hier in der Debatte mehrfach zitiert worden ist, hat durchaus nicht prinzipiell daran gedacht, die Simultanschulen überall einzuführen. Tatsächlich hat sich die Entwicklung so gestaltet, daß heute die Simultanschule noch nicht 1/100 aller preussischen Volksschulen ausmacht. Es besteht im Volke eine tiefe Abneigung dagegen, die Kinder, welche im Glauben ihrer Väter erzogen werden sollen, von Lehrern anderer Konfessionen unterrichten zu lassen. Das Gefühl ist so natürlich und gesund, daß es nicht möglich sein wird, es plötzlich durch künstliche Agitation in sein Gegenteil zu verkehren. Die Simultanschule ist nicht die Schule der Zukunft, auch nicht vom unterrichtstechnischen Standpunkt aus. Sie entspricht nicht den bewährten preussischen Traditionen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Schiffer (natl.): Ob die Simultanschule die Schule der Zukunft ist oder nicht, wissen wir nicht. Aber wir müssen dem Minister doch erwidern, daß ein großer Teil meiner Freunde es mit Freuden begrüßen würde, wenn sie es in der Tat würde. (Sehr gut! links.) Von Partei wegen wünschen wir jedenfalls nicht, in diese Frage einzugreifen. Wir wollen eine Freiheit der Entwicklung nach den Ueberzeugungen und Anschauungen des Volkes. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Hätten wir in Preußen in absehbarer Zeit Aussicht auf eine Verwaltung, die die Simultanschule zulassen würde, so hätten wir uns mit diesem Wechsel auf die Zukunft begnügen können. So aber haben wir als vorläufige Schuländerung den bestehenden Simultanschulen gesetzliche Sicherheit gegen das wechselnde Regiment zu schaffen vorgezogen. Wir sind in dem Kompromiß nie so weit gegangen, die Entwicklung der Simultanschule für die Zukunft unmöglich zu machen. Tatsächlich wird der Simultanschule nur die Ausnahme bleiben, aber ihre rechtliche Gleichberechtigung haben wir ausdrücklich erhalten. Die theoretische Möglichkeit selbst ihrer raschen Ausbreitung bleibt erhalten. Im übrigen leistet auch unsere Konfessionsschule, was von unserer Volksschule gefordert und geleistet werden kann.

Alle unsere Schulen sind gut und vorzüglich und man kann nicht sagen, daß die Konfessionsschule zu pädagogisch unmöglichen, un-erträglichen Zuständen geführt habe. Am bedenkenlichsten war uns der Eindruck eines völlig neuen Prinzips in die Schulgesetzgebung durch dieses Gesetz. (Hört! hört! links.) Neben die bisherigen Schulmächte Staat und Gemeinde haben wir als neue subjektive Macht eine konfessionelle Minderheit gesetzt, die für sich die Errichtung einer Sonderchule verlangen kann. (Hört! hört! links.) Aber auch diese Konfession haben wir mit so vielen Statuten umgeben, daß wir glauben dürfen, die unveränderbaren Linien unserer Ueberzeugung auch hier nicht überschritten zu haben. Vor allem aber haben wir diese Konfessionen gemacht, um endlich einmal die gründliche Reform der Schulunterhaltungspflicht zu erreichen. Und in dieser Hinsicht werden gerade die Freisinnigen, selbst wenn sie sich im Lande hier und da einiges auf ihre oppositionelle Stellung zugute tun, sich doch an seinen Früchten erfreuen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Ernst (fr. Sp.) stellt fest, daß der Minister nicht das mindeste Recht gehabt habe, sich auf seine Äußerungen vom 13. Mai 1904 zu berufen. Dieser Gesetzentwurf — das hätten alle Nationalliberalen wiederholt in der Kommission erklärt — sei noch nicht einmal eine lokale Ausführung des Kompromißantrages. Die Simultanschule habe, das könne er auf Grund nicht nur seiner persönlichen Ueberzeugung, sondern auch seiner lang-jährigen Erfahrung aussprechen, große pädagogische Vorzüge. Gegen ihre Jurisdiktion durch diesen Gesetzentwurf hätten die besten Männer Deutschlands ihre gewichtige Stimme erhoben. Die Verfassung Dr. Friedbergs auf England sei ganz verfehlt. Dort sei schon in zweiter Lesung vom Parlament mit 2/3 Mehrheit ein Gesetz angenommen worden, dessen erster Satz lautete: „Die Konfessionsschule wird abgeschafft.“ (Hört! hört! links.) Die These des Delegiertentages der freisinnigen Vereinigung: „Wir protestieren gegen die Vergewaltigung der Simultanschule durch das Volksschulunterrichtsgesetz und die Auslieferung der Volksschule an die katholische und evangelische Kirche“, sei jetzt doppelt richtig geworden angesichts dieser Paragraphenentwürfe. Vorteil aber werde von diesem Gesetz nur der Katholizismus haben, der seineswegs in der Simultanschule ein so großes Agitationsfeld für sich erblide. (Beifall links.)

Ein Schlussantrag wird angenommen, wodurch der Abg. Peltajohn (fr. Sp.), Wolgast (osp. d. fr. Sp.), und Kopych (fr. Sp.) das Wort abgeschnitten wird.

Personlich bemerkt

Abg. Cassel (fr. Sp.): Der Kultusminister hat gefragt, wozu ich nötig hätte, meinen Kopf mit den Interessen der christlichen Volksschule zu beschweren. Der Minister hat damit offenbar auf meine jüdische Konfession anspielen wollen. Ich habe schon bei anderer Gelegenheit erklärt, daß ich meine Konfession nicht verleugne, sondern mich mit Stolz zu ihr bekenne. Der Minister hat offenbar seinen Kopf mit den Bestimmungen der preussischen Verfassung nicht beschwert, denn nach der Verfassung bin ich Abgeordneter des preussischen Volkes und habe ein Recht, mich nach dieser Richtung hin um die Interessen des preussischen Volkes zu kümmern und werde mir in keiner Weise dieses Recht vom Minister rauben oder schmälern lassen. (Lebhafter Beifall links.)

Sämtliche Anträge werden abgelehnt und die §§ 18, 19 und 21—23 in der Kommissionsfassung angenommen.

Bei der Begründung des § 20 erklärt

Kultusminister Dr. Studt: Ich muß noch mit einem Wort auf die persönliche Bemerkung des Abg. Cassel zurückkommen. Ich nehme gern Veranlassung, dem Abg. Cassel gegenüber zu erklären, daß ich bei meiner Äußerung über die Interessen der christlichen Volksschule nicht im entferntesten an seine Zugehörigkeit zur jüdischen Religionsgemeinschaft gedacht habe und bedauere, daß der Abg. Cassel durch die Fassung meiner Äußerung zu dieser mißverständlichen Auffassung gekommen ist.

§ 24 trifft Bestimmung über die jüdischen Schulen in der Richtung, daß es bei den jetzt bestehenden gesetzlichen Bestimmungen verbleiben soll.

Hierzu liegt ein Antrag Cassel (fr. Sp.) vor, der die Bestimmungen des Gesetzes auf die jüdischen Schulen analog zur Anwendung bringen will.

Nach einer Begründung dieses Antrages durch den Abgeordneten

Peltajohn (fr. Sp.) bittet

Ministerialdirektor Schwarzkopff, den Antrag abzulehnen.

Das Haus verlegt die Weiterberatung auf Freitag

11 Uhr. Schluß 4/4 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7/8 bis 9/10 Uhr abends statt. Größtens 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Quast und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt.

„Sparwörter 8.“ Der Betrag von M. 31.— ist durch die Expedition richtig bei mir abgeliefert worden und kommt in der nächsten Dultung über Eingänge für die Opfer des russischen Besetzungstempes mit zur Verfügung. A. Werlich.

Stufe 53. 1. und 2. Rein. — P. S. 258. Klagen Sie auf Einräumung des Kellers und auf Schadenersatz beim Amtsgericht. — A. B. 86. 3. R. Rein. — J. R. 100. Wenden Sie sich an einen Anwalt. — G. R. 17. Leider ja. — G. P. 90. 1. und 2. Rein. — Karl. Wegen aller Stillschließungen erhalten Sie die zuverlässigste Auskunft bei der Stillschließung des Koffertens, Koffers, und bei der Anstellung für eine Stelle (Bibliothek), Unter den Linden 16. Durchg. III. — Thomash. 28. 1894. — Tiedts 300. 1. Redigiere der Einwand der Unmöglichkeit oder der, daß während der Empfangszeit andere Verkehr hatten, ist erheblich. 2. Die Kosten können etwa 100 M. betragen. — J. 24. „Vollmacht“, Antst. 13. ist eine Schwindelkassette. Wiederholt haben wir vor derselben gewarnt. Den betreffenden Fall teilen Sie uns wohl genauer mit. — G. 9. 1. Nur wenn der ursächliche Zusammenhang zwischen Tod und Unfall nachzuweisen ist, steht der Witwe die Hälfte des Betrages der Lebensversicherung zu. 2. Die Hälfte des Betrages der Lebensversicherung steht der Witwe zu. 3. Die Versicherung kann erloschen werden. 4. Ja. — P. 23. 42. 1. u. 2. Sie können lediglich eine Billigkeit anstrengen. Der Erfolg auch dieser Klage wäre zweifelhaft. 3. Daß die Kaufschillinge früher Kaufschillingen, so steht den betreffenden ein Anspruch nicht zu. — 107 2. Rein; es muß nur auf Verlangen angemessene Zeit gewährt werden. — Gilt. Ein Mähdiger, der das seinem Schuldner von Dritten ausgefallene Geld formittelt, macht sich des Diebstahls schuldig. Er ist nur berechtigt, auf Zahlung zu klagen und eventuell Pfänden zu lassen. — R. P. in R. Hausgewerbetreibende sind nur dann versicherungspflichtig, wenn sie in einem Zweige arbeiten, auf den die Versicherungspflicht durch Bundesratsverordnung ausgedehnt ist. Das trifft nur bei den Tabak- und Textil-Handelshandeln zu. — T. Friedmann. 1. u. 2. Ist nichts anderes vereinbart, so beträgt die Rindlungspflicht für Gesinde sechs Wochen zum Quartalsberichten. Die Rindlung ist also verpfligt. Die Unterhaltung vom 15. würde schwerlich als Einmischung vom Gericht angelegt werden. 3. u. 4. Rein, § 147 der Gesetzbuchordnung steht sechs Wochen vor. 5. Ja. 6. Leider ja. 7. Uns nicht bekannt. — R. 23. 03. Geburts- und Scheidungsurkunde. — M. 23. 15. Ja. — H. 38. 1. Etwa 35 000. 2. Eine Meldung ist vorzunehmen, die Gültigkeit ist aber von der Meldung unabhängig. — H. 3. 100. 1. u. 2. Rein. 3. Ja. — Landbote. Wenden Sie sich direkt an ein Katasteramt. — R. 6. 100. 1. Kronleindynam heißt wirklich abermals: Leihnam des Herrn (alldenklich) von. 2. Uns nicht bekannt. — P. R. 15. Rein, 6—15 M. werden als angemessen erachtet. — 100 M. 2. Darlehnsforderungen verfallen in 30 Jahren. — A. P. Urbaner. Sie können vollen Schadenersatz verlangen. — S. 97. Auf Grund eines vollstreckbaren Urteils kann 30 Jahre lang gefoltert werden. Mit jeder Forderung beginnt die Frist von neuem zu laufen. — R. 23. 13. Sie müssen auf Verlangen den vollen Wert ersetzen. — G. 64. 6. Null bis 4. August. — W. C. 65. Rein. — P. 20. Die geschiedene Frau kann auf Grund des Urteils Pfänden lassen. — G. 27. Ein Erbschaftsprüfung liegt auf keiner der beiden Seiten vor. — W. 2. 16. Sie würden mit Aussicht auf Erfolg Beschwerde- und Verwaltungsbeschwerden einleiten können, weil Sie kein „Reu-Angehender“ sind. Beschwerde (innen) geht an den Oberpräsidenten, die Adresse aber an das Polizeipräsidium. —

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freizeitschriften sofort ihre Adresse mitteilen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Es gibt andere Cigaretten derselben Qualität —
 Es gibt andere Cigaretten zum gleichen Preise —
 Aber es gibt *keine* derselben Qualität zum gleichen Preise wie

JOSETTI CIGARETTEN

Dies ist der Grund warum sich Josetti-Cigaretten unter wirklichen Kennern der grössten Popularität erfreuen. Cigaretten, die ihnen in Aroma und gehaltvollem, vollaftigem und doch mildem Geschmack gleichkommen, kosten zweimal so viel — oder mehr.

Josetti

Josetti-Juno 10 St. 20 Pfg.
 Josetti-Griseldis 10 St. 30 Pfg.



Das Wunder Berlins

sind die bekannten Konfektionshäuser

Blitz

3 Geschäfte

80 Chaussee-Straße 80

9 Rosenthaler Straße 9

Ecke August-Straße.

137 Große Frankfurterstr. 137

zwischen Koppen- u. Fruchtstr.
 Chones Industrie-Palast

Herren-Anzüge, hochelegant, von 4⁹⁰ M. an

Herren-Paletots, das Neueste, von 5⁶⁰ M. an

Kinder-Anzüge in feinsten Ausführungen von 1⁸⁰ M. an

Hosen in allen erdenklichen Mustern von 57 Pf. an

Wir bitten genau auf die Firma

zu **Blitz** zu achten



NIEGEDACHT

Täglich von 4—8 Uhr nachm. findet Probewaschen mit den weltberühmten patentierten Waschmaschinen, Ringmaschinen und Waschkübeln „Kuhperle“ von dem größten Spezial-Fabrik-Geschäft der Welt „Karl Rampmann jr., G. m. b. H., Wilhelm-Ruhr“ statt. — Heinrich Lohbed, Berlin N., Inbalidenstraße Nr. 142, Hof, Quergebäude.

Streng reell!

Kawolat, Schmidt & Co.

Schneidermeister

1325L*

Eberswalderstraße No. 25-26 Berlin N. Ecke der Schönhauser Allee.

Herren-Moden

fertig und nach Maß von prachtvoller Qualität, guter Haltbarkeit, bester Verarbeitung und tadellosem Sitz.

Auf Wunsch stehen auch Muster in der Wohnung zur Ansicht
 ::: und fertigen von zugegebenen Stoffen Garderoben an. :::

Billige, aber feste Preise. ××××××× Reparaturwerkstatt im Hause.

Feste Preise!

Der außergewöhnliche Beifall,
 den meine nachstehend im Original abgebildete Zigarren-Marke

100 St.
 M. 5,00



bei den Lesern des „Vorwärts“ gefunden hat, veranlaßt mich, noch einige andere sehr beliebte Sorten zu einem Versuche bestens zu empfehlen:

Mexico Zigarillos M. 3,—	No. 54 Vorstekl. Pflanzl. M. 5,—	Santa Rosa M. 6,50
La Moderna 3,50	Pra. Mexico 5,—	Jong Holland 6,50
Marke Hollandia 3,75	Ausschuß No. 50 5,—	La Real 7,—
El Tropo 4,—	Mimosa-Vorstekl. 5,—	Renata 8,—
Mexico-Ausschuß 4,50	La Luz 5,—	Odora 10,—

Für Wiederverkäufer: 5 Pf.-Zigarren von M. 2,85 per 100 Stck. an; 6 Pf.-Zigarren von M. 3,80 an; 7 1/2 Pf.-Zigarren von M. 4,50 an; 10 Pf.-Zigarren von M. 6,40 an.

Reinhard Hellmich, Engros-Lager, Berlin W. 64, Behren-Str. 52.

Kein Laden — Eingang Plur rechts — kein Laden.

O. Heinze,
 Brückenstr. 6.
 besonders billig.
 Räder, Zubehör, Reparatur., Emaillierung, Vernickel.

„Wirtshaus an der Panke“

Französisch Buchholz.
 Drei Minuten von Station Blauenburg (Stettiner Bahn). Inhaber:
 Herm. Rackwitz.
 Empfiehlt sich den besten Vereinen und Gewerkschaften bei Ausflügen usw. Schöner (qualitativ) Garten. Kaffeefüche. 8374*

Phänomen-Cigaretten



Phänomen-Cigaretten sind aus echten türkischen Tabaken hergestellt
 Phänomen-Cigaretten sind garantiert Handarbeit
 Phänomen-Cigaretten sind nach ägyptischer Art hergestellt
 Phänomen-Cigaretten übertreffen Importen
 Phänomen-Cigaretten sind überall zu haben
 Stück 2, 3, 4 und 5 Pfg.

Türk. Tabak und Cigaretten-Fabrik „Namkori“

Um sich vor Enttäuschungen zu bewahren, verlange man ausdrücklich

Achtung!



MAGGI'S Bouillon-Kapseln

mit dem Kreuzstern

und achte darauf, daß jede Kapsel den Namen „MAGGI“ und die Schutzmarke „Kreuzstern“ trägt.



VI. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Köln, 22. Mai.

Die Diskussion des Vorstandsberichtes wird bei dem Abschnitt Lohnbewegungen fortgesetzt. Von mehreren Rednern wird gefordert, daß die Streikunterstützung auf die Nichtbezugsberechtigten ausgedehnt werde.

In dem Schlußwort zu diesem Abschnitt weist Leipart darauf hin, daß der Verband den Unternehmern lange nicht so viel Achtung eingelöst hätte, wenn ihm nicht die durch die Arbeitslosenunterstützung und die gleichzeitige Beitragsverböhrung geschaffenen Mittel zur Verfügung ständen.

Es folgt der Abschnitt: Agitation, Entwicklung des Verbandes und Gaudorfsände. Der Vorstandsbericht sagt hierzu u. a.: Obwohl die Lohnbewegungen der letzten Jahre die Tätigkeit der Gaudorfsände in der Hauptsache in Anspruch genommen hat, so ist darüber die Agitation doch nicht vergessen worden, wenn sie auch vielleicht hier und da etwas zu kurz gekommen sein mag.

In der Diskussion verweist Gaudleiter Sartzung auf die Agitation der „Christlichen“. Im Gau Rheinland-Westfalen haben die Christlichen Organisationen in einer Weise festen Fuß gefaßt, wie nirgend anders.

Deinhardt fordert eine viel mehr ausgestaltete und systematischere Agitation. Auch auf die Erfolge des Verbandes müsse dabei viel mehr Gewicht gelegt werden.

Kaith-München: In der Agitation herrscht bisweilen Pfennigsucherei; sie bewege sich zu viel im Kleinen. Die Agitation müsse zunächst von einer Zentralfstelle ausgehen, die das vorliegende Material sammelt, das unter anderem über die Streikbrecher der Christlichen vorliege; ferner eigne sich die Lebensmittelverwertung zur Agitation.

Büh-Gelsenkirchen: Rhein-Gau hat eine solche Industrieentwicklung als der Gau Rheinland-Westfalen. Pilzartig entstehen und wachsen hier die Städte aus dem Boden.

Müller-Köln: Unser Gau ist die Hochburg der „Christlichen“. Sie haben von seiten ihres Verbandes in Rheinland-Westfalen mindestens zehn besoldete Beamte; dazu kommen noch die Mitglieder ihres Hauptverbandes, der in Köln sitzt, und die ganze Menge der Agitatoren a la München-Gladbach.

Gericke-Leipzig: Der Hauptverband hat sich bei der Vergabe von Mitteln für die Agitation manchmal von einer Sparfamtheit leiten lassen, die nicht im Vorteil des Verbandes lag.

Dörfer-Stuttgart fordert, daß mehr für die Schulung der Mitglieder getan werde, damit diese bei Lohnbewegungen den geeigneten Zeitpunkt erwarten können und bei den Kämpfen die genügende Ueberlegung und Disziplin zeigen.

Matuszewski-Rosen: Wir haben außer mit den „Christlichen“ auch mit den Polen zu tun, die einen Sonderverband gegründet haben. Die Provinz Posen ist eine Quelle der Arbeitswilligen, auch für Berlin. Der Osten muß bei der Agitation mehr berücksichtigt werden.

Schwante-Natowitz: Oberschlesien ist, wie Posen, zum Erfassen auf dem Verbandstage vertreten. In Oberschlesien sind die Lohnverhältnisse am allererbärmlichsten, und die Agitation ist die denkbar schwierigste.

Röske-Hamburg regt an, daß in die von der Generalkommission vorbereiteten Kurse in Berlin auch einige Thematia bezüglich der christlichen Gewerkschaften aufgenommen werden.

Schlich-Breslau empfiehlt, der Vorstand möge mit der Generalkommission und dem Parteivorstand in Verbindung treten, um etwas für die Versammlungsgelegenheit in Oberschlesien zu tun.

Nach weiteren Ausführungen anderer Redner wird von seiten des Vorstandes zugesagt, daß er sofort nach dem Verbandstage in die Prüfung der Sache eintreten und mit der Anstellung von weiteren Gaudorfsänden vorgehen werde.

Der Verbandstag nimmt folgende Resolution Leopold-Verein an: „Der Verbandstag spricht dem Vorstand und den Gaudorfsänden seine Anerkennung aus. Er steht jedoch auf dem Standpunkt, daß in Zukunft größere Mittel für die Agitation zur Verfügung gestellt werden müssen.“

Bezüglich der Sektionen und Branchenkonferenzen wird von einem Teile der Redner eine Ausgestaltung des Branchenwesens gewünscht, von anderen eine Zurückschraubung des Sektionswesens gefordert.

Aus dem weiter zur Debatte gestellten Abschnitt des Berichtes erwähnen wir: Entsprechend dem Beschluß des Leipziger Verbandstages haben an dem in Amsterdam abgehaltenen internationalen Holzarbeiterkongreß Leipart, Robert Schmidt und Röske als Delegierte des Verbandes teilgenommen.

Dem Kassenerbericht entnehmen wir: Die Gesamteinnahme in 1904 und 1905 betrug 8 959 348,65 M., die Ausgabe 3 683 400,98 M., somit die Reineinnahme 2 754 947,67 M.

Die Ausgaben der Kassenerstellen weisen unter anderem außer den erwähnten Unterstützungen noch auf 1 402 944,05 M. an Streikunterstützung, 51 667 M. an Gemahregelten, 52 295 M. an Sterbegeld, 40 559 M. an Umzugs-, 10 285 M. an Notfallunterstützung, 30 954 M. an Rechtschutz usw.

Beim Abschnitt „Presse“ wird die Diskussion auf Mittwoch verlagert.

Die Schopenstehlkravalle in Hamburg

vor dem Landgericht.

Dritter Verhandlungstag.

Hamburg, 23. Mai. (Eig. Ber.)

Das Plaidoyer des Staatsanwalts Hollender unterscheidet sich vorteilhaft von dem des stellvertretenden Oberstaatsanwalts Jrmann im Schwurgerichtsprozeß gegen die „großen Schopenstehler“. Erster Staatsanwalt Jrmann behandelte damals die Kravalle am Schopenstehl unter dem politischen Gesichtswinkel und vertrat den Standpunkt, daß solche Angriffe gegen die bestehende Staats- und Eigentumsordnung durch ein Furcht und Schrecken erregendes Urteil geahndet werden müßten.

Nach vierstündiger Beratung spricht das Gericht die Angeklagten Dörrenhaus, Saggau, Spangenberg, Ramero, Dabelstein, Wilson und Biegemann frei, dagegen verurteilt es wegen Aufruhrs Grumme zu 1 Jahr 6 Monaten, Stogemann zu 18 Monaten, Sembe zu 1 Jahr 4 Monaten, Thomas zu 6 Monaten, Hoppe zu 9 Monaten, Veisch zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis; wegen einfachen Landfriedens-

bruchs und Plünderens erhalten Fährde 10 Monate, Frech 8 Monate, Riber 8 Monate, Schneider 8 Monate, Martweg fünf Monate und der Schulknabe Veit zwei Tage Gefängnis; Gobjahr wird wegen Unterschlagung zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Verständend wird ausgeführt, daß als straferschwerend die Gemeingefährlichkeit der von den Angeklagten verübten Dinge in Frage komme. Bei dem Aufruhr sei in salimier Weise gegen pflichtgetreue Beamte und bei dem Landfriedensbruch und den Plünderungen gegen Leute vorgegangen worden, die den Angeklagten nichts zuleide getan hätten.

Bei den Angeklagten Frech, Schneider und Gobjahr gelten die Strafen durch die erlittene Untersuchungshaft als verhängt, den übrigen Verurteilten werden je drei Monate Untersuchungshaft angerechnet.

Unter den Freigeprochenen befinden sich sämtliche Organisierte, nämlich Dörrenhaus, Saggau und der deutschnationale Spangenberg.

Aus der Partei.

Ein großer sozialistischer Sieg wird aus Seraing, dem bekannten großen Industrieort bei Lüttich, gemeldet. Bei den Gemeindevahlen, die dort am vergangenen Sonntag stattfanden, siegten sämtliche sozialistische Kandidaten im ersten Wahlgange und zwar mit großen Majoritäten.

Waisfeier ostpreussischer Landarbeiter. In unserem Bericht Nr. 109 über die Waisfeier der Landarbeiter auf dem Gute Komorowen schreibt uns der Verfasser, Genosse Ebdard, daß das Gut nicht 4000 Morgen, sondern nur 2300 Morgen groß ist und auch nicht mehrere Vorwerke, sondern nur ein Vorwerk hat.

„Ob mein Gut ein Mustergut ist, kann ich nicht beurteilen, jedenfalls bemühe ich mich, es dazu zu machen, soweit es in meinen Kräften steht und soweit meine Mittel reichen.“

„Daß mein Gut ein Mustergut ist, kann ich nicht beurteilen, jedenfalls bemühe ich mich, es dazu zu machen, soweit es in meinen Kräften steht und soweit meine Mittel reichen.“

„Daß mein Gut ein Mustergut ist, kann ich nicht beurteilen, jedenfalls bemühe ich mich, es dazu zu machen, soweit es in meinen Kräften steht und soweit meine Mittel reichen.“

„Daß mein Gut ein Mustergut ist, kann ich nicht beurteilen, jedenfalls bemühe ich mich, es dazu zu machen, soweit es in meinen Kräften steht und soweit meine Mittel reichen.“

„Daß mein Gut ein Mustergut ist, kann ich nicht beurteilen, jedenfalls bemühe ich mich, es dazu zu machen, soweit es in meinen Kräften steht und soweit meine Mittel reichen.“

„Daß mein Gut ein Mustergut ist, kann ich nicht beurteilen, jedenfalls bemühe ich mich, es dazu zu machen, soweit es in meinen Kräften steht und soweit meine Mittel reichen.“

„Daß mein Gut ein Mustergut ist, kann ich nicht beurteilen, jedenfalls bemühe ich mich, es dazu zu machen, soweit es in meinen Kräften steht und soweit meine Mittel reichen.“

„Daß mein Gut ein Mustergut ist, kann ich nicht beurteilen, jedenfalls bemühe ich mich, es dazu zu machen, soweit es in meinen Kräften steht und soweit meine Mittel reichen.“

„Daß mein Gut ein Mustergut ist, kann ich nicht beurteilen, jedenfalls bemühe ich mich, es dazu zu machen, soweit es in meinen Kräften steht und soweit meine Mittel reichen.“

Die Revolution in Rußland.

Amnestie?

Wie der unberechenbare Zar, ein Spielball seiner Hoffnungen und seiner Ängste, von seinen Beratern zwischen Furcht und Hoffnung hin und her gehetzt, schwankt und keinen festen Halt zu finden vermag, an den er sich klammern könnte, so schwanken auch die Nachrichten über das, was in Rußland bevorsteht. Heute heißt es: Trepow hält den Zaren gepackt und listet ihm ins Ohr, es würde das Ende der Dynastie bedeuten, wenn Nikolaus dem Drängen des Volkes nachgeben und die Amnestie gewähren wolle. Morgen hören wir: Der Zar werde von Angstvorstellungen verfolgt, die ihm die Gefahren ausmalen, denen er entgegengehe, wenn er es wage, sich dem stürmischen Verlangen seines Hundertmillionen-Volkes entgegenzukommen.

Aus Odesa kommt eine Nachricht, die so ausgelegt wird, als ob nur noch zum 27. Mai, dem Jahrestage der Krönung des Zaren, die Amnestie zu erwarten sei. Jene Nachricht besagt: alle Gouverneure Südrußlands hätten aus Petersburg die Weisung erhalten, mit größter Schnelligkeit genaue Listen aller politischen Gefangenen einzurufen! —

Die Duma.

Der Minister des Innern Stolypin wird in nächster Zeit der Duma einen Gesetzentwurf zugehen lassen betreffend die Reorganisation der Lokalverwaltung.

Der parlamentarische Ausschuss der Kadetten hat am Dienstag endgültig einen der Duma zu unterbreitenden Gesetzentwurf betreffend das allgemeine, unbeschränkte, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts angenommen.

Petersburg, 23. Mai. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur.“) Der Präsident des Ministerrats Goremykin legt heute dem Kaiser das Regierungsprogramm zur Bestätigung vor, welches er in der Reichsduma als Antwort auf die Adresse derselben entwickelt wird.

Schließlich verdient noch eine Nachricht hervorgehoben zu werden, an der schon der Umstand bezeichnend und vielsagend ist, daß sie überhaupt verbreitet werden kann; denn wenn den Herren bäuerlich-konserverativen Abgeordneten schürliche Bestimmungen der in der Duma angebotenen Art nicht zuzutrauen wären, würde jene Meldung wohl überhaupt nicht in die Welt gesetzt worden sein. Das Telegramm lautet:

Petersburg, 23. Mai. (D. S.) Unter den konserverativen bäuerlichen Abgeordneten wird dafür agitiert, gegen die Dumaadresse zu stimmen, um die Auflösung der Duma herbeizuführen, da die Abgeordneten glauben, in den Reichsrat berufen zu werden, wo sie anstatt der jetzigen 10 Rubel täglich 25 Rubel bekommen! —

Agrarunruhen.

Petersburg, 23. Mai. Wegen der sich ausbreitenden Agrarunruhen hat der Minister des Innern mehrere Generalgouverneure telegraphisch zu sich berufen.

Judenrechte.

Petersburg, 23. Mai. Die Petersburger Juden sahen nach einer überaus stürmischen Verammlung einen Beschluß betreffend Eröffnung einer parlamentarischen Fraktion zum Schutze der Judenrechte.

Die Zivilliste.

Der Zar bezieht ein Jahresgehalt von circa 18 Millionen Rubel (circa 28 Millionen Mark). Das macht über 8000 R. pro Stunde. Die Zivilliste der Kaiserin beläuft sich auf 200 000 Rubel jährlich; außerdem wird ihr Hofstaat aus Staatsmitteln bestritten; der Thronfolger bezieht 100 000 Rubel und dessen Gemahlin 50 000 Rubel jährlich; ihr Hofstaat wird aus Staatskosten unterhalten. Die Kinder des Kaisers beziehen bis zur Volljährigkeit je 38 000 Rubel. Als Heiratsgut erhalten die Töchter und Enkelkinder des Kaisers eine Million, die Urenkelkinder und Urenkelkinder je 100 000 R., und die übrigen Nachkommen je 30 000 R. Aus dem Apanagen-Ressort beziehen: die Söhne des Kaisers (außer dem Thronfolger) 150 000 Rubel bei der Majoritätsklärung, ferner 1 Million zur Einrichtung. Beim Eingehen der Ehe 200 000 Rubel. Zum Unterhalt des Hofes 35 000 Rubel und für ihre Gemahlinnen 40 000 Rubel. Die Töchter von der Majoritätsklärung bis zur Verheiratung je 50 000 Rubel. Die Großfürsten erhalten beim Eingehen der Ehe 150 000 Rubel als Geschenk für die Braut.

Außerdem bezieht die kaiserliche Familie als Nebeneinnahmen circa 45 Millionen Mark pro Jahr. Das Privatvermögen des Zaren ist teils in landwirtschaftlichen, teils in industriellen Unternehmungen im Inland, teils in ausländischen Aktien angelegt. So besitzt der Zar z. B. 43 Millionen Desjatinen Land in Sibirien, ferner eigene Porzellanmanufakturen, Goldminen, Diamantenschleifereien usw. im Werte von Hunderten von Millionen.

Meeting der Eisenbahner.

Wie die „Kov. Wr.“ mitteilt, hat dieser Tage außerhalb Petersburgs ein Meeting der Delegierten der Arbeiter aller Petersburger Eisenbahnen stattgefunden, auf dem die Redner die Versammelten darauf aufmerksam machten, daß bis jetzt nicht eine einzige der gestellten Forderungen und ausgesprochenen Bitten erfüllt worden sei. Es wurde beschlossen, bis zur Erfüllung der während des letzten Streiks gestellten Forderungen einen Generalstreik zu proklamieren. In Erwartung einer Amnestierung und Befreiung der verhafteten Genossen wurde beschlossen, die Realisierung des Beschlusses bis nach dem 25. Mai hinauszuschieben.

Nach der „Kov. Wr.“ herrscht besonders große Erregung auf der Baltischen Bahn, wo eine Agitation nicht nur unter den Arbeitern, sondern auch unter den Beamten wahrzunehmen ist. —

Soziales.

Konkurrenzklause für gewerbliche Arbeiter.

Das Kammergericht hat kürzlich in einer Entscheidung ausgesprochen, daß die Konkurrenzklause für gewerbliche Arbeiter selbst dann nichtig sein kann, wenn sie im Arbeitsvertrage ausdrücklich vereinbart und eine Strafe für die Zuwiderhandlung festgesetzt war. Der Rechtsfall war folgender: Der Galvaniseur G. A. war in einer Berliner Metallwarenfabrik bei hohem Gehalt angestellt und hatte sich im Anstellungsvertrage verpflichtet, während der Dauer eines ganzen Jahres in einem Konkurrenzgeschäft in Berlin oder Umgegend keine ähnliche Stellung anzunehmen. Als er sich mit seinem Arbeitgeber entzweite und in einer anderen Berliner Metallwarenfabrik Stellung fand, sah sich der frühere Arbeitgeber veranlaßt, gegen den Galvaniseur die ausbedungene Konventionalstrafe beim Landgericht I einzuklagen. Der Prozeß kam dann in zweiter Instanz vor das Kammergericht, welches die getroffene Vereinbarung zwischen dem Kläger und seinem früheren Arbeiter für unzulässig erklärte und die angestellte Klage auf Zahlung der Konventionalstrafe endgültig abwies. In den Gründen, die hier nur kurz wiedergegeben seien, führt das Kammergericht etwa folgendes aus: Besonders gesetzliche Bestimmungen, wie sie § 74 des Handelsgesetzbuches für die Handlungsgehilfen und § 133 der Gewerbeordnung für die aufsichtsführenden Betriebsbeamten enthält, sind für die gewerblichen Arbeiter nicht getroffen. Es kommen hier nur §§ 134, 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches in Betracht. Daß aber die Gesetzgebung den Beschränkungen der der Freiheit wirtschaftlicher Selbstbetätigung an sich nicht günstig gegenübersteht, ergibt sich daraus, daß man ihre Zulässigkeit bei den oben genannten Personen an eine Reihe von Bedingungen geknüpft hat. Ähnliche Bestimmungen für die gewerblichen Arbeiter hat man wohl deshalb für entbehrlich gehalten, weil man nicht daran gedacht hat, daß diesen gewerblichen Arbeitern gegenüber von der Konkurrenzklause in umfangreicher Weise Gebrauch gemacht werden würde. Die Auf-

nahme dieser Konkurrenzklause in der Arbeitsordnung oder etwa in dem Arbeitsvertrage sei schließlich unzulässig, weil sonst die Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit und in ihrem weiteren Fortkommen allzulehr behindert werden könnten. Es könne fraglich sein, ob nicht jede Konkurrenzklause einem gewöhnlichen Arbeiter gegenüber, selbst wenn er zu den geschickteren Arbeitern gehört, schließlich nichtig ist, weil das Gesetz jede Erschwerung des Fortkommens eines gewöhnlichen Arbeiters als unzulässig ansieht! Unter allen Umständen wird man aber ein Konkurrenzverbot als nichtig ansehen müssen, welches weder durch das berechnete Interesse des Arbeitgebers erfordert wird, noch mit der unveräußerlichen persönlichen Freiheit des Arbeitnehmers vereinbar ist. Das berechnete Interesse des Klägers erschöpft sich in der Geheimhaltung etwaiger Fabrikationsmethoden, die bereits durch eine Vertragsstrafe geschützt war. Darüber hinaus dem Beklagten sein Fortkommen zu erschweren, indem man ihm verbot, ein ganzes Jahr lang sich in dem gleichen Geschäftszweige anzustellen zu lassen, schloß jedes Interesse des Klägers. Diese Bestimmung konnte nur bezwecken, sich den Beklagten als geschickten Arbeiter möglichst zu erhalten, der bei Abhängigkeit dieser Bestimmung ganz von der Willkür der Kläger abhängig gewesen wäre. Dieses Interesse aber könne als schutzfähig nicht anerkannt werden, weil es den Beklagten allzu sehr beeinträchtigt. Denn die Freiheit und wirtschaftliche Selbstbetätigung des Beklagten wurde durch das Verbot, ein Jahr lang in einem Konkurrenzgeschäft zu arbeiten, weit über das zulässige Maß eingeschränkt. Durch eine Ermäßigung des Verbots, etwa auf ein halbes Jahr, würde die Unbilligkeit für den Beklagten nicht beseitigt werden. Da für den Beklagten nur eine Stellung in Berlin oder in den Vororten in Betracht kam, so mußte er sich sagen, daß alle Metallwarenfabriken in Berlin Konkurrenzunternehmen des Klägers seien, zum mindesten alle solchen, in denen Galvaniseure beschäftigt werden. Dadurch wurde dem Beklagten die Tätigkeit gerade in dem Berufe verschlossen, in welchem er allein Aussicht auf ein gutes, ungehindertes Fortkommen hatte. Es konnte ihm nicht zugemutet werden, während des Sperrjahres wieder zu seinem früheren Berufe als Kleislergehilfe zurückzukehren, oder gar eine Stellung als gewöhnlicher Tagelöhner zu suchen. Unter diesen Umständen sei die getroffene Vereinbarung als unzulässig anzusehen und die daraus hergeleitete Klage auf die Konventionalstrafe abzuweisen.

Ein Beitrag zum Elend der Anwaltsgehilfen.

Die „Potsdamer Tageszeitung“ veröffentlicht folgende Annonce:

Ein jüngerer Schreiber, firm in Schreibmaschine und Stenographie, in Kostenwesen und Anfertigung von H. Schriftstücken bew., für ein hiesiges Anwalts-Bureau gegen monatl. Vergütung von 20 R. (bei sehr guten Leistungen bis 30 R. steigend) gesucht. Offerten u. N. 57. im Intelligenz-Kontor erbeten.

Ein Arbeitsvertrag mit solchen Bedingungen ist unzulässig, weil er als Buchervertrag den guten Sitten widerspricht. Freilich kann es Gerichte geben, die annehmen: weil solche Ausbeutungsverträge gang und gäbe und allgemein üblich, widersprechen sie nicht den Sitten. Gegen solche Ausbeutung kann mit Erfolg nur eine von sozialdemokratischem Geiste getragene Organisation wirken.

Königlich bayerisches Sparrezept.

Eine erlösende Tat ist in der Generaldirektion der Königlich bayerischen Posten und Telegraphen vollbracht worden. Ein dieser hohen Amtesstelle angehörender Posttrat hat einen Normalausgabebetrag für einen nicht im Familienverbande lebenden Telegraphenarbeiter (durchschnittliches Jahres Einkommen nicht ganz 1000 R. aufgestellt. Das interessante Alteskind, das dem ultramontanen „Wager. Kurier“ zugeflogen ist, sieht so aus:

Morgenskaffee mit Brot täglich 12 Pf., Frühbrot ohne Bier 6 Pf., Mittagessen 40 Pf., Vesperbrot mit 1 Glas Bier 19 Pf., Abendessen mit 1 Glas Bier 39 Pf., Summa täglich 1.16 R., jährlich 423,40 R.	423,40 R.
Sonn- und Feiertags je 1 Glas Bier mehr (65 × 13 Pf.)	8,45
Wohnung (wöchentlich 2 R.)	104,-
1 Sonntagsgang	20,-
2 Werktagsgänge a 16 R.	32,-
1 Paar Stiefel	10,-
1 Paar Schuhe	6,-
Schuh- und Stiefelreparaturen	6,-
1 Hut	2,80
3 Hemden a 2,50 R.	7,50
2 Unterhosen a 2 R.	4,-
6 Paar Strümpfe a 50 Pf.	3,-
Für Wäsche und zwar: 52 Hemden a 10 Pf., 52 Kragen a 5 Pf., 52 Taschentücher a 8 Pf., 52 Unterhosen a 10 Pf., 52 Paar Strümpfe a 6 Pf., zusammen	17,68
Nebenausgaben (Kranzotten, Handschuhe, Kragen, Taschentücher, Seife, Haarschneiden usw.)	15,-
Steuern und Linsagen	5,-
Arbeitsgeräte (2 Schaufeln)	2,-
Summa	672,83 R.

Für Versicherungsbeiträge, Vereinsbeiträge, Lektüre, Vergütungen auch nur der bescheidensten Art usw., ist auch nicht ein Pfennig eingeklagt, ganz abgesehen von den geradezu lächerlichen Ansätzen für Wohnung, Kleidung und namentlich Ernährung. Lebt der Posttrat selbst nach seinem sinnigen Rezept? Derartige Rezepte sind schon öfter von höheren Beamten empfohlen, die dann über die „beschämend schlechte Veranlagung der höheren Beamten“ jammern.

Die schlechte Befoldung der unteren Beamten und Staatsarbeiter wird dadurch nicht besser, daß höhere Beamte ihnen vorrechnen, wie herrlich schön sich mit wenigem auskommen lasse. Wohl aber können solche Rechnungen als Verhöhnungen von den durch sie Begünstigten empfunden werden.

Gerichts-Zeitung.

Dem Reichsgericht wird vor der Breslauer Erpressungspraxis bange.

Eine Korrektur an der berühmten Breslauer Rechtsprechung nahm heute der vierte Strafsenat des Reichsgerichts vor, die, ihrer prinzipiellen Bedeutung wegen, geeignet ist, das größte Aufsehen zu machen. Das Breslauer Landgericht hatte den dortigen Arbeitersekretär Genossen Wehrlein am 15. Oktober vorigen Jahres wegen verurteilter Erpressung in zwei Fällen zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Die verurteilte Erpressung soll Wehrlein dadurch verübt haben, daß er von zwei dortigen städtischen Laternenwärttern je 15 R. Ruhe verlangt hatte, die in die Sterbelasse des Gemeindearbeiterverbandes fließen sollte, und zwar aus dem Grunde verlangt hatte, weil diese zwei Petitionslisten mit 50 bis 60 Unterschriften vernichtet hatten. Wehrlein hatte nämlich im Auftrage des Gemeindearbeiterverbandes im Sommer vorigen Jahres eine Petition um Lohnerhöhung für die Laternenwärter an das städtische Kollegium ausgearbeitet, die dann zum Unterschriften-sammeln zirkulierte. Da die Petition eilte, um noch vor den Sommerferien zur Verhandlung zu kommen, drängte W. um Rückgabe der Listen. Es waren schließlich nur noch die beiden Laternenwärter A. und H. übrig geblieben, die ihre Listen nicht abgeliefert, weil sie sie vernichtet hatten. Dadurch wurde aber die Abfertigung der Petition überhaupt unmöglich. Es mußte eine neue angefertigt werden, die ein Vierteljahr später eingezogen wurde und den Erfolg hatte, daß den Laternenwärttern pro Tag und Mann 20 Pf. Lohn zugelegt wurde; für die gesamten Laternenwärter machte dies pro Tag 34,50 R. aus, was ihnen in einem Vierteljahr an Verdienst entgingen war und zwar durch das Verhalten der beiden Kollegen. In dem Schreiben um die schleunige Rückgabe der Listen hatte Wehrlein gefordert, da diese doch fremdes Eigentum seien, sie sollten, wenn sie sie vernichtet hätten, 15 R. Ruhe an die

Sterbelasse des Gemeindearbeiterverbandes zahlen. In diesem Schreiben, sagte nun das Breslauer Landgericht in seiner Urteilsbegründung, sei den Arbeitern ein Uebel angedroht worden, „das geeignet war, bei beiden Furcht vor Verwundungen hervorzurufen“. Der Angeklagte habe den bewußten Willen gehabt, die beiden zu zwingen, einem dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zuzuführen. Genosse Wehrlein vertrat seine Revision vor dem Reichsgericht persönlich und legte den ganzen Sachverhalt kurz dar. Darauf erhob sich dann sofort der Rechtsanwalt J. w. e. g. e. r. t., um den Antrag auf Aufhebung des Urteils zu stellen und ihn in längeren Ausführungen zu begründen. Das Urteil — so führte er aus — könne unmöglich aufrecht erhalten werden. Das Landgericht habe durchaus nicht festgestellt, daß W. den Willen des A. und H. beugen wolle. Nicht einmal die Absicht der Willensbeugung sei aus einer solchen Aufforderung, entweder nach der einen oder der anderen Richtung zu handeln, zu erkennen. Dieses Schreiben an sich ist vom Vorderrichter nicht genügend gewürdigt worden, denn der Angeklagte fordere darin die Rückgabe der Listen und stelle diese oder die Zahlung einer Ruhe den beiden anheim. Objektiv wie subjektiv sei der Begriff von der Rechtswidrigkeit des Vermögensvorteils, den W. einem dritten habe verschaffen wollen, nicht festgestellt. Es sei ihm auch ganz unverständlich, wie der Vorderrichter den Wert der zerrissenen Listen auf eine Mark habe normieren können, da bei der Petition doch nicht nur der Papierwert in Frage komme, sondern die auf die Ausarbeitung der Petition verwendete Arbeit; außerdem aber enthielten die bereits auf den Listen vorhandenen Unterschriften auch einen Wert. In Betracht komme aber der den Arbeitern durch das Verfahren der beiden entstandene Schaden, den der Vorderrichter ebenfalls nicht genügend gewürdigt habe. Der Gemeindearbeiterverband hatte ein berechtigtes Interesse daran, seinen Mitgliedern durch die Petition Vorteile zuzuwenden, und der Angeklagte habe die Ruhe von je 15 R. nicht von einzelnen Laternenwärttern als Personen, sondern als Mitglieder des Verbandes zuweisen wollen. Die Absicht des Angeklagten, sich oder einem dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, sei nicht festgestellt, und nur das Bewußtsein, einen rechtswidrigen Vermögensvorteil sich verschaffen zu wollen, geböre zum Dolus der Erpressung; er beantrage die Aufhebung des Urteils und die Zurückverweisung an das Landgericht. Der Senat hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht in Breslau zurück. Er bemerkte in seiner Verfüngung der Entscheidung, daß er sich dem Reichsanwalt angeschlossen habe.

Milchzentrale.

Auf die Anfechtungslagen der bäuerlichen Genossenschaften zu Thaur, Böhme, Klotterstele und Alt-Landsberg hat gestern die dritte Zivilkammer des Landgerichts I die Generalversammlungsbeschlüsse der Milchzentrale vom 5. Juni 1903 fassiert. Die Entscheidung wurde auf statutenwidrige Bekanntmachung der Generalversammlung gestützt, neben welcher die allerdings durch die Beweisaufnahme bestätigte Tatsache nicht von Bedeutung war, daß einzelne Abgeordnete in der Generalversammlung durch Verdröhung mit Täuschungen und Verleumdungen zu einer ihrem Mandat und wirklichem Willen entgegengegangenen Abstimmung veranlaßt worden sind. Die Zivilkammer erachtete auch einen Teil der Beschlüsse für nichtig, weil er sich, wie schon das Reichsgericht ausgeführt hat, als Mißbrauch der Genossenschaftsform zu Zwecken einer Ringbildung darstellte. — Der konserverative Abgeordnete Ring und Genossen sind wahre Muster fortgesetzt geschwädig handelnder Personen — die aber nicht angeklagt werden.

Anhalten zum Fortbildungsschulbesuch.

Der Vätermeister Berger war in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er das Ösnabrücker Ordisstatut über die Fortbildungsschulpflicht dadurch übertreten hätte, daß er seinem Lehrling nicht die freie Zeit zum Besuch der Fortbildungsschule gewährt habe. Eine „Verweigerung der freien Zeit“ sah das Landgericht in den folgenden Tatsachen. Der Lehrling fragte den Meister eines Tages, ob er aus dem Unterricht der Fortbildungsschule fortbleiben könne, worauf der Meister antwortete: „Reinetwegen, die Strafe trifft ja nicht mich, sondern Dich.“ Der Junge beschloß den Unterricht nicht. In der fraglichen Zeit machte er sich im Betriebe des Lehrherrn nützlich. — Eine Bestrafung des Meisters deswegen, weil er den Jungen nicht zum Besuch des Unterrichts „angehalten“ habe, hielt das Gericht mit Rücksicht darauf, daß im Ordisstatut eine entsprechende Bestimmung fehle, für unmöglich. — Das Kammergericht hob das Urteil, soweit eine Verurteilung auf Grund des Ordisstatuts erfolgt ist, am Montag auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht Ösnabrück zurück. Begründend wurde ausgeführt: Die Verurteilung auf Grund des Ordisstatuts sei zu Unrecht erfolgt, denn der vom Landgericht festgestellte Tatbestand, wonach der Junge selber gefragt habe, ob er nicht die Schule veräumen dürfe, könne nicht dahin ausgelegt werden, daß der Meister die für den Fortbildungsunterricht erforderliche freie Zeit dem Jungen verweigert habe. Das Landgericht aber irrt sich auch sonst, indem es mit Rücksicht auf das Ordisstatut eine Verurteilung deshalb, weil der Meister den Jungen nicht zum Fortbildungsunterricht anhielt, für unmöglich halte. Allerdings bestimme das Ordisstatut nichts darüber, aber die Gewerbeordnung sage ausdrücklich in ihrem § 127, daß der Lehrling verpflichtet sei, den Lehrling zum Besuch der Fortbildungsschule anzuhalten und den Schulbesuch zu überwachen. Das Landgericht habe nunmehr einer Anwendung dieser Bestimmungen näher zu treten.

Zur Haftpflicht der Eisenbahn.

Drei Radler aus Dortmund passierten eines Abends im November einen Eisenbahnübergang, als der in einiger Entfernung in seinem Häuschen postierte Wärter die Schranke niederlassen wollte. Der Wärter sah an den Rädern, daß zwei Radler noch hinüberfahren wollten und ließ dann, als diese beiden über die Schienen gelangt waren, die Schranken hinunter. Damit traf er nun aber den dritten Radler, den Walter S., der keine Lampe am Rade hatte und den er deshalb nicht bemerkt hatte, auf den Kopf. Herr S. erlitt eine erhebliche Beschädigung der Gesundheit und machte den Eisenbahnklub haftpflichtig. Das Landgericht Essen (N.) wies ihn wegen eigenen Verschuldens ab. Das Oberlandesgericht Hamm erkannte seinen Anspruch zu zwei Dritteln an. Denn es komme § 234 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Anwendung, der vorschreibt: „Daß bei der Entstehung des Schadens ein Verschulden des Beklagten mitgewirkt, so hängt die Verpflichtung zum Erfolge sowie der Umfang des zu leistenden Ertrages von den Umständen, insbesondere davon ab, inwieweit der Schaden vorwiegend von dem einen oder dem anderen Teile verursacht worden ist.“ Die hiergegen vom Piskus eingeleitete Revision wurde am Montag vom sechsten Zivilsenat des Reichsgerichts als unbegründet zurückgewiesen, weil nach ständiger Rechtsprechung des Reichsgerichts aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen heraus folge, daß auch bei Eisenbahnunfällen § 234 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Anwendung gelangt.

Verfammlungen.

Erklärung.

Zu der gestrigen „Berichtigung“ des Genossen Cohen zu dem Bericht über die Versammlung der Ausgesperrten der A. S. O., Brunnenstraße, muß ich notwendigerweise einiges bemerken. In meinen letzten Ausführungen hatte ich Bezug genommen auf die von Cohen irrtümlich wiederholte Behauptung, daß in der Sitzung des Zentralvorstandes am 4. Mai niemand der Ausgesperrten wegen der Listenabgabe widersprochen habe und demgegenüber ausgeführt, daß dies in der späteren Diskussion schon deshalb nicht geschehen konnte, weil gerade auf Wunsch von Cohen die Erörterung der Unterstützungsfrage nachdem überhaupt unterblieb.

Am direkten Zusammenhang habe ich dann aber weiter auf das Schlusswort des Genossen Ernst in jener Sitzung und auf den diesbezüglichen Bericht im Mittelteilblatt verwiesen, wonach niemand über die Stellung des Partei- und Zentralvorstandes im Zweifel sein konnte.

Cohen versuchte allerdings am Sonnabend zum Schluss der Versammlung so etwas wie einen Widerspruch zwischen den Parteimitgliedern zu konstruieren. Dieser Versuch war aber so plump und so durchsichtig, daß ich darauf verzichten konnte, die sehr ermüdete Versammlung hierüber mit einer nochmaligen Erwiderung noch weiter hinzuhalten, zumal ja auch der Genosse Wels schon widersprochen hatte. Die Behauptung Cohens, daß ich seiner „Konstatierung“ zugestimmt hätte, ist völlig freie Erfindung.

Berlin, 23. Mai 1906. Fr. Ebert.

Durch die obige Erklärung wird dem Genossen Cohen die Grundlage zu seiner gegen mich gerichteten Anrempelung entzogen. Mein Zwischenruf: „Das ist nicht wahr!“ fand durch die Neuheftung des Genossen Ernst von einer „sofortigen Unterstufung“ seine sachliche Berechtigung, was ich in einer persönlichen Bemerkung sofort zweifelsfrei feststellte und nicht nur, wie Cohen sich in seiner nun fast allgemein bekannten Manier auszudrücken beliebt, zu „erklären versuchte“.

Heber „Partei und Gewerkschaft“ sprach Genosse Düwelle am Dienstag in einer Versammlung des Wahlvereins für den 5. Kreis. Der wesentliche Inhalt der Ausführungen des Referenten ist, kurz zusammengefaßt, etwa folgender: Der gewerkschaftliche Kampf ist ein Kampf um den Anteil am Arbeitslohn. Wenn die Gewerkschaften für ihre Mitglieder höhere Löhne erzwingen, so wird der Mehrwert dadurch nicht bestärkt, denn er hängt nicht ab von der Lohnhöhe, sondern vom Preise des Produktes. Auf den Preis aber haben die Gewerkschaften keinen Einfluß, er wird auch nicht mehr in allen Fällen durch Angebot und Nachfrage bestimmt, sondern durch Unternehmervereinigungen — Kartelle, Syndikate — festgesetzt. So sind die Unternehmer in der Lage, aus einem Streik, der den Arbeitern eine Lohnerhöhung brachte, Vorteile in Gestalt von Preiserhöhungen zu ziehen, wie es tatsächlich — was der Redner durch Beispiele belegt — schon vorgekommen ist. Also nicht der Unternehmer zahlt den höheren Lohn aus seinem Anteil am Arbeitslohn, sondern die Konsumenten müssen ihn zahlen, ja der Anteil des Unternehmers am Arbeitslohn ist sogar gestiegen. Obgleich in manchen Berufen der Arbeitslohn erheblich gestiegen ist, hat doch die Macht des Kapitals zugenommen, denn die Produktivität der Arbeit hat sich in viel höherem Maße gesteigert als der Lohn. Auf der anderen Seite ist die Kaufkraft des Geldes gesunken, so daß sich die soziale Lage der Arbeiter trotz höherer Löhne nicht gehoben hat. — Was durch die Gewerkschaften an Lohnerhöhungen durchgesetzt worden ist, kommt nur einem Teil der Arbeiter zugute. Für die gesamten Lohnarbeiter, ebenso für den größten Teil der ungelerten Hilfsarbeiter konnte die Gewerkschaftsbewegung bis jetzt nichts erreichen. Oft ist die Differenz zwischen den Löhnen der Hilfsarbeiter und denen der gut bezahlten Facharbeiter so bedeutend, daß die letzteren ihrem Einkommen nach dem Kleinbürgertum näher stehen als dem Proletariat. Auf diesen Umstand spezifizieren gewisse bürgerliche Nationalökonomien, die den gutbezahlten Arbeitern einzureden suchen, daß sie nicht die gleichen Interessen haben wie die schlecht entlohnten Hilfsarbeiter. Diese bürgerlichen Nationalökonomien treten deshalb für die Gewerkschaften ein, um die Arbeiter von ihrer Klassenbewegung fernzubehalten. Damit solche Bemühungen nicht gelingen, muß in den Gewerkschaften immer und immer wieder den Arbeitern gezeigt werden, daß sie alle zu der großen Klasse gehören, die vom Kapitalismus ausgebeutet wird, und daß eine wirkliche Hebung der Lage der Arbeiter nur dadurch zu erreichen ist, daß das Privatkapital aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet wird. Die Struktur der Gesellschaft muß den Arbeitern klar gemacht werden, damit sie zur Erkenntnis ihrer Klassenlage kommen. — Daß die Gewerkschaften nur für einen Teil der Arbeiter Lohnerhöhungen erreichen konnten, die schließlich durch Preissteigerung der Bedarfsartikel, durch Steuern und Zölle usw. wieder ausgeglichen wird, das ist natürlich nicht die Schuld der Gewerkschaften. Niemand kann ihnen daraus einen Vorwurf machen. Das ist eine Tatsache, die uns zeigt, daß die Gewerkschaftsbewegung die kapitalistische Gesellschaft, welche die Arbeiter ausbeutet und unterdrückt, nicht aufheben kann. Trotzdem ist die Gewerkschaftsbewegung notwendig, aber es ist auch notwendig, daß den Arbeitern klar gemacht wird, daß wir ohne politische Betätigung nicht aus der kapitalistischen Gesellschaft herauskommen. Durch den politischen Kampf wollen wir nicht um den Anteil am Arbeitslohn mit den Unternehmern ringen, sondern durch ihn wollen wir den Kapitalismus überhaupt beseitigen. Unser großes soziales Ziel muß auch die Richtschnur der Gewerkschaften sein. — An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine Diskussion, in der die meisten Redner den Ausführungen des Referenten zustimmten. Eine etwas abweichende Meinung vertrat Regge, der den Gewerkschaften eine größere Bedeutung beimah, wie der Referent und ferner ausführte, die Sozialdemokratie habe

doch erst wenig erreicht, die Partei sei auch schuld an gewissen Auswüchsen auf dem gewerkschaftlichen Gebiet. — Diefem Redner trat Wels entgegen, der die abweichende Meinung Regges auf Sympathie mit dem Friedeburger Anarchosozialismus zurückführte.

Bei dem Punkt Partei- und Vereinsangelegenheiten wünschte Genosse Wasser Aufklärung über den Konflikt zwischen dem Metallarbeiterverband, bezw. dem Genossen Cohen und der Parteileitung anlässlich der Raiausperrung bei der A. G. W. — Die man in diesem Punkte nach, er stellte die Angelegenheit so dar, wie sie von der Parteileitung und den auf dieser Seite beteiligten Genossen dargestellt worden ist und betonte, daß diese Darstellung durchaus zutreffend ist, während alle dem entgegenstehenden Angaben unrichtig sind. Genosse Gerich habe in seiner Gegenwart Cohen gegenüber ausdrücklich betont, wenn es sich nicht um mehr als hunderttausend Mark handele, so werde die breite Öffentlichkeit damit erst gar nicht befaßt werden. Aller Rederei Cohens stehe die Tatsache gegenüber, daß der Parteivorstand bereits mit Auszahlung der verlangten Unterstützungen begonnen habe. Das Wort des Genossen Gerich werde auch ohne sein Zeugnis bei der deutschen Arbeiterschaft schwerer wiegen als die gegenteiligen Anwartschaften Cohens. Nun werde in neuerer Zeit, um die Sache weiter zu verdrängen und zu verwirren, behauptet, das Bureau des Verbandes habe von der Begehung der Raiafeier abgeraten. Dies sei natürlich ebenfalls unrichtig. In einer Versammlung in Rixdorf, über welche in Nr. 98 des „Vorwärts“ berichtet ist, hat Genosse Boocke eine Aufklärung gegeben, welcher er sich voll und ganz anschließen habe. Wenn nun jetzt, nachdem dieser Darstellung wochenlang von keiner Seite widersprochen ist, wieder eine neue Verdrängung aufgesetzt wird, so sei diese Aktion denn doch allzu durchsichtig. — Diese Angelegenheit hatte eine Debatte zur Folge. Zippel suchte den Genossen Cohen zu verteidigen, während Zucht und Wels die Ausführungen Piepmanns als durchaus den Tatsachen entsprechend bestätigten.

Zu Beginn der Versammlung wurden 128 zur Aufnahme gemeldete Mitglieder als aufgenommen erklärt. Ferner ertheilte die Versammlung in üblicher Weise das Mandat den verstorbenen Mitgliedern Buch, Gerich und Mai.

Die Delegierten der Berliner Gewerkschaftskommission hatten sich am Freitag im Gewerkschaftshaus versammelt, um den Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses und der Sekretäre über das Jahr 1905 entgegenzunehmen. Der Bericht enthält in seinem ersten Teil die Tätigkeit des Ausschusses, Allgemeines über die Berliner Gewerkschaftsbewegung, über den Mitgliederbestand und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Organisationen, sowie den Kassensbericht der Gewerkschaftskommission. Der zweite Teil gibt Aufschluß über die Tätigkeit des Berliner Arbeitersekretariats auf dem Gebiet der Unfall-, Kranken- und Invaliditätsversicherung, sowie der Arbeiterschutzgesetzgebung. Da der Bericht den Delegierten gedruckt rechtzeitig zugegangen war, konnten sich die Sekretäre auf einige Erläuterungen beschränken. Für den ersten Teil berichtete Ritter. Redner bemerkte einleitend: Wenn der Bericht erst heute erschienen ist, so liegt es hauptsächlich daran, daß es mehr als schwer hält, von einigen Organisationen Mitteilungen über das abgelaufene Geschäftsjahr zu erhalten. Hoffen wir, daß diese Anregung für die Zukunft dazu dient, die Berichte der Organisation der Gewerkschaftskommission rechtzeitig einzusenden. Bei der Berichterstattung über das Innungswesen teilte der Redner mit, daß die Klagen über das rigorose Gebahren der Sekretäre des Bureau des Innungsschiedsgerichtes in der Brüdenstraße nicht abgenommen, im Gegenteil zugenommen haben. Sollte eine Besserung zum guten nicht eintreten, dann müsse einmal der Weg bei der Aufsichtsbehörde beschritten werden. Zum Kassensbericht der Gewerkschaftskommission, der für das Jahr 1905 mit einer Einnahme von 416 296,25 Mark, der eine Ausgabe von 402 040,90 Mark gegenübersteht, abschließt und am 1. Januar 1906 einen Bestand von 14 255,95 Mark aufweist, gab Rörste einige Erläuterungen. Den Tätigkeitsbericht des Berliner Arbeitersekretariats erläuterte Zippel. Eine eigentliche Debatte über die Berichterstattung wurde nicht bestritten. Dagegen wurde von Riebach (Widdauer) gewünscht, denjenigen Gewerkschaften, die des Interesses wegen den Bericht in höherer Anzahl wünschen, entgegenzukommen. Von den Sekretären wurde hierzu bemerkt, daß dieses bereits in den früheren Jahren geschehen und auch ferner so gehandhabt werden soll. Eine Anstache Hebers (Schuhmacher) wurde durch Beantwortung durch Rörste erledigt. — Die Wahlen zum Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission hatten folgendes Resultat. Es wurden wiedergewählt: Heidemann (Bauarbeiter), Raach (Holzarbeiter), Börner (Tabakarbeiter); neu gewählt wurden: Brückner (Grubeur), Harimann (Metallarbeiter), Neumann (Fuhrer), Siring (Schmied). Als Revisoren wurden Weber (Schuhmacher), Leopold (Holzarbeiter) und Wukli (Städtischer Arbeiter) gewählt. Da von den alten Revisoren keiner zugegen war, konnte Verrechnung nicht erfolgen. Rörste teilte mit, daß sich das englische Handelsministerium an die Kommission gewandt habe, um eine Enquete über die Einnahmen und Ausgaben einer Arbeiterfamilie zu veranstalten. Die Angaben

sollen sich nur auf die Lebensmittel, die Wohnungsmiete und Steuern beschränken. Der Ausschuß habe geglaubt, dem Wunsch Rechnung tragen zu müssen. Dem Wunsch wurde debattelos zugestimmt. Bolljahn (Barbier) berichtete über die Lohnbewegung der Barbier und forderte die Delegierten auf, den Vorschlag über diejenigen Geschäfte, welche die Forderungen der Barbier nicht anerkennen, auszusprechen. Hierzu wurde folgende Resolution angenommen: „Die Delegierten der Berliner Gewerkschaftskommission erkennen an, daß die Lohnbewegung der Barbier und Friseurgehülfen durch das Verhalten der Arbeitgeber notwendig ist, da letztere versuchen, die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Die Delegierten verpflichten sich daher, in ihren Gewerkschaften dafür einzutreten, daß nur diejenigen Geschäfte in Anspruch genommen werden, welche die Forderungen der Gehülfen bewilligt haben.“ Diese Resolution soll indessen erst dann in Kraft treten, wenn der Aktionsausschuß von Berlin zum Vorkopf seine Zustimmung erteilt hat. Schulz (Schneider) wies auf die am 22. d. M. stattfindenden Delegiertenwahlen für die Ortsliste der Schneider und Schneiderinnen Berlins hin und forderte die Anwesenden auf, ihre Frauen usw. soweit dieselben in der Ortsliste der Schneider und Schneiderinnen verzeichnet sind, für die Wahl zu interessieren. Ratz (Steindrucker) berichtete über die am 19. d. M. geplante Aussperrung in den Steindrucker- und Lithographiebetrieben. Durch diesen brutalen Gewaltakt soll die Vereinigung des Verbandes erreicht werden. Es wird nicht wegen erhobener Lohnforderungen ausgesperrt, sondern die Arbeiter sollen aus dem Senfelerbund (Verband der Steindrucker und Lithographen) austreten und einen daraufragenden Neben unterschreiben. — Ratz berichtete über die Buchbinderaussperrung. — Hierauf war die Tagesordnung erledigt und die Versammlung wurde geschlossen. — In dieser Versammlung fehlten die Delegierten der folgenden Gewerkschaften: Asphaltreue, Buchdrucker, Stereotypreue, Glaschleifer, Bretterträger, Handels- und Transportarbeiter, Handhutmacher, Zementierer, Musiker, Schlächter, Steinarbeiter, Steinseher, Tapezierer, Xylographen.

Klagen über die Firma Vintsch. Die Arbeiter der Firma Julius Vintsch, Gasmesserwerke, versammelten sich am Mittwochabend in den „Andreasjalen“, um mit ihren Klagen über diese Firma vor die Öffentlichkeit zu treten. Große Entrüstung hatte die Entlassung des Arbeiters Paul Welter hervorgerufen, der sich das Mißfallen der Betriebsleitung zugezogen hatte. Er wurde verantwortlich gehalten für die Inschrift auf der Schleiße des Märztranges, den die Arbeiter der Firma den Gefallenen der Revolution von 1848 am 18. März widmeten. Es wurde behauptet, daß die Inschrift lautete: „Die Firma Vintsch den Märzgefallenen“, während es in Wirklichkeit hieß: „Die Arbeiter der Firma Vintsch“. Eine Kommission wurde wegen Paul Welters Entlassung, die am 11. April stattfand, vorstellig, aber ohne Erfolg. Paul Welters Hauptverbrechen war, daß er für die Organisation unter den Arbeitern eintrat. Auch die Kommission mußte es fühlen, daß ihr Eintreten für den gemäßigten Kollegen als ein Verbrechen galt. Zuerst wurde der Sprecher entlassen und dann folgten zwei andere Mitglieder der Kommission. Mit scharfen Worten geistelte der Referent des Abends, Handke, das Verhalten der Firma, mit dem frommen Geheimrat Vintsch an der Spitze, noch in mancher anderen Weise. Mit den „humanitären Einrichtungen“ bei jener Firma ist es auch recht eigentümlich bestellt. Da ist z. B. eine Zuschußkasse für Krankheitsfälle. Nun haben die Arbeiter aber bemerkt, daß man versucht, diejenigen zu entlassen, die krank werden; es wurden Leute als entlassen gemeldet, weil sie krank sind. Die Zahl der Kranken ist in diesen Betrieben eine größere als anderswo, ein Zeichen, wie sehr die Gesundheit der Leute durch die Arbeit angegriffen wird. Beschweren sich die Arbeiter über Mängel in den sanitären Einrichtungen, so werden sie abweisend behandelt. Wie in Berlin, so ist es auch in den Filialen der Firma Vintsch; so sind aus Breslau schon viele Klagen gekommen. Das beste Mittel zur Abhilfe liegt in einer selbstgeschlossenen Organisation, und es muß Aufgabe der Arbeiter sein, ihre Organisation so zu stärken, daß sie aktionsfähig wird. — In etwa 8 Wochen wird wieder eine Versammlung stattfinden, in welcher bestimmte Beschlüsse gefaßt werden sollen.

Die Vereinigung der Maser usw. (Fisiale Berlin) hielt am Donnerstag in der „Neuen Welt“ eine Versammlung ab, in der nochmals sehr ausgiebig über den Verlauf des letzten großen Streiks debattiert wurde. Es stand folgende Resolution zur Abstimmung. Die bereits in der vorigen Versammlung eingebracht war, damals aber wegen Verjaugung nicht zur Abstimmung gelangte: „Die heutige Versammlung kann das Verhalten der Verwaltung bei der Führung des Streiks nicht billigen und erwartet, daß die beamteten Verwaltungsmitglieder ihre Verwaltungämter in die Hände der Kollegen zurücklegen.“

Nach Mitternacht wurde diese Resolution mit allen gegen fünf Stimmen abgelehnt. Die Abrechnung für das I. Quartal ergab eine Bilanzierung der Hauptkasse in der Summe von 22 972,25 Mark. Die Nebenkasse hatte eine Einnahme von 53 016,74 und eine Ausgabe von 29 426,33 Mark, so daß ein Bestand von 23 500,41 Mark verblieb.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
IV. Berliner Reichstagswahlkreis
Görlitzer Viertel.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Bildhauer
Paul Heyse
wohnhaft Grünauerstraße 3
(Stadtbekannt 111)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. Mai, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um zahlreichere Beteiligung ersucht
243/8
Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 21. d. M. verstarb unser Mitglied, der Maurer
August Block
Strahburgerstr. 43.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Lichtensberger Friedhofes, Bornikerstraße, aus statt.
Um zahlreichere Beteiligung ersucht
248/8
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Maurer
Hermann Semmrich
am Dienstag, den 22. Mai, nach langem, schmerzlichen Leiden im 55. Lebensjahre sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus Roßblü aus nach dem Gemeinde-Friedhof in Lichtenberg, Krugstraße, statt.
Die trauernde Witwe
Anna Semmrich nebst Kindern

Arbeiter - Raucher - Bund
Berlins und Umgegend.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Bundesmitglied
Franz Dörfer
aus Klub „Cavanna“, Rowaues-Neudorf, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Neudorfer Kirchhofes aus statt.
281/8
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß am 21. Mai unsere liebe, unvergessliche Tochter
Klara Stumpe
gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute Donnerstag 4 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Zuffen-Kirchhofes, Rixdorf, aus statt. 1987b
Die trauernden Hinterbliebenen:
Herrn. Stumpe, Restaurateur, nebst Frau.

Dankfagung.
Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Vaters, des Kupfers
Karl Wiesner
sagen wir allen Freunden und Bekannten, sowie dem Gesangsverein der Rixdorf ganz besonders unseren herzlichsten Dank. 2012b
Die trauernden Hinterbliebenen
Wih. Wiesner,
Moritz Wiesner und Frau.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Bildhauer
Paul Heyse
am 12. Mai nach langer Krankheit verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. Mai, nachmittags um 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
86/8
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der
Tapezierer Deutschlands.
Filiale Schöneberg.
Hiermit zur Nachricht, daß am 17. Mai unser Mitglied
Georg Merlich
im Alter von 21 Jahren aus dem Leben geschieden ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Kirchhof der Luther-Gemeinde in Panitzsch statt.
281/8
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
Bezirk Lichtenberg.
Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maurer
Hermann Semmrich
am Dienstag, den 22. Mai, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. Mai, nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus Roßblü nach dem Gemeinde-Friedhof Lichtenberg, Krugstraße, aus statt. 14/6
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Hiermit zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Malermeister
Gustav Heinze
am 22. Mai verstorben ist.
Die Beerdigung findet Freitag, den 25. Mai, nachmittags 3 Uhr, auf dem neuen Johanns-Kirchhof in Plöcken statt.
Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Am 22. Mai starb meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Emma Kohn
geb. Behrend
nach schweren Leiden im 26. Lebensjahre.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Moritz Kohn.
Die Beerdigung findet Freitag, den 25. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des städtischen Gemeinde-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 1988b

Alle Wanzen
werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. — 30 Pf. u. 1.00. — Gegen Schwaben, Rissen, Franzosen, Blattläuse usw. Schachtel 30 Pf., 60 Pf. u. 1.00. 1286c
Zahlreiche Anerkennungen. —
1000 Mark Belohnung
gibt demjenigen, der mir einen Nistort nachweist. Nur allein gibt es **Hugo Barth**, Drogerie, Lichtstr. 14, Kräger Pl. 64.

Franz- und Blumenbinderei
von **Robert Meyer**,
nur **Mariannen-Str. 2**

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels, **Ernst Kuhnert**, sagen wir allen Bekannten, insbesondere dem Genossen des 3. Kreises unseren herzlichsten Dank. 2011b
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.
Dem Deutschen Holzarbeiterverband sowie sämtlichen Freunden und Kollegen meines verstorbenen Mannes sage ich für die herzliche Teilnahme am Begräbnis des Verstorbenen meinen besten Dank.
Wwe. Auguste Jänicke
2004b geb. Ziegler.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung unseres Sohnes und Bruders **Alfred Zesch** sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere seinem Onkel, Herrn **Georgmann** sowie dem Personal dem Verband der Buch- und Steindrucker, Deutschlands und Herrn **Kurt** Böhme für seine liebevollen Worte am Sarge des Entschlafenen unseren innigsten Dank. 1988b
Die trauernden Eltern nebst Brüdern.

Extra-Unterstützungs-Kasse
für
Buchbinder und verw. Gewerbe.
Sonntag, 27. Mai, vorm. 10 Uhr, bei Zippel, Reichstr. 15:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung der Protokolle. 2. Antrag des Vorstandes betr. Erhebung einer Extrasteuer von 5 Pf. pro Woche für die Zeit vom 1. Juli 1906 bis 31. März 1907. 3. Bericht über den Kassenzustand. 1984b
Der Vorstand.
J. U. N. Herzoff, Vorsitzender.

Bestes Preiszahlungs-Geschäft
für
Klein-Laden. Brennabor-
Räder. :: Güstige Bedingungen. ::
Berlin SO.,
Louis Garth, Brückenstr. 10a pt.

Teures Fleisch — billige Seefische!!

Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährwert sich auszeichnend!
Riesenfänge unserer Dampfer ermöglichen billigste Preise.

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.

Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8804.
Seefisch-Kochbücher gratis.
Verkaufs-Niederlagen:
Prinzenstraße 30 | Madaistraße 22 | Landsbergerstraße 52-53
(am Moritzplatz) | (im Schlesischen Bahnhof) | (der Kurzenstr. gegenüber)
Vom Mai bis August inkl. bis 8 Uhr abends, außer Sonnabends, geöffnet.

Pf. per Pfd.
Großer Schellfisch mit Kopf 23
im Anschnitt 30 Pf.
Cabliau ohne Kopf } 20
Seelachs mit Kopf }
im Anschnitt 25 Pf.
Bratschellfische } 20 Pf.
Bratflundern } 3 Pfd. 50 Pf.
Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Deutschlands größtes Spezialgeschäft für **Bettfedern**
Erste Bettfedernfab. m. elekt. Betrieb
Gustav Lustig
BERLIN S. Prinzenstr. 43
verleiht geg. Nachnahme garantiert neue und gut entklaubte, gut füllende Bettfedern v. 1/2 D. M. 0,35-1,00-1,25; prima Halbdaunen M. 1,75; Gänsefedern M. 2,00; prima weiche Gänsefedern M. 2,50-3,00-3,50; echt dän. Monopolbaunen M. 2,25, echt russisch. Matas M. 2,50; Gänsefedern M. 2,50.
Von den Baunen gemüßig 2-4 Pfd. zum groß. Oberbett. — Gänsefedern (s. Reihen) M. 0,60 per Pfund; Gänsefedernschichtfedern, wie sie von der Gans fallen, mit allen Daunen M. 1,50. Proben und Preisliste gratis. Umtausch oder Rücksendung gestattet. Verpackung tollentf. **Bestjähriger Umsatz über 2000** Zentner Bettfedern, von keinem zweiten Bettfederngeschäft erreicht.

Neu eröffnet!
Schönholz
Kastanienwäldchen.
Konzert-Saal und Garten.
2 Minuten von der Bahnstation Schönholz, 3 Minuten von der Endstation der elektrischen Straßenbahn.
Zu den bevorstehenden Sommerfesten empfehle ich den geehrten Vereinen und Gesellschaften meinen vollständig neu renovierten Parkettsaal mit Theaterbühne, 340 qm groß, samt großen schattigen Garten, 1500 Personen fassend, mit zwei verdeckten Regelbahnen zur gefl. Benutzung. Jeden Sonntag: **Großer Ball** bei kurz belegtem Orchester. **Große Kaffeefache.**
10222
Hermann Ramlow.

Herrenfragen, rein fein. 4f. beste Qualität. Th. M. 3 u. 3,50.
Manschetten, prima. 4fach 1/2 Th. M. 2,00 und 2,50.
Terbiten, größte Auswahl Stück von 35 Pf. an.
Krawatten, Handschuhe, Hosenträger, Taschentücher, Hemden, Strümpfe etc.
Detailverkauf zu Engros-Preisen.
Ernst Marcuse
23. Münzstraße 23.

Steppdecken
1327L.
Gelegenheitskauf!
Bunt Kattun Ersatz für Deckbett 2,85
Similiseide in den Farben rot, blau, oliv 4,85 6,75
Wolltias 5,25 7,50
Bunte Normal-Schlafdecken 1,50 2,50 3,50
Wolldecken ganz dick fehlerhaft 3,00 4,00
Spezial-Haus **Emil Lefèvre,**
Oranienstraße 158. Berlin S.

Gelegenheits-Kauf!
Nach beendeter Saison Freiabsetzung bis zu **33 1/3 %**
Teppiche v. M. 4,50, 8, 12,50, 24, 30, 45 usw.
Gardinen v. M. 2,10, 3,50 u. 7,50, 9, 12 usw.
Portieren v. M. 6, 6,75 u. 11,50 usw.
sowie Steppdecken, Tisch- u. Diwanddecken, Läufer- und Möbelstoffe etc.
Teppich-Adler
Königstrasse 20-21, a. d. Jüdenstr.

Obstweine zur Kur
Fruchtsäfte
etc.
Maitrank
bester Zubereitung, kräftig und wohlschmeckend
per Flasche 60 Pf.,
10 Flaschen Rmk. 5,50,
25 Flaschen Rmk. 12,50,
empfehle und versende als besondere Spezialität
Georg Andree
BERLIN C.
Prenzlauerstr. 12
Verlangen Sie Preisliste!

Spezialhaus: Uhren Riesen-Auswahl.
Ohne Anzahlung!
R. Hartmann
2, Brücken-Strasse 2.
Für Realität bürgt 18jähriges Bestehen der Firma, nicht mit kleinen, minderwertigen Geschäften zu verwechseln. Berlin. Begründet 1887. Hannover.
Reichels Universal-Magenpulver
Magenstärkend, die Verdauung unterstützend, stark appetitanregend.
Stets prompt in seiner Wirkung.
Dose M. 1.—, 3 Dosen M. 3.50 (inkl. Berl.).
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.
Gewerkschaftskartell
von Hamburg-Altona.
Anlässlich unseres bevorstehenden Umzuges nach dem Gewerkschaftshaus offerieren wir zwecks Räumung das 576 Seiten starke Buch: **Die Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe von 1865 bis 1890** portofrei gegen Einzahlung von 70 Pf., Gänsemarkt 35, II * 295/10*

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. gratis. ufr. H. Unger, Commiswarenfabrik Berlin NW., Friedrichstraße 11/12

Zahn-Klinik
Olga Jacobson,
Preise beliebige Teilzahlung. Invalidenstr. 145.

Hygien. Bedarfsartikel
Illustr. Proisl. frei.
Gustav Engel, Berlin 172, Potsdamer Straße 131.

Wer — Stoff — hat
fertige Anzüge nach Maß 20 M. **Labelloer** Eig. haltbare Futterstoffe. Bei Stofflieferung billige Preise.
Franke, Adersstraße 143, 587L.*
Ede Invalidenstraße.



WARENHAUS HERMANN TIETZ

LEIPZIGERSTRASSE — ALEXANDERPLATZ

Am Sonntag, den 27. cr., sind unsere Warenhäuser von 1 Uhr ab geöffnet.

Damenwäsche

Damenhemden	Hausstuch mit Achselverschluss	145
Damenhemden	mit Achselverschluss	175
Damenhemden	Passe mit Handstickerei	210
Damenhemden	aus Renforcé mit Stickerei und Borden	245
Damenhemden	mit Durchbrucharbeit und Stickerei-Motiven elegant garniert	350
Damen-Nachthemden	mit Stickerei-Jabot und Umlegekragen	425
Damen-Nachthemden	halbfrei m. Stickerei garniert	425

2 Posten	Damenhemden aus vorzügl. Renforcé	2 ⁶⁵ 3 ¹⁵
1 Posten	Pariser Batist-Damenhemden	2 ⁸⁵
	Beinkleider dazu passend	2 ⁸⁵
	Elegante Damen-Nachthemden	4 ⁸⁵ 5 ⁵⁰

Beinkleider	aus feinem Renforcé, Kaleform, mit Stickerei-Volants	140 175 200
Beinkleider	mit Durchbrucharbeit und Stickerei-Volant, Kaleform	270
Frisierkragen	mit Bordenbesatz	150
Frisiermäntel	mit reicher Bordenverzierung	240 325
Kurzer Rock	mit Spitzen-Einsatz und Spitzen-Volant	250
Rock	aus Louisianauch mit Spitzen-Volant	475

Strumpfwaren

Damenstrümpfe	engl. lang, schwarz, Fuss ohne Naht	30 Pf.
Damenstrümpfe	engl. lang, gewebt, Doppelsohle und Hochferse, schwarz, grau, lederfarbig	38 50 70 Pf.
Damenstrümpfe	Pil d'Ecosse, engl. lang, gewebt Doppelsohle und Hochferse	70 Pf.
Damenstrümpfe	engl. lang, gewebt, moderne Ringel	35 45 60 Pf.
Damenstrümpfe	Pil d'Ecosse, engl. lang, geringelt	70 Pf.
Damenstrümpfe	Pil d'Ecosse, Jacquard oder geringelt	80 90 Pf.
Damenstrümpfe	Pil d'Ecosse, ganz durchbrochen, schwarz und alle modernen Schuhfarben	80 Pf. 100
Damenstrümpfe	deutsch lang, schwarz und lederfarbig	48 65 Pf.
Herrensocken	schwarz, Fuss ohne Naht	28 Pf.
Herrensocken	Maco, Doppelsohle und Hochferse	38 45 60 Pf.
Herrensocken	geringelt	33 42 Pf.
Herrensocken	Pil d'Ecosse, geringelt	70 90 Pf.
Herrenschweisssocken	engl. Merino, Fuss ohne Naht	50 75 Pf.
Kinderstrümpfe	engl. lang, schwarz u. lederfarbig	
	Grösse 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10	25 28 32 35 40 45 50 55 60 65 Pf.

Herren- u. Kinder-Strohhüte

Herrenhüte	Curacao-Panama mit blau-weissem Band	190
Herrenhüte	engl. Geflecht	3 ²⁵ 2 ⁷⁵ 2 ⁰⁰ 1 ⁶⁵ 1 ²⁵
Herrenhüte	Matelots, dickes Geflecht	140 85 Pf.
Kinderhüte	Matrosenform, Ia. Qual., blau-weiss	165 weiss mit eleg. Schleife 185
Kinderhüte	Manila	235
Kinderhüte	Matelots, blau-weiss	200 125 70 Pf.
	Echte Panama's	22 ⁵⁰ 16 ⁵⁰ 13 ⁵⁰ 11 ⁵⁰ 9 ⁵⁰

Herrenwäsche u. Cravatten

Farbige Oberhemden	aus Percal	4 ²⁵ 3 ²⁵ 2 ⁴⁵
Farbige Oberhemden	mit Zephyr-Einsatz	5 ⁰⁰ 4 ⁰⁰
Farbige Oberhemden	durchgehend Zephyr	6 ⁵⁰ 5 ²⁵
Garnituren	„Percal“	185 115 90 Pf.
Sporthemden	mit festem Stehmuldekragen, weiss und farbig	450 350
Sportgürtel	in Westen und Schärpenform	175 140 110 90 Pf.
Cravatten	Schleifen mit vollen Binden, Bezates mit vollen Binden und Selbstbinder	65 Pf.

Tricotagen

Herrenhemden	Maco imitiert, alle Grössen	110
Herrenhemden	Maco, alle Grössen	155
Herrenhemden	Maco Ia, alle Grössen	195
Herrenhosen	Maco imitiert, alle Grössen	85 Pf.
Herrenhosen	Maco, alle Grössen	185
Herrenhosen	Maco Ia, alle Grössen	155
Herren-Netzunterjacken	30 35 40 45 Pf.	
	Baumwolle, 4 Grössen	
Herren-Netzunterjacken	50 60 70 80 Pf.	
	Prima, 4 Grössen	
Herren-Touristenhemden	220 240 260	
	Trikot mit Umlegekragen meliert, 3 Grössen	
Damencombinations	weiss, Baumwolle 3 Grössen	140 150 160
Reformbeinkleider	Leinen 275 Trikot 300 Satin 350	
Corsetschoner	weiss und farbig	12 18 25 35 Pf.
Touristen-Plaids		550 625 800
Plaiddecken		950 1500 1800
Damen-Plaids		165 225 350 550

Parlamentarisches.

Obstruktion gegen den schwedischen Handelsvertrag.

Die Kommission zur Beratung des deutsch-schwedischen Handels- und Schiffsverkehrsvertrages kam in ihrer gestrigen Tagung nicht einmal zum Abschluß der Generaldiskussion. Zentrum und Konservative machen es der Regierung nach Möglichkeit schwer, die Sache zum Abschluß zu bringen. Für sie gilt es, die Erledigung möglichst bis zum Herbst zu verschleppen. Für die Konservativen ist das Spiel mit „Zollreigen“ geradezu zum gewinnreichen Sport ausgeartet und so sind ihnen gegenüber auch in diesem Falle alle Vermunftgründe nicht durchschlagend. Was kümmert es sie, daß unser Export nach Schweden fast 147 Millionen und Schwedens Einfuhr nach Deutschland nur knapp 100 Millionen beträgt, das Mißlo auf unserer Seite also ein 50 Proz. größeres ist? Besonders richteten sich die Ausfälle der Konservativen gegen die Zollfreiheit für Freiselbeeren, sowie gegen die zollfreie Einfuhr von Pflastersteinen. Vorgeblich nahmen sie damit nur die Interessen zahlreicher Steinbrucharbeiter und der Freiselbeerzüchter wahr. In Wahrheit sind ihnen die Interessen dieser Leute, denen sie im Zuchertarif jeden Pfennig Brot verteuert haben, herzlich gleichgültig. Sie nehmen doch lediglich die Interessen der Großgrundbesitzer und Aktionäre wahr. Ist doch bei Einsetzung des Pflastersteinzolls von der Reichstagsmehrheit offen zugestanden, daß sie ihn einsehen, weil einige Steinbrüche nur 4 bis 5 Proz. Zinsen den Aktionären abwerfen. Unverblümt konnte seinerzeit in der Reichstagskommission dargelegt werden, daß die Steinbrüche und Steinschmelzen einiger Mitglieder, insbesondere eines herborragenden Mitgliedes des Zentrums daher rührten, daß Aktien, die sie im Besitz hatten, nur 5 Proz. abwarfen. Gerade beim Pflastersteinzoll entfuhr dem nationalliberalen Baasche das Gedächtnis, der Einwand, daß der Schutz Zoll kulturfeindlich sei, lasse sich so gut wie beim Pflastersteinzoll, der die Gemeinden belaste und Anlegen guter Straßen erschwere, gegen jeden Schutz Zoll erheben. Die Bemühungen des Zentrums und der Konservativen, den schwedischen Handelsvertrag wegen der Zollfreiheit auf Freiselbeeren und Pflastersteine zu hinterziehen, rufen uns folgenden Anspruch freisprechend ins Gedächtnis:

Als diese in gehässigen Klassienlämpfen vorgebildete Bourgeoisie die Hügel des Staats in die Hände nahm, da begann ein Regiment ständischer Selbstsucht, das manche Sünden des französischen Sozialismus entschuldigt. ... Frohlockend nennen die Fabrikanten und Kaufleute in der Kammer sich selber die Feudalherren der neuen Gesellschaft. Für das Elend des Kleinen Mannes hat die Staatsgewalt kein Auge. Er muß zusehen, wie ihm die unentbehrlichsten Waren verteuert werden durch Schutz zölle, deren Ertrag in die Taschen der Unternehmer wandert, und wird durch partielle Gesetze verhindert, mit vereinigen Kräften seine gerechten Ansprüche auf höheren Lohn durchzusetzen.

Gegen dieses System schamloser Geldgier betrachte man sich die Verhandlungen des Reichstags. War das die Sprache einer selbstthätigen Klasse, welche das gemeine Recht zugunsten ihres Ventels zu verbüßen trachtet? Wo ist nun die Keckheit zwischen diesen System schamloser Geldgier und unserem neuen Deutschen Reich? Wann hat denn jemals in Preußen eine wirtschaftliche Klasse den Staat für sich ausgebeutet, seit die Hohenzollern den ehernen Fels ihres Königtums errichteten? Ist dieser Sieger von Königgrätz

und Sedan etwa eine Puppe wie jener (französische) unfähliche Kaufmann aus dem Krämergeschlecht der Orleans? Würde ein Treitschke es heute wagen zu bestreiten, daß die Junler vom Schlot und vom Brot von der konservativen, der Zentrumspartei und der nationalliberalen Partei in Deutschland in ständischer Selbstsucht, schmutzigster Geldgier, Heuchelei und patriotischem Phrasengeklänge weit der gemeinschädlichen Bourgeoisie über sind, die je in Frankreich geherrscht hat? Die Regierung, als gehorsame Vollstreckerin der Junkerwünsche des Zentrums und der Konservativen, mag ein gelindes Grauen bei der wachsenden Gefährlichkeit ihrer Schötkinder beschleichen. Vorkäufig suchen die unartigen Kinder den Vertragsabschluß hinauszuziehen. Ob der Vork der Konservativen und Zentrumleute in der Kommission bei ihrer Absicht, den Vertrag bis zum Herbst zu verschleppen, beharren, wird fraglich angesichts der Drohung vom Regierungstische aus, den Reichstag eventuell nicht eher zu vertagen, als bis der deutsch-schwedische Handels- und Schiffsverkehrsvertrag fertiggestellt ist. Die nächste Sitzung, die auf Freitag angesetzt ist, wird die Entscheidung bringen.

Gesetze für artige Kinder.

Die Kommission des Reichstags zur Beratung von Anträgen für Aenderung des Handelsgesetzbuchs und der Gewerbeordnung hielt am 23. Mai die zweite Lesung ab, und beharrte auch jetzt noch auf ihrem Standpunkte, Klaffengesetze zu schaffen. Der Absicht, nur für artige Kinder Gesetze zu machen, gab der Abg. Wassermann bei der ersten Lesung der Anträge im Plenum des Reichstages am 7. März drastisch in folgenden Worten Ausdruck:

„Ich möchte schließen mit dem Hinweis darauf, daß in diesen deutschen Handlungsgesellschaften und Technikerverbänden es sich in weitaus überwiegendem Maße handelt um staatserkaltende, reichstreue Elemente, um Elemente, die auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehen.“

Dieser neuen Mittelstand soll die Verbitterung nicht in die Arme der Sozialdemokratie führen — darum der große Eifer für das Wohl der Handlungsgesellschaften und technischen Angestellten. Die sozialdemokratischen Abgeordneten brauchten um die Gunst dieser Kreise nicht zu werben; sie schaffen nicht Gesetze aus Liebe oder Abneigung zu bestimmten Kreisen, sondern nach dem Gesichtspunkte, ob die betreffenden Gesetze vernünftig sind oder nicht.

Auch in der zweiten Lesung wurde der Antrag einstimmig angenommen, daß die Vergünstigung des § 63 Absatz 1 des G.-G.-V. zwingenden Charakter haben soll.

Die Fortzahlung des Gehalts während Krankheit und militärischer Übungen, Zahlung des Gehalts am Schlusse des Kalendermonats, Beschränkung der Konkurrenzklause wurde wieder einstimmig für die technischen Angestellten beschlossen. Ebenso wurde die Zuständigkeit der Gewerbegerichte auf die technischen Angestellten mit über 2000 M. Jahresarbeitsverdienst beschlossen. Verschlechtert wurde die Konkurrenzklause, die nach einem Antrage Wassermann nicht auf die technischen Angestellten beschränkt sein soll, deren Jahresarbeitsverdienst 8000 M. übersteigt. Abgelehnt wurde der Antrag, die Vorschriften der Gewerbeordnung auf technische Angestellte in Nebenbetrieben der Landwirtschaft auszudehnen.

Einen neuen Antrag, dem § 616 B.-G.-V. zwingenden Charakter zu geben, hatten die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission, weil ausstichlos, nicht gestellt. Dagegen hatte der Abg. Vothhoff einen abgeschwächten Antrag eingebracht, der den § 616 B.-G.-V. insoweit zum zwingenden Recht umgestalten wollte, als es sich um Fortzahlung des Lohnes wegen Krankheit handelt. Auch hiergegen erhoben Regierungsvertreter und die Abg. Wassermann und Schaf die Bedenken: daß

der Antrag undurchführbar sei, wenn nicht eine Minimalabfindungsfreist gesetzlich festgelegt werde. Abg. Lipinski wies darauf hin, daß aus wirtschaftlichen Gründen heute für die Arbeiter in den meisten Fällen schon die Abfindungsfristen ausgeschlossen und darum die Befürchtungen gar nicht zutreffend seien. Er machte weiter darauf aufmerksam, daß viele Betriebe den § 616 B.-G.-V. nicht ausschließen, sondern nur die Fristen, für welche der Lohn fortgezahlt werden soll, festgesetzt haben. Es komme somit der event. zwingende Charakter des § 616 B.-G.-V. nur einem verhältnismäßig kleinen Kreise von Personen zugute und könne deshalb anerkannt werden. Gegen die Stimmen des Polen v. Grabski, der Abg. Vothhoff, Lipinski, Siedermann wurde der Antrag Vothhoff abgelehnt.

Eine größere Debatte entfesselte die von den sozialdemokratischen Mitgliedern gestellte Resolution: die Zuständigkeit der Gewerbegerichte auf Diensthboten, Arbeiter in Betrieben der Landwirtschaft, Bureauangestellte sowie auf Arbeiter und Angestellte der Straßenbahnen, zunächst unter Einwirkung besonderer Abteilungen, auszudehnen.

Abg. Lipinski begründete die Resolution. Die in Frage kommenden Personenzreise bedürften des schnellsten, billigen Rechtsschutzes notwendiger als höher bezahlte Angestellte. Die Voraussetzungen für die Zuständigkeit der Gewerbegerichte seien hier ebenso gegeben wie bei den gewerblichen Arbeitern, § 6 B.-G.-D. nehme die Eisenbahnen von den Vorschriften aus. Zu den Eisenbahnen würden auch die Straßenbahnen gerechnet, obgleich bei Schaffung der Gewerbeordnung sicher niemand daran gedacht habe, die schlecht entlohnnten Angestellten der Straßenbahnen von der Gewerbeordnung auszunehmen. Den Straßenbahnangestellten fehle die Beamtencharakter, sie seien also im vollen Sinne gewerbliche Arbeiter. Ueberhaupt müsse man dazu kommen, alle Streitfragen aus dem Arbeitsvertrag besonderen Gerichten — wie die Gewerbegerichte — zu übertragen.

Der Abg. Trimborn stand dem Antrage zwar sympathisch gegenüber, hatte aber die Bedenken, daß die genannten Kreise nicht unter das Recht der Gewerbeordnung fallen. Im übrigen sollte man die Frage der Entwidlung überlassen. — Der Abg. Vothhoff wollte nur das Prinzip des Antrages anerkennen. — Abg. Lipinski erklärte, daß der Antrag die Entwidlung gerade beschleunigen wolle; denn seit der letzten Gewerbegerichtsnovelle seien bereits sechs Jahre ins Land gegangen, ohne daß etwas Weiteres getan worden wäre.

Der Regierungskommissar Koch erklärte, daß die Regierung dem Antrage unter keinen Umständen zustimmen könne.

Gegen die Stimmen der Abg. Vothhoff, Lipinski und Siedermann wurde die Resolution abgelehnt.

Automobilkommission.

Die Kommission zur Vorbereitung des Automobilgesetzes beendete gestern die zweite Lesung. Die Regierungsvorlage wurde im wesentlichen angenommen, jedoch ein Zusatzantrag zur Lage mit einer Stimme Mehrheit angenommen, der die Strafen für Polizeiverstöße ungeheuerlich erhöht wissen will. Auf die Kommissionsberatungen kommen wir noch zurück. Die zweite Lesung in der Kommission soll im November stattfinden.

Eingegangene Druckschriften.

Ludwig Velsen. Die Weitenhauer der Adria. Ein Liebesroman. 45 Seiten. E. Verlags Verlag. Dresden. Preis 80 Pf. Von der „Neuen Gesellschaft“, sozialistische Wochenchrift. Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Lili Braun (Verlag Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M., in sieben das 21. Heft erschienen.

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt Belle-Allianzstrasse Gr. Frankfurterstrasse Brunnenstrasse

Corset „Geisha“

Spezialmarke der Firma:



Gürtelfaçon 1.95

aus hellgemustertem Jacquard in vielen Farben.

Gerade Front 2.95

für schlanke Figuren besonders geeignet.

Frackfaçon I 3.95

Frackfaçon II 5.95

Zwickelform, hochelegante Ausstattung.

Versandhaus Germania

seit 18 Jahren 463L* Unter den Linden 21, II - Fahrstuhl. neben der Passage.

Zweiggeschäfte unterhalten wir nicht.

Hochvornehme Herren-Paletots und Anzüge

aus feinsten Maßstoffen 25 bis 40 M.

hochelegante Beinkleider 9 bis 12 M.

Vorjährige Herrengarderoben wesentlich billiger.

Tadellos Sitz

Vornehme Fassons

Sacco - Anzüge

Viele Tausende Exemplare neuester Moden.

Nur eigene beste Fabrikation.

Unübertroffene, vollendete Auswahl in aparten, reichhaltigsten Sortimenten bewährter Erzeugnisse.

50.- 45.- 40.- 36.- 33.- 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15 Mk.

Vornehme Mass-Anfertigung

aus erstklassigen Fabrikaten, in sauberster Ausführung, von tadellosem Sitz, in kleidsamer Fassons zu niedrigen Preisen.

Baer Sohn

Spezialhaus grössten Massstabes

Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11 Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog Nr. 29 (Frühjahr u. Sommer) wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Nächsten Sonntag bis nachmittags 6 Uhr geöffnet.

Der Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Kene freie Volkssbühne. Donnerstag, 24. Mai, nachm. 3 Uhr: 6. Abteilung im Schiller-Theater N: Zapfenstreich.

11. und 12. Abteilung im Schiller-Theater O: Die Nacht der Himmelsfahrt.

Nachmittags 2 1/2 Uhr: 3. Abt. im Deutschen Theater: Das Kästchen von Heilbrunn.

1. Abteilung im Neuen Theater: Doppelfeldmord.

Donnerstag, den 24. Mai Anfang 7 1/2 Uhr:

Opernhaus. Der Fischerking. Freitag: Die Reiterfinger von Nürnberg. Anfang 7 Uhr. Schauspielhaus. Maria Magdalena. Freitag: Die Kuthows. Neues Opernhaus. Der Zigeunerbaron. Freitag: Ein Kosakenball. Deutsches. Der Graf von Charolais. Freitag: Der Kaufmann von Venedig.

Neues. Orpheus in der Unterwelt. Freitag: Diefelbe Vorstellung.

Anfang 8 Uhr:

Westen. Die Fledermaus. Nachm. 3 Uhr: Jar und Zimmermann. Freitag: Der Troubadour. Schiller O. (Schiller-Theater.) Der Militärstaat. Nachmittags 3 Uhr: Die Nacht der Himmelsfahrt. Freitag: Der Militärstaat. Schiller N. (Kriegs- u. Schauspielhaus.) Das Lumpengesindel. Nachmittags 3 Uhr: Zapfenstreich. Freitag: Das Lumpengesindel. Verling. Das Lebensfest. Freitag: Diefelbe Vorstellung. Aieines. Ein Dealer Gatte. Freitag: Diefelbe Vorstellung. Berliner. Die lustige Witwe. Freitag: Diefelbe Vorstellung. Komische Oper. Hoffmanns Gräbungen. Freitag: Die Bohème. Residenz. Liebeskunst. Freitag: Diefelbe Vorstellung. Zentral. Boccaccio. (Anf. 8 1/2 Uhr.) Freitag: Die Puppe.

Antivielhaus. Die von Hochsattel. Freitag: Diefelbe Vorstellung. Trianon. Laulu. Freitag: Diefelbe Vorstellung. Dalia. Hochpartiere links. Nachmittags 3 Uhr: Nathan der Weise. Freitag: Hochpartiere links. Metropol. Anf. ins Metropol. Freitag: Diefelbe Vorstellung. Deutsch-Amerikanisches. Arme Mädchen. Freitag: Diefelbe Vorstellung. Kasino. Madame Bonivard. Nachmittags 4 Uhr: Arbeit schändet nicht. Freitag: Madame Bonivard. Apollo. Das blaue Bild. Spezialitäten. Freitag: Diefelbe Vorstellung. Geel Bericht. Aus altem Geschlecht. Freitag: Diefelbe Vorstellung. Haus. Das Wunderkind. Familie Demitien. Freitag: Diefelbe Vorstellung. Wintergarten. Tortajada. Spezialitäten. Freitag: Diefelbe Vorstellung. Passag. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Freitag: Diefelbe Vorstellung. Urania. Taubens. Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtssonne. Morgen: Diefelbe Vorstellung. Sternwarte. Invalidenstr. 57/52. Heute am Himmelsfahrstage Eintritt: 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. Nachmittags ab 4 Uhr: Militär-Doppel-Konzert. Berliner Aquarium. Unter den Linden 68a. Eingang Schadow-Strasse No. 14. Heute Himmelsfahrt Eintrittspreis 50 Pf. Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Seetieren, Reptilien etc. 126/5. WINTERS GARTEN 7 6 5. TORTAJADA. Spanische Tänzerin u. Sängerin. Narro Bros., komische Radfahrer. Desrosches-Bianca, französ. Duett. Die Hartleys, Springer. Breina, Pariser excentr. Sängerin. Patsy Frank-Truppe, Akrobaten. König Oskar, englisches Ballett. Imro Fox, Illusionist. Die Brittons, Neger-Sänger und Tänzer. De Die, Phantasie-Tänzerin. Die Perseus, Kugelspieler. Der Biograph.

Bernhard Rose-Theater. Gesundbrunnen, Badstraße 58. Heute: Große Garten-Vorstellung. Trudens Sommerreise. Original-Lustspiel in 4 Akten von Edgar Büchel. Kuffr. erstklassiger Spezialitäten. Olga Verdi, Kostumobdient. Müller-Rämer, Instrumentalluminant. Robin, Handstandkünstler. Prof. Rooderts, Jamburkünstler. Max und Moritz, Barrenkombination. Im Saale: **Großer Ball.** Anfang der Vorstellung 5 Uhr, des Konzerts 4 Uhr. Trianon-Theater. Anfang 8 Uhr: Laulu.

Belle-Alliance-Theater. Anfang 8 Uhr. Parquet 1.50 Mk. Abends nach Neune! Im herrlichen Sommergarten. Anfang 4 Uhr. Spezialitäten ersten Rangos. Anfang 6 Uhr. Entree 50 Pf.

Sanssouci. Kottbuser Straße 4a. Dr. Wilhelm Reimer. Der Garten ist eröffnet. Heute Himmelsfahrt: Dr. Extra-Elite-Soiree glänzendes Programm v. Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Frühlingkränzchen. Sommerpr. Entree 30 Pf., man. 30 Pf. Heute Anf. d. Konz. 5. d. Vort. 7 Uhr.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang heute 7 1/2 Uhr.

Neu eröffnet! Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis) Theater lebender Photographien mit abwechselnd. Anormitäten-Progr. Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs. Daher täglich neueste Bilder. Den ganzen Tag Vorstellung. **Otto Pritzkow,** Münzstraße 16.

Armin-Hallen Kommandanten-Strasse 20. Fest-Sale. Vortanzzimmer in beheizter Saal. 1000 Personen fassender Naturgarten zur Abhaltung von Sommerfeste usw. Der große Saal ist an einig. Tagen der Woche zu beheizter Verammlungen zu vergeb. Gebr. Melitz. Tel.: Amt 1 9885.

Theater des Westens (Station Zoolog. Garten), Rantstr. 12. Donnerstag (Himmelsfahrt) nachmittags 3 Uhr, halbe Preise: Jar und Zimmermann. Abends 8 Uhr: Die Fledermaus. Volkstümliche Preise. Freitag: 28. Vorstellung im Festtags-Kommement: Der Troubadour. Volkstümliche Preise. Anfang 8 Uhr. Sonnabend: Josef in Ägypten. Volkstümliche Preise. Anfang 8 Uhr.

Zentral-Theater. (Operette) 8 1/2 Uhr keine Preise: **Boccaccio.** Freitag: Puppe. Kleine Preise.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Die von Hochsattel.

Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: **Liebeskunst.** Komödie in 3 Akten v. Leon Xantof und Michel Carré.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67/68. Jeden Abend 8 Uhr: **Arme Mädchen.** Von Adolf Philipp.

Metropol-Theater Anfang 8 Uhr. **Anf - in's Metropol!** Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater. 9 1/2 Uhr heute 9 1/2 Uhr: **Das blaue Bild.** Phantastie in 1 Akt v. Bolton-Bäcker. Musik von Paul Lincke. **10 Uhr:** Ein Abend in einem amerikanisch-Cingel-Cangel. Stürmisch-ununterbrochenes Lachen **Carl Weiß-Theater.** Or. Franzfurterstr. 122. Zum vorletzten Male: **Aus altem Geschlecht.** Schauspiel in 5 Akten v. H. Gerke. Anfang 8 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung. Sonnabend zum erstenmal: Der Weg des Märtyrers. Heute im Garten Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Dannewitzstr. 16. **Durch Nacht zum Licht.** Lebensbild in 2 Akten von Scobie Borden. Die Liebe auf den ersten Blik. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Post. Bei schönem Wetter: Vorstellung im Garten.

Fröbels Allerlei-Theater Schönhauser Allee 143. Jeden Sonntag 4 Uhr: **Konzert, Theater, Spezialitäten.** Im Saale: Tanz. Donnerstag, 24. Mai (Himmelsfahrt): **Große Extra-Vorstellung.** Bei unangenehmem Wetter findet die Vorstellung im Saale statt.

Kasino-Theater Zeilingerstr. 37. Täglich 8 Uhr. Sensationeller Erfolg! **Madame Bonivard.** Dazu das brillante Abschiedsprgr. Montag, 28. Mai: Schlussvorstellung. Sonntag 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

Passage-Theater. Anfang 8 Uhr. Das neue **Mai-Programm** 14 erstklassige Spezialitäten.

Etablissement Buggeuhagen Moritzplatz. Täglich im Garten bzw. in den unteren Sälen. **Gottschalk Freikonzert** Mittwoch u. Sonnabend: Freitanz.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Kallner-Theater). Donnerstag nachm. 3 Uhr: **Die Nacht der Finsternis.** Schauspiel in 5 Akten v. Leo R. Tolstoj. Deutsch von Raphael Löwenfeld. Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der Militärstaat.** Lustspiel in 4 Aufzügen von Gustav v. Moser und Hugo v. Trotha. Freitag, abends 8 Uhr: **Der Militärstaat.** Sonnabend, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: Jugendliebe. Hierauf: Dienstboten.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.) Donnerstag nachm. 3 Uhr: **Zapfenstreich.** Drama in 4 Aufzügen von Franz Adam Beneck. Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr: **Das Lumpengesindel.** Tragikomödie in 3 Aufzügen von Ernst v. Wolzogen. Freitag, abends 8 Uhr: **Das Lumpengesindel.** Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr: **Das Lumpengesindel.** Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

Freie Volksbühne. Heute **Donnerstag, den 24. Mai (Himmelsfahrstage)** 9/10. Abteilung I und 14/15. Abteilung II und **Sonntag, den 27. Mai, nachmittags 9 1/2 Uhr:** Metropol-Theater. 11./12. Abteilung Carl Weiß-Theater. 16./17. Abteilung **Die Frau vom Meere** Der **Meister.** Henrik Ibsen. Hermann Bahr. Montag, den 28. Mai, abends 8 1/2 Uhr, 2./3. Abteilung im Carl Weiß-Theater: **Emilia Galotti.** Trauerspiel in 5 Aufzügen von G. E. Lessing. 229/1. Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Max Kliems Sommer-Theater Hasenheide 13-15. Künstlerische Leitung: Paul Milbitz. Täglich: **Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.** Jeden Sonntag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. — Jeden Donnerstag: Gute Tag. Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet. 2 hochgelegene Regelmäßig. Büschelbad, Konditorei, Blumenstand etc. In den Sälen: **Großer Ball.**

Sportpark Steglitz. Donnerstag, den 24. Mai a. c., Punkt 6 Uhr nachmittags: **Das Große Goldene Rad.** Es starten: Robl, Guignard, Nat. Butler, Dickentmann. 19966* **Wirtshaus „Zum Lindenbaum“ Julius Werner, Plötzensee.** Empfehle meine Gärten und Säle unter bekannt kulantem Bedingungen z. Abhaltung v. Versammlungen, Zusammenkünften und Vergnügungen. Straßenbahn: Nr. 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63, 74. Am Königsför. Am Friedrichshain.

Schweizer Garten. Am Königsför. Am Friedrichshain. Donnerstag, 24. Mai: **Extra-Vorstellung Ball und Volksbelustigungen. Pfingsten: Beginn der Hauptsaison.** Am 1. und 2. Feiertag: Früh-Konzert und Vorstellung. Neue Spezialitäten und Theater-Vorstellung. Von Pfingsten ab tägliche Vorstellungen. 13012*

Moabiter Schützenhaus. Einziges Lokal am Plötzensee. — Straßenbahnlinien 9, 10, 11, 12. Bei großem Promenaden-Konzert mehrmaliges Auftreten 1207L* der berühmten **Turmseilkünstler „The Wichmanns“** auf dem zirka 80 Fuß hohen Seil, abends mit Feuerwerk. **Großer Volksbelustigungsplatz in der Höhe.** Familienkaffeeküche. Franz Schotte.

Feldschlößchen - Treptow Eisenstraße No. 73-75. 10762* Heute Himmelsfahrt: **Großer Ball.** Gr. haltiger Garten. 2 Regelmäßig. Vergnügungspark. Kaffeeküche. Jeden Sonntag: **Spezialitäten-Vorstellung: Max Halm's Ensemble.** Empfehle mein Lokal zur Abhaltung von Vereinsfestlichkeiten usw. Fernsprecher IV. 3938. Richtungsvekt. Hermann Paul.

Andreasstr. 26. **Andreas-Garten.** Andreasstr. 26. Den geehrten Vereinen und Freunden empfehle meine Räume zu Versammlungen und Festlichkeiten. Gute Küche, tolle Preise. Verkauf von echtem Münchener Bier. Regelmäßig. Gärten. Fremdenlogis. Jeden **TANZ** bei freiem Eintritt. **Frau Merkowsky.** 12452*

Urania Taubens. str. 48/49. Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtssonne. Morgen: Diefelbe Vorstellung. Sternwarte Invalidenstr. 57/52. Heute am Himmelsfahrstage Eintritt: 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. Nachmittags ab 4 Uhr: Militär-Doppel-Konzert. Berliner Aquarium. Unter den Linden 68a. Eingang Schadow-Strasse No. 14. Heute Himmelsfahrt Eintrittspreis 50 Pf. Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Seetieren, Reptilien etc. 126/5. WINTERS GARTEN 7 6 5. TORTAJADA. Spanische Tänzerin u. Sängerin. Narro Bros., komische Radfahrer. Desrosches-Bianca, französ. Duett. Die Hartleys, Springer. Breina, Pariser excentr. Sängerin. Patsy Frank-Truppe, Akrobaten. König Oskar, englisches Ballett. Imro Fox, Illusionist. Die Brittons, Neger-Sänger und Tänzer. De Die, Phantasie-Tänzerin. Die Perseus, Kugelspieler. Der Biograph. **Bernhard Rose-Theater.** Gesundbrunnen, Badstraße 58. Heute: Große Garten-Vorstellung. Trudens Sommerreise. Original-Lustspiel in 4 Akten von Edgar Büchel. Kuffr. erstklassiger Spezialitäten. Olga Verdi, Kostumobdient. Müller-Rämer, Instrumentalluminant. Robin, Handstandkünstler. Prof. Rooderts, Jamburkünstler. Max und Moritz, Barrenkombination. Im Saale: **Großer Ball.** Anfang der Vorstellung 5 Uhr, des Konzerts 4 Uhr. Trianon-Theater. Anfang 8 Uhr: Laulu. **Belle-Alliance-Theater.** Anfang 8 Uhr. Parquet 1.50 Mk. Abends nach Neune! Im herrlichen Sommergarten. Anfang 4 Uhr. Spezialitäten ersten Rangos. Anfang 6 Uhr. Entree 50 Pf. **Sanssouci.** Kottbuser Straße 4a. Dr. Wilhelm Reimer. Der Garten ist eröffnet. Heute Himmelsfahrt: Dr. Extra-Elite-Soiree glänzendes Programm v. Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Frühlingkränzchen. Sommerpr. Entree 30 Pf., man. 30 Pf. Heute Anf. d. Konz. 5. d. Vort. 7 Uhr. **Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang heute 7 1/2 Uhr. **Neu eröffnet!** Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis) Theater lebender Photographien mit abwechselnd. Anormitäten-Progr. Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs. Daher täglich neueste Bilder. Den ganzen Tag Vorstellung. **Otto Pritzkow,** Münzstraße 16. **Armin-Hallen** Kommandanten-Strasse 20. Fest-Sale. Vortanzzimmer in beheizter Saal. 1000 Personen fassender Naturgarten zur Abhaltung von Sommerfeste usw. Der große Saal ist an einig. Tagen der Woche zu beheizter Verammlungen zu vergeb. Gebr. Melitz. Tel.: Amt 1 9885.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater Frankfurter Allee 85. Das vorzügliche Mai-Programm! Auftreten mit **erstklassiger Spezialitäten.** **Goßmanns Festsäle** u. Garten, SW. Kreuzberg, Straße 49. Heute Himmelsfahrstage: **Groß. Frei-Konzert** und **Ball.** Jeden Freitag: Original-Harburger Sänger Jeden Montag: Max Eichel-Sänger. **Treptower Lustgarten** Jeden Sonntag: **Theater und Spezialitäten** bei freiem Eintritt. **Donnerstag Großer Ball.** u. Sonntag: Den geehrten Vereinen mein Saal, 1000 Personen fassend, großer schattiger Garten, 3000 Pers., bestens empfohlen. 18965 **Emil Geler, Garfstraße.** Achtung! Achtung! **„Neues Gesellschaftshaus“** Inh.: **Schlachtensee, Ufel** Aug. Rüter. Schillerstr. 12. 3 Min. v. Bahnh. Heidenhof-Bezirkstr. Halle mit den besten und Gevertschäften bei Ausflügen bestens empfohlen. — Für Speisen und Getränke ist bestens Sorge getragen. **Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein** Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität.“ **Sonntag, den 27. Mai 1906: Vereins-Tour** früh 7 Uhr nach **Neuen.** Nachmittags 1 1/2 Uhr nach **Dankelfelde.** Start Grundenburger Tor. 1. Abteilung Himmelsfahrt: Familien-Tour nach **Dankelfelde** (Hilhelmsdor). Start nachmittags 1 1/2 Uhr **Dankelfelde** 59. Freitag 9 Uhr: **Feierabend-Tour** bei **Ostrowki, Schillingstr.** 24. Achtung! Zum Empfang der **Stettiner** Vereinsmitglieder werden die Mitglieder erucht, am **Montag, den 28. Mai, abends 8 1/2 Uhr,** bei **Ostrowki, Schillingstr.** 24, zu einer Aussprache zu erscheinen. Ganz besonders bitten wir alle Vereinsmitglieder, welche zu Pfingsten keine Tour unternommen, dieser Einladung Folge zu leisten. 12/30 Der Vorstand. **Fahrräder! Billig!** 48,—, 55,—, 60,—, 65,—, 70,—, 85,—, bis 180 M. p. St. **5 Jahre Garantie.** Laufdecken 1,05, 2,50, Luftschlächche 1,50, 2,50, Pumpschlauchen —, 80, 1,15, Pedale —, 80, 1,15, Glocken —, 10,—, 25,—, 50, Sattel 1,55, 2,25, Motorräder 190,—, 250,—, 375,—, 450,—, 550,—, Zündkerzen —, 50,—, Motordecken 12,—, M. **Anarbeiten von** **Häutern, Reparaturen** **an allen Systemen.** Werkstätten mit Kraftbetrieb. Prompteste Lieferung. Garantie für Haltbarkeit. Jahresproduktion: ca. 20 000 Reparaturen an Fahrrädern, Motorrädern usw. Rahmenbrüche 4,— an. Emaillierung 3,75. Vernickelung 8,—. Motor-Cylinderbrüche und Frost-risse w. n. besond. Verfahren gel. Magnetbau, Rahmenverlängerung. **Willi Hauschen, Berlin,** Alte Jakobstr. 93 a. d. Seydelstrasse. **+ + +** **Wanzen, Schwaben** und **Ungeziefer** mit **allem** **brut** vertilgt man **tofsicher** und **schnell** **nur** **allein** mit **Noa's** **unerschrocken,** **unfehl-** **baren** **Spezialmittel.** Preis d. Vort. m. **Ann.** **0,50, 1,—, 1,75 u. 3,—.** **Ein** **u. allein** **echt** **nur** **h. Erfinder** **u. Fabrikant.** **6882*** **Max Noa, 3. Quai d. Roteplat, Tor.** Lieferant J. Wüller u. Eddt. Behrden.

Straßenbahnen in eigener Regie

Werden in England zahlreich betrieben. In welchem Umfange dies der Fall ist und wie sonst die Verhältnisse auf diesem Gebiete liegen, darüber beabsichtigte der Leiter der städtischen Straßenbahnen in Glasgow, Herr James Dalrymple, den deutschen Oberbürgermeistern, Bürgermeistern und Stadträten am 15. Mai bei Gelegenheit des Festmahles in der „Tribuna“ in London einen Vortrag zu halten.

Da aber die Zeit mangelte, mußte derselbe unterbleiben. Die „Rationalzeitung“ ist in den Besitz des Manuskripts gelangt und veröffentlicht den Wortlaut desselben. Bei dem großen Interesse, das die Frage auch für Berlin hat, dürften einige Auszüge aus den Darlegungen des Herrn Dalrymple auch unseren Lesern willkommen sein.

Die britischen Stadtverwaltungen haben die Verwaltung ihrer eigenen Straßenbahnsysteme in 1894 — genau vor 12 Jahren — begonnen. Es gab einige Stadtverwaltungen, die noch wenige Jahre vorher ihre eigenen Systeme verwalteten; es waren jedoch, wie gesagt, nur vereinzelte Fälle, da die Verwaltungen keine Gesellschaft dazu bewegen konnten, die Arbeit zu übernehmen.

Leeds und Glasgow haben 1894 zu arbeiten angefangen, aber erst nach zwei Jahren hat Sheffield vom Parlament die Erlaubnis erhalten, sein eigenes Straßenbahnsystem zu verwalten und auszuführen. Bis dahin (d. h. bis 1896) waren die Parlamentsgesetze ausdrücklich dagegen, daß eine Stadtverwaltung ein Straßenbahnsystem ausführe, so lange sich eine Gesellschaft finden konnte, die Arbeit zu übernehmen. Nachdem jedoch Sheffield die Erlaubnis erteilt wurde, haben andere Städte sie auch verlangt, und sie wurde in jedem Falle gegeben.

Hauptächlich lag es am unmittelbaren Erfolge der Glasgowschen Verwaltung im Bearbeiten ihres Straßenbahnsystems, daß die neue Bewegung, die Straßenbahnen dieses Landes unter die Stadtverwaltung zu bringen, ins Leben gerufen wurde. Was Glasgow getan hat, konnten auch gewiß alle anderen Gemeinden tun. Aber einige von diesen Gemeinden haben erfahren, daß sie in jener Voraussetzung nicht ganz recht hatten.

In England gibt es jetzt beinahe 100 Städte, die ihre eigenen Straßenbahnsysteme besitzen und leiten. In Schottland gibt es acht und in Irland eine.

Einige Gemeinden besitzen ihre eigenen Straßenbahnen, aber verpachten sie noch an Gesellschaften; und in mehreren Städten gehört das Straßenbahnsystem einer Gesellschaft und wird von ihr geleitet.

Edinburgh, die Hauptstadt Schottlands, besitzt ihr eigenes System, aber es wird von einer Gesellschaft bearbeitet. In Dublin dagegen, der Hauptstadt Irlands, gehört das System einer Gesellschaft und wird von ihr geleitet.

In Großbritannien gibt es zusammen ungefähr 3600 Meilen von Straßenbahnen als Einzellinien. Von dieser Strecke werden ungefähr 2000 Meilen von den verschiedenen Stadtverwaltungen geleitet. Es ist jetzt in diesem Lande ein allgemeines anerkanntes Grundgesetz, daß die Tramlinien, welche in den Straßen einer großen oder kleinen Stadt gelegt werden, der Gemeindebehörde gehören und unter ihrer Verwaltung stehen. In beinahe allen mehr bevölkerten Städten ist es der Fall, daß das Straßenbahnsystem der Stadtverwaltung nicht nur gehört, sondern auch von ihr geleitet wird.

Zuweilen behauptet man, es sei ein großer Nachteil, daß jede Verwaltung ihr eigenes Straßenbahnsystem als eine unabhängige Einheit bearbeitet; und in vielen Fällen ist bei benachbarten Gemeinden diese Behauptung auch wahr. Es gibt wirklich angrenzende Gemeinden, welche ihr System auf verschiedenen Seiten bearbeiten, so daß die Verbindung unmöglich ist. Doch glaube ich, diese Nachteile werden allmählich verschwinden, und nicht nur die angrenzenden Gemeinden selbst, sondern auch die Gemeinden samt den Straßenbahngesellschaften werden unter sich gegenseitig bessere Fahrgelegenheiten schaffen.

In Glasgow gibt es eines der größten Straßenbahnsysteme im Lande, welches sich auf 160 Meilen einzelne Schienen erstreckt, mit Aussicht auf weitere Ausdehnung bis auf eine Gesamtstrecke von bedeutend über 200 Meilen. Das ist natürlich ein sehr kleines Geschäft im Vergleich mit einigen der Systeme auf dem Kontinent oder in Amerika.

Wie schon gesagt, haben wir das System als eine Abteilung städtischer Unternehmung 1894 zu bearbeiten angefangen. Die Linien waren ursprünglich von der Stadt gelegt und wurden an eine Gesellschaft auf 23 Jahre von 1871 an verpachtet. Die Ermächtigung, die Linien zu legen, wurde vom Parlament im Jahre 1870 verliehen.

In der Entwicklung ihres Straßenbahnsystems hat sich die Gemeinde Glasgow nie auf ihre eigenen städtischen Grenzen beschränkt; und heute liegen nicht weniger als 56 Meilen aus einer Gesamtstrecke von 160 jenseits des Gemeindebezirks. Die Gemeinde von Glasgow und die umliegenden Gemeinden binnen eines Umkreises von sieben oder acht Meilen betrachten sich für Straßenbahngesellschaft als eine Gemeinde.

Vielleicht würde man fragen: „Warum hat die Verwaltung von Glasgow selbst die Straßenbahnbearbeitung übernommen? War es nicht genug, die Bahn zu besitzen und einer Privatgesellschaft die Leitung zu überlassen?“

Vor dem Ablauf des Pachtvertrages 1894 wurde die ganze Frage von der Stadtverwaltung und den Pächtern erörtert, und die Verwaltung hat auch Bedingungen als Basis eines neuen Vertrages entworfen. Die Bürger von Glasgow waren schon seit vielen Jahren sehr unzufrieden mit der Weise, auf welche die Gesellschaft das System bearbeitet hatte. Die Betriebsbedingungen waren nicht in guter Ordnung gehalten worden. Die Angestellten gehörten meist einer niedrigen Klasse an; sie waren schmutzig und arm gekleidet; sie hatten lange Arbeitsstunden für elenden Lohn. Die Stadtverwaltung und die Gesellschaft waren fortwährend uneins. Dennoch waren die Bürger vorbereitet, der Gesellschaft unter gewissen Bedingungen in Beziehung auf den Betrieb der Bahn eine neue Pacht zu gewähren. Die Gesellschaft aber wollte diese Bedingungen nicht annehmen, da sie glaubte, sie sei der Herr der Situation. Aber darin irrte sie sich. Die Bürger sagten gleich: „Sehr wohl: da Sie nicht einen neuen Vertrag machen wollen, unter den Bedingungen, die wir für recht und vernünftig halten, werden wir am Ende des gegenwärtigen Vertrages die Bahn in unsere eigenen Hände nehmen und wir werden sie auf unsere eigene Rechnung leiten.“

Wenn jene Gesellschaft nicht einsehlos und blind für ihr eigenes Interesse gewesen wäre, so wäre vielleicht heute in Glasgow kein System von der Stadtbehörde bearbeitet. Es gäbe vielleicht nur wenige in diesem Lande.

Der Beschluß, das neue, von der Stadt betriebene Straßenbahnsystem anzufangen, wurde fast einstimmig im Stadtrat angenommen.

In diesem Lande werden städtische Straßenbahnbearbeitungen ebenso wie alle anderen Zweige städtischer Unternehmung, vom Stadtrat betrieben; ein spezielles Komitee, genannt „Tramways Committee“, wird gewählt, um speziell Straßenbahngeschäfte zu führen.

Der Stadtrat muß natürlich die Arbeitsstunden, den Lohn und die allgemeinen Bedingungen des Dienstes bestimmen; und es ist die Pflicht des Oberverwalters, die besten Leute auszuwählen, die er durch diese Bedingungen anziehen kann. Meiner Meinung nach ist der sicherste und richtigste Weg, wo eine Kommune für solche Dienste, daß die Stadtverwaltung an der zwischen Arbeitgebern und Arbeitern existierenden Norm streng festhält. Einige Gemeinden haben für sich selbst einen Durchschnittslohn fixiert. Was die Maschinen und die Kondukteure betrifft, so kein Durchschnittslohn vorhanden ist, ist es ratsam, einen genügenden Lohn zu bezahlen, damit die geeigneten Leute geneigt sind, in den Dienst zu treten.

Die Gegner der städtischen Unternehmungen behaupten häufig — und unter denen, die einen lästigen Anteil an städtischer Tramwayarbeit nehmen, herrscht die Furcht —, daß in kurzer Zeit die Arbeiter Herren sein und den städtischen Behörden ihre eigenen Bedingungen stellen werden. Ich glaube nicht, daß die städtische Körperschaft solche Zustände jemals eintreten lassen wird. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Stadt darauf bestehen wird, daß ihre Angestellten in gehörender Weise behandelt werden, sie wird aber auch darauf achten, daß ihre Unternehmungen einzig und allein im Interesse des Gemeinwohls geleitet werden.

Die übrigen Ausführungen des Sachverständigen beziehen sich auf die Fahrgelder, auf die Verhältnisse in Amerika, die wiederzugeben uns zu weit führen würden. Zum Schluß heißt es: „Ich glaube, daß die Bewohner unserer Städte, wo die Stadtverwaltung die Bahnen leitet, völlig zufrieden sind, und daß in keinem Falle eine Verwaltung durch Gesellschaften vorgezogen werden würde. Die Leute sind stolz auf ihre eigenen Bahnen. Verwaltung durch städtische Behörden gibt ihnen volle Kontrolle über ihre Straßen. Sie wissen, daß sie den besten und billigsten Dienst bekommen, der zu erlangen ist, und daß alle in gleichem Maße die Früchte des Unternehmens genießen.“

Ärztlicher sind begangen worden, jedoch werden diese allmählich zurückgestellt, und die Leute sind überzeugt, daß sie sich nicht irren, wenn sie beschließen, daß diese Arbeit als ein Zweig der städtischen Unternehmung ausgeführt werden solle.“ Mit diesen Darlegungen vergleiche man die Schwierigkeiten, die bei uns und speziell in Berlin der Übernahme der Straßenbahnen in eigene Regie gegenüberstehen.

Partei-Angelegenheiten.

Schenkendorf. Sonntag, den 27. Mai, nachmittags 4 Uhr: Volksversammlung für Männer und Frauen im Lokale des Gastwirts Otto Pätzsch. Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Frau Ziel-Tempelhof über: „Die Frau im politischen Kampf“. 2. Diskussion. 3. Wahl einer weiblichen Vertrauensperson. An arbeitenden Frauen und Mädchen von Schenkendorf und Umgegend werden ersucht, zu dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.

Berliner Nachrichten.

Neue Straßen- und Parkanlagen. In der gestrigen Sitzung der städtischen Tiefbaukommission wurde beschlossen, den städtischen Behörden die Verbreiterung der Stralauerstraße auf der Südseite zwischen dem Kolonnenmarkt und der Judenstraße zu empfehlen.

Dieses Projekt steht im Zusammenhang mit der Anlage der Uferpromenade längs der Spree zwischen dem Mühlendamm und der Waisenbrücke. Ebenso soll die Judenstraße vor dem neuen Rathaus verbreitert werden. Zur Regulierung des östlichen Damms der Waisenstraße zwischen Kavalierstraße und Waisenbrücke sollen 100 000 Mark eingesetzt werden. Zum Bau der Fußgängerbrücke über den Anlauf der Grundstücke des Kommerzienrats Wialon beschlossen. Neue Straßen sollen an der Müllerstraße und am Nordpark angelegt werden. Ferner wurde beschlossen, den Platz vor der Jerusalemstraße und den Platz im Norden Berlins mit Schmutz- und Parkanlagen zu versehen, die Petersburgerstraße wird Schmutzstreifen erhalten.

Einen Abstellbahnhof für 1000 Wagen beabsichtigt die Hochbahn in Westend zu errichten. Da die Bahn jetzt etwa 200 Wagen braucht, so wird die Aufnahmefähigkeit des neuen Bahnhofes für lange Zeit ausreichen. Es erscheint aber zweckmäßiger, den Bahnhof von Anfang an so groß zu machen, statt ihn später bei Bedarf zu erweitern. Insbesondere sind jetzt die Kosten für die Erwerbung der Grundstücke niedriger, als sie sich später gestalten würden. Mit dem Bahnhof soll auf Westend ein zweites Kraftwerk für die Hoch- und Untergrundbahn errichtet werden. Der Strom für den Betrieb der Bahn wird jetzt beabsichtigt ausschließlich in dem Kraftwerk in der Trebbinerstraße erzeugt. Mit der Eröffnung der Untergrundbahn bis zum Wilhelmplatz hat man eine Umformierung bei der Haltestelle Bahnhof Wismarstraße in Betrieb genommen. Der Strom wird dorthin in der Hochspannung von 10 000 Volt Drehstrom geleitet und dort auf die für den Hochbahnbetrieb nötige Spannung von 750 Volt Gleichstrom gebracht. In dem neuen Kraftwerk soll lediglich Drehstrom mit einer Spannung von 10 000 bis 11 000 Volt erzeugt werden. Das Kraftwerk Westend würde dann nur Umformierungen speisen. Außer der Umformierung Wismarstraße ist eine zweite derartige Anlage für die Verlängerung der Bahn nach dem Innern der Stadt und nach Nordosten geplant. Als Stelle für diese zweite Umformierung ist der Alexanderplatz in Aussicht genommen.

Die Beseitigung der Tränkesteine an den öffentlichen Straßenbrunnen hat das Polizeipräsidium verlangt, weil Pferde darauf getränkt würden und dadurch unter Umständen Krankheiten (Nose) verbreitet werden könnten. Die städtische Tiefbaukommission hat den Antrag abgelehnt, und zwar mit Rücksicht darauf, daß es unzulässig ist, Pferde aus den Tränkesteinen fressen zu lassen und die Tränkesteine für Hunde und Vögel eingerichtet worden sind. Pferde müssen aus Eimern getränkt werden, was in Berlin auch meistens geschieht.

Die ersten Werderschen Kirchen sind jetzt in Berlin eingetroffen und zum Verkauf gelangt. Es sind die frühesten Kirchen, welche etwa 14 Tage eher zur Entwicklung kommen, als die anderen Kirchenformen. Der Haupttransport wird Anfang nächsten Monats in Kavalabungen an der Markthalle am Reichstagsufer eintreffen. Die Ausschüsse des Untertrages sind in diesem Jahre für die Werderschen Obligatorien nicht allein für die Kirchen, sondern auch für das Beerenoßst außerordentlich günstig.

Das Protektorat über die Arbeiterkolonie „Hoffnungstal“ hat der Prinz Eitel übernommen. Vobelschwings versteht's!

Ein eigenartiger Automobilunfall beschäftigt seit längerer Zeit die Straf- und Zivilgerichte. Am 18. September vorigen Jahres fand auf der Rennbahn in Hoppogarten ein Rennen statt, an welchem auch das Pferd „Normone I“ aus dem Stall des Freiherrn Oldwig von Nischhofen teilnehmen sollte. Die großen Erwartungen, die auf dieses Pferd, das das erste Mal auf dem Rennen erschien, in Sportkreisen gesetzt waren, sollten jedoch durch einen eigenartigen Unfall zunichte werden. Als der Gaul zu seiner Premiere die Dahlewig-Hoppogartener Chaussee von dem Trainer Wegberg auf die Rennbahn geritten wurde, brauste plötzlich ein Wegbegleiter ein Automobil daher. Ehe B. das Pferd in Sicherheit bringen konnte, war das Unglück geschehen. Das edle Ross wurde umgeschleudert, der Reiter stürzte ebenfalls und zog sich eine Hüftgelenkverletzung zu. Das Pferd, welches einen Wert von zirka 20 000 M. repräsentierte, ist durch diesen Unfall völlig unbrauchbar geworden. Hieraus entwickelte sich ein förmlicher Rattenkrieg von Straf- und Zivilprozessen. Wegen die Insassen des Automobils, den Kaufmann D a d e r i c h und den Chauffeur W e i d e m a n n, wurde zuerst ein Strafmandat wegen zu fahrlässigem Fahren erlassen. Die Entscheidung hierüber wurde durch alle Instanzen getrieben und endete schließlich mit einer Freisprechung. Nebenbei lief eine Feststellungsklage über die Höhe des Schadenersatzes. Schließlich ergab sich der Trainer Wegberg gegen die Insassen des Automobils Strafanzeige wegen fahrlässiger Körperverletzung. Das Schöffengericht Alt-Landsberg sprach jedoch beide Angeklagten frei, da ihnen ein Verschulden an dem Unfall nicht nachgewiesen war. Gegen diese Entscheidung wurde seitens der Staatsanwaltschaft wie auch von Rechtsanwalt Dr. W e r t h a u e r als Vertreter des Verletzten Wegberg Berufung eingelegt, die gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II zur Verhandlung kam. In der Verhandlung wurde zur Sprache gebracht, daß schon wieder zwei neue Zivilprozesse wegen des Schadenersatzes in die Wege geleitet worden wären. Der Vertreter des als Nebenkläger zugezogenen Verletzten teilte mit, daß auch der Besitzer des verunglückten Rennpferdes großes Interesse daran habe, daß der Sachverhalt völlig aufgeklärt werde. Zu diesem Zwecke empfehle es sich, einen Lokaltermin an der Unfallstelle abzuhalten, um die näheren Ursachen zu ermitteln. Der Gerichtshof beschloß, diesem Antrage stattzugeben. Auf der Chaussee zwischen Hoppogarten und Dahlewig wird nunmehr am 26. Mai, vormittags 11 Uhr, ein eigenartiges Schauspiel stattfinden. Das gesamte Richterkollegium, der Staatsanwalt, die Angeklagten, die Verteidiger und etwa 15 Zeugen und Sachverständige werden sich auf freier Chaussee ein Rendezvous geben, um die Ursachen des Zusammenstoßes zwischen Rennpferd und Auto festzustellen.

Der Kampf gegen die moderne Arbeiterbewegung hat schon sonderbare Erscheinungen gezeigt. Er beschränkt sich nicht allein auf die gewerkschaftlichen und politischen Vereine und Organisationen, sondern sucht sich auch unpolitische Vereinigungen als Objekt aus. Das gegen Turnvereine, die einmal auf ihren Ausflügen ein Volkslied schmettern, wiederholt vorgegangen worden ist und ihnen allerhand Schwierigkeiten gemacht werden, ist zur Genüge bekannt. Damit begnügt man sich aber nicht, man muß etwas Neues haben und so sind Leute darauf verfallen, daß, wenn man gegen „sozialdemokratische“ Turnerei kämpft, die Schwimmer nicht ungehört bleiben dürfen. Aus Schwimmerkreisen wird uns hierzu geschrieben: Der Inhaber des Seebades „Mariendorf“ weigert sich, dem Schwimmklub „Vorwärts“, der dort eine Abteilung gegründet hatte, zu seinen Vereinsübungen seine Anstalt weiter zu überlassen, da er sonst Polizeihilfen zu erdulden hätte. Einzeln sind zwar Arbeiter als Badebesucher ganz gern gesehen, aber daß diese Leute auch noch Vereine bilden, in denen das umstürzlerische Bestreben, Unkundige in Schwimmen auszubilden, gefördert wird und daß sie sogar dieselben Vergünstigungen beanspruchen, die den bürgerlichen Vereinen gewährt werden, das sind denn doch einfach unerhörte Ansprüche. Wie kommen die Leute eigentlich dazu?

Graf Pückler ist wieder da! Während alle Welt glaubt, Graf Pückler sei von seinem kurzen Heimaturlaub nach Klein-Tschirne schon wieder in seine Festungshaus nach Weichselmünde zurückgekehrt, weiß der streitbare Graf in Berlin, um hier seine „bilderrischen“ Reden an den Mann zu bringen. Bereits heute abend wird er sich vor einer großen Volksversammlung produzieren, zu der schon mit dem üblichen Lantiam eingeladen wird. Durch das „Martyrium“ des Grafen hinter den Kerkermauern von Weichselmünde ist der Wert seiner Reden augenblicklich um genau 50 Proz. gestiegen. Der Graf verlangt nämlich jetzt ein Eintrittsgeld von 30 Pf., während man früher schon für 20 Pf. der Vorstellung beiwohnen durfte. Als Einberufer der Versammlung fungiert wieder einer jener jungen Leute, die sich im vergangenen Jahre aus dem Versammlungsgelände ein Gewerbe machten.

Jedenfalls braucht der Herr Graf erst wieder ein paar Reden zu seiner Erholung.

Ein russisches Arbeiterparadies — bei Berlin. Russen sind nicht gerne gesehen bei uns in Borussia. Nur zu leicht verfallen sie hier dem Schicksal, lässig zu werden — und müssen dann schleunigst den borussischen Staub wieder von ihren Füßen schütteln. Eine Ausnahme machen russische Arbeiter, die herüberkommen, um für hiesige Unternehmer zu fröhnen. Solange sie hier gebraucht werden und sich gebührend ausbeuten lassen, können sie bleiben. Rufen sie aber auf, so werden auch sie „lässig“ und müssen raus. Diese gebildigen und gebildeten Russen sind besonders durch ihre Verwendung in der deutschen Landwirtschaft bekannt geworden. In der Nachbarschaft Berlins, auf dem Spandauer Schiffskanal bei Hagensee, kann man sie aber auch bei den dortigen Baggerarbeiten beobachten. Der Berliner Tiefbauunternehmer Gramens beschäftigt sie, weil er für den Lohn, den er zahlt, vermutlich nicht viele einheimische Arbeiter finden würde. Diese Russen hausen über Nacht teils auf dem Wasser in einem kleinen Wohnprahm, teils auf dem Lande in einer Bretterhütte. Auf dem Prahm wie in der Hütte sind die Lagerstellen solennenmäßig über einander angeordnet. Auf dem winzigen Prahm schlafen 13 Mann, in der Bretterhütte von sechs Meter Länge, vier Meter Breite, 2½ Meter Höhe 10 Mann. Die Hütte beherbergt außerdem noch eine Feldbahn-Lokomotive, die die ganze Nacht hindurch nicht anschlief. Ehe sie errichtet wurde, mußten mehrere Arbeiter aus Mangel an Raum in der benachbarten Heide nächtigen. Dem Unternehmer sollen deshalb keine grauen Haare gewachsen sein. Einer der Arbeiter wurde Ende voriger Woche krank. Er klagte über Schwellungen am Bein, blieb im Bett und lag dann Tag und Nacht auf dem Prahm. Die Vermählungen des Schachtmeisters, den Mann irgendwo unterzubringen oder Hilfe zu beschaffen, waren bis zum Mittwochabend ohne Erfolg. Die Charlottenburger Polizei wollte nicht zuständig sein, der Gutsbezirk Hagensee verwies den Schachtmeister auf die Regierung in Potsdam. Was wäre geschehen, wenn auf dem Prahm ein Arbeiter an der Cholera erkrankt wäre und man ahnungslos sich ebenso langsam in die Bewegung gesetzt hätte? Da draußen bei Hagensee scheinen überhaupt merkwürdige Zustände zu herrschen. Die Schutzvorrichtungen in den dortigen Betrieben des Herrn Gramens sind so mangelhaft, daß man sich nicht wundern darf, wenn es hier mal ein Unglück gibt.

Die wegen Silberdiebstahls bezichtigte Fürstin Brede ist gestern in Begleitung ihres Gatten in Berlin angelangt, um in einem hiesigen Sanatorium zwecks weiterer Beobachtung Aufnahme zu finden. Verschiedene medizinische Autoritäten, welche die Fürstin in den letzten Jahren behandelt haben, sprechen sich dahin aus, daß diese Frau durch und durch hysterisch ist und die ihr zur Last gelegten „Entgleisungen“ auf totale Zerrüttung ihres Nervensystems und ihrer Willenskräfte zurückzuführen sind. Von den Sotels, in welchen die Diebstähle der Fürstin geschehen sind, sollen, wie weiter behauptet wird, diverse vermehrte Gegenstände schon früher auf die Rechnung geschrieben worden sein.

Es ist immer die alte Geschichte: Wenn eine Angehörige der bestehenden Klassen beim Nehmen fremden Eigentums erwischt wird, liegt entweder ein Verbrechen vor, oder sie ist geistig zerrüttet. Holt sich eine arme Frau im Winter ein paar Kohlen von einem Kohlenhofs, um sich eine warme Stube zu machen, wird sie wegen Diebstahl vor Gericht zitiert und zu Gefängnis verurteilt. Und zwar von Rechts wegen!

Ein Einbruch ist gestern nachmittags in der Wohnung des Fischlers Schulte, Lebuhrstr. 4, Raffierer der Ordstranfanterie der Fischer und Pianofortearbeiter, verübt worden. Es wurde eine Kassette mit 2102,88 M. Inhalt entwendet. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Unter tragischen Umständen hat sich gestern mittag die 45 Jahre alte Witwe F. aus der Pfalzburgerstr. 63 das Leben genommen. Durch Schicksalsschläge war Frau F. Anfang dieses Jahres in große Not geraten, die sie immer steigerte. Die Bedauernswerte war schließlich gezwungen, Schulden zu machen, und vor drei Wochen erkrankte der Gerichtsvollzieher in ihrer Wohnung, um die Möbel zu pfänden. Gestern mittag traf er dann mit mehreren Leuten ein, um die gepfändeten Sachen abzulösen. Während die Möbel

...hinuntergetragen wurden und der Gerichtsbojzähler mit Frau F. unterhandelte, nahm die Witwe plötzlich einen Revolver vom Regal herunter und im nächsten Augenblick brachte ein Schuß Leibes und im nächsten Augenblick brachte ein Schuß Leibes...

Durch ein unglückliches Versehen hat sich gestern nachmittag der 19jährige Schlächtergehilfe Reinhold Prepler lebensgefährlich verletzt. P. ist in der Schlächtereierlei von Kurt Hilbert, Holmannstraße 12, angefallen und gestern nachmittag war er mit dem Ausschalen von Knochen beschäftigt. Dabei rutschte das scharfe Messer versehentlich ab und P. stach sich mit solcher Gewalt in den Unterleib, daß die Messerspitze bis in die Eingeweide drang. Der Schwerkverletzte fand im Krankenhaus am Urban Aufnahme.

Bei einer Landpartie verschwunden ist der 22jährige Handlungsgehilfe Berger, welcher bei seinen Eltern Landbergerstr. 107 wohnte und am Sonntag mit Verwandten einen Ausflug nach Erlmer unternommen hatte. Der junge Mann entfernte sich für einige Augenblicke von seinen Angehörigen, kehrte jedoch nicht wieder zurück und ist seit dieser Zeit spurlos verschwunden. Da der junge B. seit einiger Zeit ein absonderliches Wesen zeigte, wird angenommen, daß er in einem Falle plötzlicher Geistesumnachtung in den Wäldern bei Erlmer umherirrt, oder daß er verunglückt ist.

Eine Vermisste. Seit dem 9. April d. J. wird die unberechnete Wirtschafterin Anna Reichardt, 88 Jahre alt, gebürtig aus Verda a. Bertra, vermisst. Beschreibung: 1,65 Meter groß, dunkelblond, blaß, hagere Gestalt, braune Augen, Narbe an der linken Wange, anscheinend Verbrennungsnarbe. Kleidung: Schwarzer Hut, schwarzes Kleid und Jacke, Wäsche A. R. gezeichnet. Die Genannte hat sich am genannten Tage von ihrem Dienstherrn aus Erfurt entfernt und hat einen Brief von Berlin aus, datiert vom 11. 4. 06, an eine Freundin in Erfurt geschrieben, aus dem hervorgeht, daß sie sich hier in Berlin in geistiger Umnachtung befindet und daß sie wohl ihrem Leben ein Ende bereiten würde. Die bisherigen Ermittlungen nach der A. waren hier und auch anderwärts erfolglos. Personen, bei welchen sich die Genannte seit dem 9. April 1906 aufgehalten hat, oder welche überhaupt Angaben zur Sache machen können, werden gebeten, dies der Kriminalpolizei oder einem Polizeiviertel zu den Adressen 2841. IV. 89. 06. mitzuteilen.

Sperrung. Die Markstraße von der Langenstraße bis zur Großen Franzfurterstraße einschließlich der Kreuzdämme an der Wallner-Theaterstraße, dem Grünen Weg und der Blumenstraße wird behufs Umpflasterung vom 25. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt.

Feuerwehrbericht. Die vierte Kompagnie wurde in der letzten Nacht nach der Schwedenstraße 18 gerufen, wo Freßhöfen in Brand geraten waren und großen Qualm verursachten. Durch längeres Wassergeben und Umsapeln der Kohlen wurde eine weitere Ausdehnung des Feuers verhindert. Wegen eines größeren Kellerbrandes erfolgte ein Alarm nach der Brunnentstraße 29, wo ein Keller in Flammen stand. Während der Feuerwehr dort tätig war, wurde aus nächster Nähe, Anstomerstraße 31, ein Wohnungsbrand gemeldet, der schnell gelöscht werden konnte. Gestern früh um 8 Uhr brannten in der Duttmannstraße 6 in einer Eierhandlung Äpfel, Stroh usw. Der erste Zug hatte längere Zeit in der Melandtonstraße 7 zu tun, wo in einem Keller Holz, Äpfel und anderes brannte. Es bedurfte kräftigen Wassergebens, um die Gefahr zu beseitigen. Ferner hatte die Wehr in der Kirchhofstraße 72 und an anderen Stellen zu tun. Mit Erfolg wurde ein Sauerstoffapparat in der Müllerstraße 10 benutzt.

Vorort-Nachrichten.

Rizdorf.

Die Spuren der Erzieherstätigkeit des Herrn Heine, des Lehrers an der 19. Knabenschule (Herzbergplatz), der durch häufigen und nachlässigen Gebrauch des Stodes (vergl. „Vorwärts“, Nr. 111 und Nr. 117) bekannt geworden ist, sind von uns pflichtgemäß weiter verfolgt worden. Bisher hatten wir ermittelt, daß aus der ansehnlichen Zahl der Prügelrezeptionen, die H. an seinen Schülern zu vollziehen pflegte, in den letzten Wochen drei von Kerzgen begünstigt worden waren. Drei Familien hatten es für ratsam gehalten, die geprügelten Kinder Kerzgen zuzuführen, um die Wirkungen des Heineschen Stodes feststellen und durch Zeugnis beschleunigen zu lassen. Der dritte dieser Fälle, über den wir in Nr. 117 berichteten, muß jetzt für uns als erledigt gelten. Der Vater des geprügelten Kindes hat sich nicht dazu entschließen können, uns das Zeugnis des Arztes vorzulegen. Er will Herrn H. auf dessen inständigste Bitte den Gefallen tun, die Sache „steden zu lassen“.

Inzwischen haben wir eine vierte Familie ermittelt, die gleichfalls ein ärztliches Gutachten über Herrn H.s Erzieherstätigkeit befragt. Das Zeugnis lautet: „P. ist heute von mir untersucht worden und konstatierte ich, daß die rechte Ohrmuschel bläulich verfärbt und verformt ist. Nach der glaubhaften Aussage des P. ist derselbe mittels Stod gegen das Ohr geschlagen worden.“ Wir wollen hinzufügen, daß nach Aussage der Eltern dieses Kind schwerhörig ist und zuweilen an Ohrenlaufen leidet. Uns wird auch berichtet, Herr H. sei hier von rechtzeitig in Kenntnis gesetzt worden. Uebrigens liegt diese Prügelaffäre schon um mehrere Wochen zurück. Als H. damals von der Mutter zur Rede gestellt und ihm das Zeugnis vorgehalten wurde, entschuldigte er sich und versprach mildere Behandlung. Um so größer war die Verwunderung und Enttäuschung der Mutter, als sie schon acht Tage nachher aufs neue feststellen mußte, daß das Kind von demselben Herrn H. verprügelt worden war.

Heute prügelt H. nicht mehr. Der Stod soll ihm an dem Tage aus der Hand gesunken sein, an dem er den ersten Artikel des „Vorwärts“ über seine Erzieherstätigkeit zu lesen kriegte. Der Wandel, der sich da vollzogen hat, ist so plötzlich eingetreten, daß er den Kindern sofort auffiel. Aus den Unterredungen, die wir mit einigen der Kinder über diesen Punkt hatten, haben wir den Eindruck gewonnen, daß das Ende der Rohrstockherrschaft wie eine Erlösung über sie gekommen sein muß. Ein kleiner, verschüchterter Junge, der offensichtlich noch jetzt unter dem Eindruck all' der Angst und Pein stand, erzählte uns, wie Herr H. mit dem Stod auf ihn einzuwirken versucht habe, bis die gewünschte Antwort gefunden wurde. Alle Kinder, so sagte er hinzu, hätten sich gefürchtet. Wir fragten ihn, woher er das wisse. Er antwortete: „Als Herr Heine aufhörte, rieben sie sich die Augen!“ Ein Vater und eine Mutter schilderten uns, wie ihr Junge bald nach seiner Vernehmung in Herrn H.s Klasse angefangen habe, Unlust zu zeigen, und schließlich erklärt habe, er wolle am liebsten gar nicht mehr zur Schule gehen. Sie hätten, da die ihnen unbegreifliche Ver Stimmung des Jungen sich bis zum Widerwillen steigerte, in ihrer Ratlosigkeit zu dem Mittel gegriffen, ihn mit Prügeln hinzutreiben. Gelegentlich brachte die Mutter selber ihn zur Schule, und dabei äußerte sie dann mal zu Herrn Heine, sie könne sich das Verhalten des Jungen gar nicht erklären, da müsse doch irgend etwas nicht in Ordnung sein. Jetzt weiß sie's, was da „nicht in Ordnung“ gewesen war.

Die Taten des Herrn Heine bestärken uns aufs neue in unserer Meinung, daß der Schreckensherrschaft des Stodes in der Schule ein Ende gemacht werden muß. Leider steht in dem Kampfe gegen die Stodpädagogik der „Vorwärts“ allein da; kein anderes Blatt tritt für Verrückung dieser Zustände ein. Der Vater eines von H. geprügelten Kindes hatte die Absicht

gehabt, das Rizdorfer Tageblatt gegen den prügelnden Lehrer mobil zu machen. Er besam von dort den kähl ablehnenden Bescheid, für dergleichen sei man nicht zu haben. Rein, wirklich nicht. Daß unser Vorgehen auch diesmal wieder von einem Teile der Lehrerschaft als „Hebe gegen die Schule“ bejammert werden wird, das wird uns nicht stören. Wir selber wissen, daß wir der Schule nützlich zu sein wollen und ihr nützlich zu werden. Wir wollen den Kindern die Liebe zu ihren Lehrern und den Eltern die Achtung vor diesen Lehrern erhalten, weil sonst eine erfolgreiche Arbeit der Schule nicht möglich ist. Lehrer von der Art des Herrn Heine sind eine Gefahr für die Schule und ihre Arbeit. Zum Kampfe gegen solche Lehrer bedürfen wir der tätigen Mithilfe der Eltern, aller Eltern. Die Volksschule unseres Klassenstaates hat den Kindern der Unbemittelten ohnehin nicht viel auf den Lebensweg mitzugeben. Soll das Wenige, was sie mitgeben kann, ihnen auch noch durch ungeeignete Lehrer geschmälert werden?

Stadtverordnetenversammlung. Der Stadtverordnetenvorsitzer teilt mit, daß für die Unterbringung der zum 1. November zu eröffnenden Reichsbanknebenstelle im Hause Berlinerstraße 93 die benötigten Räumlichkeiten gemietet worden sind. In gleicher Weise wurde für die städtische Volksbibliothek und Lesehalle Sorge getragen. Diese ist bereits am 1. Mai in den neuen Räumen Prinz Handwerkerstraße 87, Ecke Vergstraße 9, vorn 1. Trepp, eröffnet worden. — Die Eigentümer von Grundstücken im sogenannten Pärwinkel in der Köllnischen Heide haben bei der General-Kommission die wirtschaftliche Zusammenlegung ihrer Grundstücke beantragt. Die Versammlung stimmt dem zu und ernennt eine Sachverständigenkommission zur Abgabe eines Gutachtens. Die alten Gebäude auf dem neu erworbenen städtischen Grundstück Richardstraße 113/114, auf dem eine neue Schule und die Volksschule abgebaut werden sollen, werden abgerissen. Der Antrag des Magistrats, zur Bewirtschaftung des neuen städtischen Kiefelgutes einen Wirtschaftshof am Hüllengrund bei Brunsdors anzulegen, wird dem vorgelegten Plane entsprechend angenommen. Der Erbauung zweier neuen Schulen auf den Gemeindegroßgrundstücken in der Hüllengrundstraße und in der Straße 6 wird zugestimmt. In dem letzteren Schulbau ist nach der Vorlage beabsichtigt, die ersten Klassen einer bis dahin notwendig werdenden zweiten Realschule unterzubringen. Stadtv. Conrad (Sog.) wendete sich ohne Erfolg gegen diese Absicht unter Hinweis auf die hohe Frequenzgiffer der Massen unserer Gemeindegroßschulen. Diese Schulbauten werden räumlich stets so ausgenutzt, daß nach den Angaben des Magistrats bei früheren Gelegenheiten das Verlangen nach Rechenstufen und Kufen nicht erfüllt werden konnte, und nun soll derselbe Magistrat diese kostbaren unentbehrlichen Räume für eine Schule reservieren, die noch nicht einmal von der Versammlung bewilligt worden ist. Darin liegt ein unersöhnlicher Widerspruch. Von Michaelis 1906 bis zum 1. Mai d. J. ist die Zahl der Schüler in den Gemeindegroßschulen von 22 042 auf 23 005, also um 1063 gestiegen. Da nach den gemachten Erfahrungen der Zuwachs an Schülern im Oktober stets wesentlich stärker als zu Ostern ist, wird für Michaelis 1906 auf eine Zunahme von rund 1600 Schülern gerechnet. Diefür ist die Einrichtung von 28 neuen Klassenräumen und die Anstellung einer entsprechenden Anzahl Lehrkräfte erforderlich. Die Versammlung beschließt dem Magistratsantrage gemäß, zunächst 20 Lehrer und 6 Lehrerinnen neu anzustellen, welche Zahlen nach Bedarf entsprechend zu erhöhen sind. Der Magistratsvorlage, nach welcher der Jahrdamm der Thomasstraße mit Rechensteinen neu gepflastert und der südliche Bürgersteig mit Granitbordsteinen eingefasst werden soll, wird zugestimmt. Die gängliche Regulierung der Straße erleichtert an dem abliegenden Verhalten der als Anlieger in Betracht kommenden Kirchengemeinden, die sich auch hier, wie überall, als Hemmschuh einer geistlichen Vorwärtswindung erweisen. Der Rechnungsausschuss hat die Prüfung der Rechnung für das Jahr 1904 vorgenommen. Die von demselben beantragte Entlastung der Rechnungsleger wird erteilt. Der mit dem Kaufmann Silberberg im Jahre 1904 geschlossene Vertrag, den Bau einer Markthalle betreffend, wird rückgängig gemacht. Einige in der Stadtverordnetenversammlung sitzende Mittelstandsreiter haben einen Antrag eingebracht, welcher dem Drängen einer Handvoll Geschäftsleuten Rechnung trägt und die Aufhebung des kürzlich eingerichteten Sonnabendabendmarktes am Ronbacher verlangt. Herr Schlächtermeister und Stadtverordneter Seilmann legte sich mit ganzer Wucht für den Antrag ins Zeug mit einer Rede, die keine Spur von Verständnis für die moderne Entwicklung aufwies und nur den einen Fehler hatte, daß sie ein Jahrhundert oder mehr zu spät das Licht der Welt erblickt hat. Um nicht noch einmal die seinerzeit sehr gründlich behandelte Frage der Nützlichkeit der Märkte in breiter Weise zu erörtern und um den zu erwartenden Strahlwischen der Vertreter einer kleinen Interessengruppe — pardon! der Allgemeinheit nicht wieder mehrere Stunden zu opfern, beantragte Stadtverordneter Groger (Sog.) Uebergang zur Tagesordnung. Dieser Antrag fand zum nicht geringen Schmerz der Herren Roster, Seilmann und Genossen, die sich in temperamentvoller Weise im Foyer Luft machten, Annahme. In einer umfangreichen Vorlage beantragte der Magistrat, zu den verschiedensten Verwendungszwecken eine neue Anleihe zu begeben im Gesamtbetrage von 22 Millionen Mark. Die Versammlung überweist die Vorlage dem Rechnungsausschuss zur Vorberatung. Der Rest der Tagesordnung wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Wilmerdorf.

Trotzdem der Wilmerdorfer Genossen ein Versammlungskolal gegenwärtig nicht zur Verfügung steht, war die am Dienstag nach Schöneberg einberufene außerordentliche Generalversammlung sehr gut besucht. Auch hat die Organisation während der Zeit des Lokalsampfes erfreuliche Fortschritte gemacht. Nach einem Vortrag des Genossen Bernuth über: Partei und Gewerkschaft gab Genosse Giebler den Vorstandsbereich, nach welchem sechs Volksversammlungen, sechs Flugblatt- und zwei Handzettelverbreitungen stattgefunden haben. Von den sechs Volksversammlungen mußten die Wilmerdorfer Genossen infolge der Lokalsperre zweimal die Gastfreundschaft Schönebergs in Anspruch nehmen. An Stelle des nach Hamburg überfiedelnden Genossen Giebler wurde Genosse Kiefer als Vorsitzender gewählt. Einem Vorschlag des Vorstandes, den jetzigen Bezirksführer das Amt als Gruppenführer zu übertragen und ihnen noch je einen Bezirksleiter zur Seite zu stellen, wurde zugestimmt. Es soll somit eine intensivere Agitation betrieben werden. Als Bezirksführer für den letzten Bezirk wurde Genosse Riller befragt. Alsdann gab Genosse Sasse den Bericht der Lokalkommission. Er schilderte in eingehender Weise den bisherigen Verlauf des Boykotts und hob besonders hervor, daß sich den Saalverweigerern die Ortspolizei in bereitwilliger Weise zur Verfügung stelle, was daraus hervorgehe, daß etliche Parteigenossen bereits wegen unerlaubten Verbreitens von Druckdristen mit 5 M. Geldstrafe oder zwei Tagen Haft bestraft worden seien. Redner appellierte an die Anwesenden, den Kampf ungehindert weiter zu führen. Sämtliche Disziplinierungsverfahren forderten auf, den Boykott in noch wirksamerer Weise als bisher auszubehnen. Es gelangte alsdann folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: Die heute am Dienstag, den 22. Mai, in Obf's festlichen tagende Generalversammlung erklärt sich mit dem Beschluß des Gesamtvorstandes, die Agitation gegen die gesperrten Lokale Viktoriagarten und Luisenpark auf die Straße zu verlegen, einverstanden. Die Versammelten verpflichten sich, soweit als irgend angängig, an Sonn- und Festtagen sich zur Verfügung zu stellen.

Friedenau.

Bei einem seltsamen Rettungswert ist der 20 Jahre alte Arbeiter P. aus Friedenau schwer verletzt worden. Auf dem Hofe des Grundstückes Forststr. 23 war ein Schwein in eine Senkgrube gestürzt und mehrere Leute, darunter auch P., bemühten sich, das Tier aus seiner gefährlichen Lage zu befreien. Bei dem Rettungswert

stürzte dem jungen Arbeiter plötzlich eine Rübenmaschine so unglücklich auf den Brustkorb, daß P. innerlich schwer verletzt in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Steglich.

Ein verwegenes Diebstahlschicksal führten Einbrecher in der gestrigen Nacht in der Wohnung des Gastwirts Rau in der Schildhornstraße aus. Während das Ehepaar schlief, drangen die Einbrecher vom Flur aus in die Wohnräume ein. Die Leitung der elektrischen Diebstahlschloß hatten sie vorsichtigerweise vorher zerhackt. Vergeblich wählten sie in allen Behältern nach Geld, so gelangten sie denn auch in das Zimmer, in welchem das R. Ehepaar schlief. Neben dem Bette des Gastwirts stand auf dem Nachttisch die Geldkassette. Ohne daß einer der beiden Schlafenden aufgewacht wäre, stahlen die dreisten Burthen die Kassette und entluden unbedenklich aus dem Hause, welches noch obendrein von einer Sächselgesellschaft bewacht wird.

Lichtenberg.

Nachdem die letzte Gemeindevertretersitzung ihre Zustimmung zur Wahl des Kaufmanns Seelig, Schornwerberstraße, als Armenkommissar gegeben, traten 23 „Hausbesitzer“ an die Gemeindevertretung mit dem Ersuchen heran, weitere 9000 M. als „Ersatzleistung“ für Bürgersteigregulierungskosten zu bewilligen. Untere Genossen zweifelten jedoch 2400 M. als an die falsche Adresse gerichtet an und so mußten drei der „Petenten“ zunächst darauf verzichten, Teilnehmer an diesem Verteilungsplan zu sein. — Um des Elektrifizierungswert der Gemeinde auf eine höhere Leistungsfähigkeit zu bringen, müssen Erweiterungen vorgenommen werden, die eine Anleihe von 500 000 M. bedingen. Die Sparkasse von Kolberg-Körbin ist Geldgeberin.

Der Bebauungsplan für das große Gelände am Zentralviehhof (früher Hendl v. Donnermarkt) wurde nun den Wünschen des Konjunktions entsprechend festgelegt. Für die Verfeinerung eines öffentlichen Platzes tauscht die Gemeinde zwei Schulgrundstücke a 2 Morgen und 15 000 M. Weichsel zur Brückenverbreiterung im Zuge der Thauerstraße ein. Die Gesellschaft macht jedenfalls ein ganz gutes Geschäft. Auch das Gelände an der Ostbahnbrücke will der Schaaffhauser Bauverein erschließen und eine neue Verbindung zum Ragerviehhof herstellen. Der Bebauungsplan fand die Zustimmung der Versammlung. Die Versammlung beschloß sich noch mit dem Projekt der Erbauung eines neuen Rathauses.

Bei der in Kürze zu eröffnenden Stadtverordnetenversammlung, sowie der sprunghaften Entwicklung des Ortes macht sich die Beschaffung von geeigneten Räumen (Stadtverordnetenversammlungsaal usw. und Büroräume) immer dringlicher und wird vorge schlagen, einen Anbau an das bestehende Rathaus zu genehmigen. Der Voranschlag läßt einen Gesamtaufwand von rund einer Million Mark erkennen. Der zunächst zur Ausführung kommende Teilbau ist mit 620 000 M. veranschlagt. Zu einem definitiven Beschluß ist die Versammlung nur insoweit gekommen, als der Bauplatz anschließend an das jetzige Rathaus gewählt wurde.

Potsdam.

Das Gewerkschaftskartell nahm in seiner letzten Sitzung den Jahresbericht entgegen, der im allgemeinen einen befriedigenden Stand der hiesigen Gewerkschaftsbewegung zeigte. Dem Kartell gehören jetzt 25 Gewerkschaften mit zusammen 2150 Mitgliedern an, die durch 42 Delegierte vertreten sind. Nicht vertreten sind die zentralorganisierten Glaser. Die gesteigerten Anforderungen an das Kartell machen eine Erhöhung der Kopffsteuer notwendig, besonders im Hinblick auf die neu zu schaffende Bauarbeiterkommission usw. — Der vom Genossen Wefenberg erstattete Jahresbericht weist eine Gesamtsumme von 718,00 M. und eine Ausgabe von 483,19 M. auf, es verbleibt ein Bestand von 235,50 M. — Beschlossen wurde eine Abänderung des Regulators, wonach das Geschäftsjahr nunmehr mit dem 31. Dezember schließt. Den Ausschuss für das laufende Jahr bilden Bauarbeiter Hugo Kratau, Vorsitzender, Maurer F. Kertle sen., Kassierer, Maler Karl Krüger, Schriftführer.

Vermischtes.

Der Rhein bringt Hochwasser. Köln, 23. Mai. Der Rhein steigt weiter stark; seit gestern ist er um 92 Zentimeter gestiegen. Die heutige Rheinhöhe beträgt 4,22 Meter.

Eine folgenschwere Gasexplosion wird aus Rattowitz gemeldet. In der Georgengrube der Sodowicaaktiengesellschaft in Riffa, an der russisch-preussischen Grenze, ereignete sich gestern eine Gasexplosion, durch welche 19 Arbeiter schwer verletzt wurden, von denen einer inzwischen gestorben ist.

Ein Wirbelsturm hat vorgestern auf dem nördlichen Teil der Insel Mallorca großen Schaden angerichtet.

Verband der Freireisenden Deutschlands, Zweigverein Rizdorf. Freitag, den 23. Mai, abends 9½ Uhr, bei Schmidt, Berlinerstr. 14: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.

Table with 4 columns: Stationen, Preis, Stationen, Preis. Lists various stations and their corresponding prices for different types of goods or services.

Witterungsübersicht vom 23. Mai 1906, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Temperatur, Stationen, Temperatur. Shows weather data for various stations including Berlin, Hamburg, and others.

Weiterprognose für Donnerstag, den 24. Mai 1906. Bärner, vielfach heiter, bei mäßigen südlichen Winden; keine oder unbedeutende Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.